Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 185 9. JULI 1977
Redaktionsschluß: Donnerstag, 16.00 Uhr

D 1870 CX

frankfurter informationsdienst e.V.
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 43 52

postadresse:
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

KONTAKTZENTREN

2000 hamburg
hälfte des himmels
schlüterstr. 79
tel. 040/4104262

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/702336

5000 köln
der andere buchladen
zülpicherstr. 197
0221/420214

7400 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/ 23393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41b
tel. 0811/2809522

schweiz:
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01/391267

druck: druckladen
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 57 72

bilderdienst im id
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

postscheckkonto
gerd kever
nr. 360811-608
6000 frankfurt 90

einzelverkaufspreis
1,50 dm incl 5,5% mwst

abonnement gegen vorauskasse von 1.50 dm je heft. mindestbetrag 18 dm für 12 hefte (vierteljahr) auf **postscheckkonto 52 52 28 – 602 postscheckamt frankfurt** (blz 500 100 60) bitte **stichwörter** angeben: „neuabo", „verlängerung" „adresswechsel" außerdem die genaue adresse. noch besser: die abonummer.

Hausmitteilung

Süddeutsche Zeitung und ID

Zweidrittel Zeitungsseiten überließ die Süddeutsche Zeitung ihrem Redaktionsmitglied Heiko Flottau am Samstag, dem 26. Juni 1977, damit er sich mit einem Bericht über den ID und unseren Beirat noch seinen Urlaub mitfinanzieren konnte, den er inzwischen angetreten hat. Tenor des Berichts: Durch "eigenwillige Publikationspraktiken" bringe sich der ID in Verdacht des Sympathisantentums mit Terroristen.

Flottaus Artikel, den wir hier gar nicht umfassend würdigen wollen, ist folgendermaßen eingefädelt: Vorab beruft er sich auf ID–Beirat Horst Bingel, der sich, von Flottau telefonisch befragt, nicht daran erinnern konnte, ID–Beirat zu sein, worauf Flottau ihm zu suggerieren versuchte, er sei schließlich seit drei und mehr Jahren als solcher ausgewiesen (obwohl es den Beirat erst seit wenig mehr als einem Jahr gibt). Bingel wunderte sich, für ihn war das eine "unterbliebene Nachricht", subjektiv für ihn wohl nicht ganz zu unrecht, denn er hatte uns im letzten Jahr zwar seine schriftliche und beglaubigte Beitrittserklärung geschickt, jedoch hatte er anders als die übrigen Räte seitdem keinen ID mehr zu Gesicht bekommen – eine Panne im ID-Versand, wir bedauern es. Im Übrigen will Horst Bingel im Beirat bleiben und den ID bekommt er inzwischen zugestellt. Dieses Mißverständnis Bingels, das Flottau als solches doch hätte auffallen müssen, – schließlich hatte er mit anderen Beiräten telefoniert, denen es nicht so wie Bingel ergangen war – benützt Flottau (ohne beim ID rückzufragen), um das zu praktizieren, was er selbst laut SZ "in herkömmlichem Sinne 'objektiv' berichten" nennt, indem er nämlich zum Auftakt des Artikels suggeriert, der ID habe sich wohl den Bingel unrechtmäßig unter den Nagel gerissen.
Doch Flottau, der bei uns im ID war und mit dem wir mehrere Stunden bei Tee und Kaffee offen diskutierten, ging es wohl eher darum, zu untermauern, was der Verfassungsschutz 1975 über den ID in seinem Jahresbericht zu veröffentlichen für notwendig hielt: der ID schildere "u.a. angeblich ungerechtfertigte Haftbedingungen von Terroristen, zu deren Unterstützung er aufrief. Er berichtete in Protokollform über den Prozeß in Stuttgart Stammheim und drucke als Meinungsforum Solidaritätsbekundungen, Erklärungen und Gegenerklärungen ab". Dazu Flottau in der Süddeutschen: "Dieser Eindruck bestätigt sich in letzter Zeit." Flottau begnügt sich damit, ins Horn des Verfassungsschutzes zu stoßen und bestätigt unsere Einschätzung, daß die "objektiv" schreibenden bürgerlichen Journalisten sich regelmäßig damit begnügen, amtlich abgesegnete Informationen für bare Münze zu nehmen, genauso, wie seinerzeit die Presse und Rundfunk/Fernsehen während des Frankfurter Häuserkampfes, übrigens einer der Gründe, warum der ID ins Leben gerufen wurde. Genauso wie FAZ-Reporter Thomas Meyer, der am 7.5.77 ("Revolution wollen sie alle") schrieb:"So ist nach diesen Erkenntnissen der "Informationsdienst für unterdrückte (!) Nachrichten" mittlerweile nahezu völlig ins "terroristische Lager" abgedriftet ."
Die Bezeichnung 'unterdrückte' statt 'unterbliebene' stammt aus dem Verfassungsschutzbericht. Befragt, ob Meyer überhaupt den ID gemeint habe und woher die "amtlichen Erkenntnisse" stammten, sagt der FAZ-Kopf, der nie einen ID gesehen hatte:"Ich kann Ihnen versichern, es beruht in diesem Artikel nichts auf amtlichen Veröffentlichungen".
Auf die Frage, ob der Hinweis auf die "Amtlichkeit" ein Trick war, sagt Meyer etwas später:"...Sie können sich darauf verlassen, wenn man sowas recherchiert bei so einem Thema kann man sich auch nur auf amtliche Quellen verlassen, wie sollte man denn sonst ..." etc etc
Eine Reihe BRD–Journalisten der bürgerlichen Medien haben unter dem Deckmantel der "Objektivität", die sie sich in ihr Notizbuch des "journalistischen Ethos" geschrieben haben, Staatsschutzaufgaben übernommen. So auch Grabert vom Bayrischen Rundfunk, der ebenfalls die Aufgabe bekommen hatte, die Münchner Stadtzeitung Blatt in einem Beitrag über Terror zu verwursten und die Blatt–Macher mit der Lüge, er möchte über die Arbeit des Blatt eine Sendung machen, zu einem Gespräch überredete.
Das sind Einzelheiten, die Kampagne läuft auf breiter Ebene. Allesamt knüpfen an "Mescaleros" Buback-Artikel in der Göttinger Studentenzeitung an, über den wohl die breitest massierten Lügen, und nicht nur von Springer, verbreitet werden.

Die beiden ID–Beiräte Volker Schlöndorff und Peter O. Chotjewitz haben einen Brief an die Süddeutsche Zeitung bzw. eine Gegendarstellung geschrieben, die wir im folgenden abdrucken.

"Volker Schlöndorff Obermeierstr. 1 8 München 22

Herrn Heiko Flottau
c/o Süddeutsche Zeitung
8 München

den 25.6.77

Betr.: Authentisches aus dem "Tegeler Lager"/SZ von heute

Sehr geehrter Herr Flottau,

seit an die zehn Jahre lese ich die SZ, insbesondere auch Ihre Berichte und Kommentare. Da ich mich lange Zeit in Frankreich aufhielt, lese ich weiterhin "Le Monde". So bin ich ein ganz gut informierter Leser – und trotzdem erfahre ich hier und da, besonders im ID, immer wieder vieles, was in der Presse sonst einfach nicht vorkommt. Es gibt also unterbliebene Nachrichten, was einen speziellen Pressedienst schon mal rechtfertigt. Zum zweiten verändern sich ein und dieselben Vorgänge ganz erstaunlich, nachdem sie als kurze Nachricht mit ein oder zwei Zitaten (in Anführungszeichen) erscheinen – oder aber als komplettes Protokoll, Rede, Brief oder Erlebnisbericht. Gerade solch unmittelbares, sinnliches Material ist in der Presse –leider auch im Fernsehen– nur selten zu finden, stattdessen viel, viel redigiertes. Die beiden Arten der Berichterstattung stellen aber eine qualitativ völlig verschiedene Öffentlichkeit her –worüber Oskar Negt und andere gearbeitet haben.
Mich interessiert die Wirklichkeit –schon von Berufs wegen– mehr in ihrer unmittelbaren, sinnlichen Form. Deshalb lese ich seit Jahren den ID.
Deshalb bin ich auch gerne zur Stützung des Unternehmens in den Beirat der Redaktion eingetreten, als man mich darum bat. Der Beirat hat nie "eine unklare Rolle gespielt" – wie sie schreiben. Ich jedenfalls fühle mich von der Redaktion genügend informiert und kann mich jederzeit beratend an Entscheidungen beteiligen. Wenn einige Mitglieder in diesem Beirat ziemlich passiv sind, so unterscheiden sie sich in nichts von zahllosen anderen Beiräten in zahlreichen kir[illegible]chen, künstlerischen, wirtschaftlichen, politischen und anderen [illegible]räten. Und daß jemand ohne es zu wissen, irgendwo dabei ist, wie Herr Bingel, soll auch anderswo schon vorgekommen sein, ohne daß der Beirat dann gleich eine unklare Rolle spielt. Sprechen wir es doch offen aus: eine Publikation wie der ID muß sich heute trotz Pressefreiheit bedroht fühlen. Deshalb braucht er einen Beirat, der ihn unterstützt, und ich bin sicher, daß im entscheidenden Moment auch Horst Bingel und Ingeborg Drewitz wieder dabei wären.
Welche Rolle spielt dann aber ein Bericht, wie der Ihre? Ich habe den Eindruck, hier wird bewußt oder unbewußt etwas vorbereitet. Zum mindesten wird ein solcher Artikel von den zuständigen Behörden und Diensten als ein Zeichen dafür gewertet, wie die liberale Presse im Falle eines staatlichen Eingriffs reagieren würde: wahrscheinlich zustimmend.
Zu viele Haus- und Kanzleidurchsuchungen wurden in den letzten Jahren publizistisch auf diese Art vorbereitet, als daß man bei dem Lesen des Artikels über den ID nicht ein ungutes Gefühl haben müßte. Ich meine, es ist wichtig, sich als Journalist auch dieser möglicherweise ungewollten Funktion bewußt zu sein, und entsprechend "ausgewogen" zu berichten. Sie zitieren ausführlich Frau Drewitz, die aber selbst schreibt, daß sie den ID nur sehr unregelmäßig las. Stein des Anstoßes ist ein authentischer Bericht, aus dem ich mehr zum woher und wieso des Buback-Attentates entnehmen kann, als aus vielen anderen Leitartikeln. Was kann daran gefährlich sein – zur Wirklichkeit gehört's nun mal. Warum bleibt unerwähnt, daß ID auch die Texte Jugendlicher, bürgerlicher Bürgerinitiativen, Streikberichte, Portugal- und Südamerikaberichte und vieles andere mehr bringt, was tatsächlich anderswo unterbleibt. Ist es nicht schlimm genug, daß der Verfassungsschutzbericht schon das Veröffentlichen solcher Meldungen (wörtlich:"Er berichtet in Protokollform über den Prozeß in Stuttgart-

Stammheim und druckte als Meinungsforum Solidaritätserklärungen, Erklärungen und Gegenerklärungen.") für berichtenswert hält!
Sie werfen der Redaktion vor, "die Nachrichten, besser die "Originalberichte", werden nicht nachrecherchiert. Läßt sich dieser Vorwurf nicht viel eher an andere richten? Die obendrein ihre Nachrichten nicht als Originalberichte, sondern als objektive Berichterstattung ausgeben?!
Hoffentlich regt Ihr Bericht nicht nur beim Verfassungsschutz zum Lesen des INFORMATIONSDIENSTES ZUR VERBREITUNG UNTERBLIEBENER NACHRICHTEN an. Ich freue mich mit jeder Nummer wieder, daß es ihn gibt, gerade jetzt, wo rundherum Zeitungen sterben und fusionieren.

Mit freundlichen Grüßen "

Und nun die Gegendarstellung von Peter O. Chotjewitz.
"Gegendarstellung

Sehr geehrte Herren!

Ihr Artikel in der Süddeutschen Zeitung" vom 25./26. Juni 1977, Nr 143 — "Authentisches aus dem Tegeler Lager" von Heiko Flottau — enthält eine mich betreffende unwahre Behauptung. Ich bitte deshalb gem. Pressegesetz um Veröffentlichung der nachstehenden GEGENDARSTELLUNG in der nächsten Ausgabe der "Süddeutschen Zeitung" an gleicher Seite.

— Sie behaupten, daß "der Kontakt zwischen Beirat und Redaktion gleich Null ist und daß die Reaktion von Frau Drewitz die einzige bisher bekanntgewordene inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Dienst ist .."
Diese Behauptung ist unrichtig.
Richtig ist vielmehr, daß die Redaktion des "Informationsdienstes zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten" seit Bestehen des Beirates, dem ich angehöre, mehrfach mit mir Kontakt aufgenommen hat, um mich in politischen, redaktionellen und juristischen Fragen zu konsultieren.
Richtig ist ferner, daß ich von mir aus mit Mitarbeitern der Redaktion gesprochen habe — vor allem wegen der Berichterstattung des "Informationsdienstes" vom Stammheimer Prozeß und als der "Informationsdienst" sich im Mai 1977 weigerte, eine Richtigstellung der Gefangenen aus der RAF gegen einen Artikel von Klaus Rainer Röhl in der Frankfurter Rundschau ungekürzt abzudrucken.
Schließlich habe ich noch im Juni 1977 dem "Informationsdienst" die Nachricht übermittelt, daß der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes bei der Bundesanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des Vergehens nach § 111 StGB — öffentliche Aufforderung zu Straftaten — wegen Verbreitung der im "Informationsdienst" erschienenen "Hungerstreikerklärung" der Gefangenen aus der RAF gegen mich angeregt hat. "

IVK – DOKUMENTATION UND ID

Das "Internationale Komitee zur Verteidigung politischer Gefangener in Westeuropa" (IVK), dessen deutsche Sektion durch das Rechtsanwaltsbüro Croissant in Stuttgart vertreten wird, hat eine Materialmappe zur Situation der Gefangenen aus der RAF herausgegeben. Enthalten sind Briefe von Ulrike Meinhof aus dem toten Trakt (1973/74), Zeitungsberichte, Prozeßdokumente und IVK-Erklärungen. Dazu gehört auch ein umfangreiches Papier, daß sich mit Röhls RAF-Veröffentlichungen in der Frankfurter Rundschau und mit der bedrohten Lage von Gudrun Ensslin auseinandersetzt. Dieses Papier (17 DIN A4 Seiten) hat auch dem ID zur Veröffentlichung vorgelegen; wir konnten uns jedoch mit IVK Leuten nicht auf eine gemeinsame Fassung einigen (vgl. Hausmitteilung ID 179). Im Laufe der Diskussion haben wir schriftlich Randnotizen und Kürzungsvorschläge zu dem Papier gemacht. Mit diesen Notizen haben sich die IVK Leute damals verabschiedet, "um sie durchzusprechen", wie sie sagten.
Das Resultat ihrer Überlegungen bekamen wir Wochen später zu spüren: Unsere Notizen zusammen mit einer reichlich verkorksten Darstellung der Diskussionen mit dem ID finden sich nun ebenso in der Mappe – als Dokument, wie der ID "Politik gegen die RAF" macht (zu erhalten im linken Buchhandel). Wir haben dem IVK dazu geschrieben:

"Leute!
Mit der von euch so wirksam vertretenen Politik "polarisieren, polarisieren und nochmals polarisieren" seid ihr uns gegenüber endlich zum Erfolg gekommen: ihr habt es geschafft, euch aus jeder noch verbliebenen Basis von politischer Kommunikation herauszupolarisieren. Wenn ihr interne Diskussionen mit uns nicht mehr als kritische Auseinandersetzung begreift, sondern als Material das gesammelt und nach eurem Belieben g e g e n uns eingesetzt wird, dann dürfte es euch nicht wundern, wenn wir hiermit laut und deutlich kundtun: wir verzichten künftig auf eure Besuche, Diskussionen und Veränderungswünsche im ID. Der skrupellose Umgang mit Informationen, den ihr an den Tag gelegt habt, hat den schmalen Rest an Vertrauen euch gegenüber gründlich zerstört; wir wollen und werden uns eure Art von Öffentlichkeitsmogelei nicht zueigen machen. Auch euch müßte die zynische Ironie eures Vorgehens aufgefallen sein: Während wir unter Offenlegung unserer Kritik, unserer technischen Möglichkeiten und inhaltlichen Schwierigkeiten immer versucht haben, den Modus der Veröffentlichung mit euch abzusprechen, während wir darauf verzichtet haben, eine Fassung gegen euren Willen abzudrucken, hieltet ihr es nicht einmal für nötig, uns von der Veröffentlichung unserer Randnotizen zu informieren.
Wir werden Nachrichten von euch, Berichte des IVK genauso im ID-Rahmen veröffentlichen, wie wir es bisher gemacht haben und wie wir es mit den vielfältigen unterbliebenen Nachrichten anderer Bereiche tun. Nur verschont uns mit Besuchen, bei denen wir rätseln müssen, ob ihr ein Interesse am ID oder an der Denunzierung des ID habt – und von anderen auch.

Schlichte Grüße,
ID-Kollektiv "

Die beiden letzten Ausgaben des ID waren auf einem umweltfreundlichen Papier gedruckt. Das Papier war leichter und billiger als das bisher verwendete. Allerdings gab es bei der Verarbeitung unerwartete Probleme. In allen Maschinen zeigte das Papier unerfreuliche Eigenschaften – das hatte zur Folge, daß wir mehr arbeiten mußten und den Zeitpunkt der Posteinlieferung nur noch vorausahnen konnten. Der letzte ID wurde erst Montag abend zur Post gebracht. Von heute an gibts erst mal wieder das gewohnte, teure und umweltunfreundliche Papier. Die Drucker meinen aber, daß demnächst ein Versuch mit ebenfalls umweltfreundlichen, aber auch druckerfreundlichem Papier stattfinden wird.

Von der ID-Produktion werden wir uns im August erholen. In diesem Monat werden nur zwei ID's erscheinen. Nach unserer Meinung würde es auch genügen, in diesem Monat überhaupt keinen ID zu produzieren, jedoch hat die Post ein Wort mitzureden. Das tut sie denn auch und sagt: „Der ID ist eine Wochenzeitung und erscheint somit wöchentlich." Dieser Aussage liegt die Postvertriebsordnung zugrunde und unser Wunsch, auch weiterhin Benutzer des sehr preiswerten Postzeitungsdienstes zu bleiben. Also haben wir einen Kompromiß erhandelt: es erscheinen im August zwei Nummern des ID, die als Doppelnummern deklariert werden. Das „Doppel" bei der Doppelnummer hat nichts mit dem Umfang oder mit dem Preis zu tun. Es ist aus rein formalen Gründen erfunden und verhilft den Statistikern beim Jahresabschluß zu dem erfreulichen Ergebnis: von dieser Wochenzeitung sind im vergangenen Jahr 52 Nummern erschienen. Der Computer ist bereits informiert – er wird die Doppelnummern als einfache Nummern betrachten und verrechnen. Die erste Feriennummer wird am 13. August zur Post gebracht, die zweite am 27. August. Am 9. September erscheint dann wieder der wöchentliche ID.

Und noch was: Zur Zeit erhalten 1088 Abonennten den ID nicht, da sie nicht ausreichend gezahlt haben. Zahlt bitte euer Abo, sobald auf dem Adressetikett die !? ! erscheinen, gebt bei den Bezahlungen eure Abonummer und den Buchstaben an und informiert uns, wenn ihr den ID abbestellen wollt.

Und noch was: Wir wissen aus glasklarer Quelle, daß die „Frankfurter Rundschau" bestätigte Informationen hat, daß Gewerkschaft und Verfassungsschutz auf Landes- und Bundesebene zusammenarbeiten, und zwar organisiert. Wir werden uns um diese Nachricht bemühen.



ALTERNATIVZEITUNG „PODIUM"

Augsburg
6.Juli

In Augsburg ist bereits zum zweiten Mal das PODIUM erschienen.

PODIUM, Stadtzeitung für Augsburg, will mit Bürgerinitiativen, Komitees und engagierten Einzelpersonen zusammenarbeiten, wobei die Zeitung ein Forum für Selbstdarstellungen und Darstellung ihrer Aktivitäten sein soll. Unterdrückte/unterbliebene Nachrichten sollen veröffentlicht werden, alternative Ernährungsweise und Verbraucheraufklärung sollen gegeben werden, Klein- und Kontaktanzeigen sollen gebracht werden usw. Außerdem soll ein überregionaler Kontakt zu linken Verlagen, Minipressen etc. aufgebaut werden. Die Leute, die PODIUM herausgeben, wollen sich parteipolitisch und dogmatisch nicht festlegen.

Kontaktadresse: PODIUM,Augsburger Alternativzeitung, Imhofstr.72,Augsburg,Tel. 0821.573792

ERMÄSSIGUNG BEI DER BEVAUGE

BERLIN
7. Juli

In Berlin übt sich das Kommando Nulltarif, wie es dem ID in einem Brief mitteilte, in Phantasie und Widerstand. Dieser Tage klebten in Berlin an diversen Stellen Plakate, in denen „Ihre Berliner Verkehrs-Betriebe" (BVG) den Kunden Ermäßigung für Kinderreiche, Arbeitslose etc. anbieten, Anträge seien bis "Ende der Woche" einzureichen, und dazu ein paar Telefonnummern. Kommentar der Kommando-Kleber:„Wir wollen mal sehen, wie bei den BVG-Bonzen die Telefondrähte glühen." Außerdem steht eine Fahrpreiserhöhung zum 1. August bevor, was Initiative, Phantasie und Aktivität bei den Gegnern dieser Erhöhung mobilisieren sollte.

BUNDESWEITES TREFFEN LINKER JURAGRUPPEN

SAARBRÜCKEN
6. Juli

Wie schon angekündigt findet am 23./24. Juli in Saarbrücken ein bundesweites Treffen linker Juragruppen statt, organisiert vom Arbeitskreis kritischer Juristen (AKKJ). **Kurzfristige Anmeldungen sind noch möglich unter der Nummer der Fachschaft Jura 0681 / 3022936 oder abends unter der Nummer 0681 / 48388.** Alle Teilnehmer sollen sich anmelden, damit die Organisation klappt. **(ID 169 + 176)**

GROHNDE–DOKUMENTATION : NEUES VERFAHREN

HANNOVER
5.Juli

Nachdem das Verfahren gegen die Verantwortlichen der Grohnde-Dokumentation wegen Verstoßes gegen § 88 a (Aufruf zur Gewalt)eingestellt worden ist, hat sich ein findiger Staatsanwalt was Neues einfallen lassen. Just als das erste Verfahren eingestellt wurde, gabs wegen des Verstoßes gegen das Fernmeldegesetz neue Ermittlungen, denn in der Dokumentation sind Auszüge aus dem Polizeifunk vom Tag der versuchten Besetzung wiedergegeben.

EINE TOLLE FETE

Bielefeld
Juli 1977

Daß es eine tolle Fete war, teilten uns die Bewohner und Nutznießer des Jugendtreffs Johannis–Lust in Bielefeld mit. Sie feierten ein Riesenfest (vom 16. bis 18. Juni) und protestierten dabei gegen den geplanten Verkauf des ehemaligen Ausflugslokals samt Garten. Bisher sind 1700 Unterschriften gesammelt worden, mann/frau kann auch Postkarten an die Stadt oder sonstwohin schicken. Außerdem gibt es eine Dokumentation (für 50 Pfennig)

Hochstr. 12, 4800 Bielefeld

TERROR VON „DRÜBEN"

FRANKFURT
5. Juli

In Frankfurt hat sich ein Komitee gegründet, das sich für die Freilassung der beiden Westberliner Studenten Rudolf Steinke und Manuel Frank einsetzt. Die beiden sitzen seit dem 22. Juni in der DDR, weil sie angeblich in einem Waldstück an der Transitstrecke etwas vergraben hätten. Sie werden verdächtigt, für einen westlichen Geheimdienst zu arbeiten. Das Komitee teilt mit, daß dieser Verdacht lächerlich sei, weil Steinke und Frank Mitglieder der Falken seien, im Streikrat der Berliner Uni gearbeitet hätten und auch sonst nicht gerade den Eindruck erweckten, als sei der Bundesnachrichtendienst ihr Brötchengeber. Das Komitee vermutet, daß die Studenten verhaftet wurden, weil sie drei Tage zuvor an einer Westberliner Veranstaltung über den „Eurokommunismus" teilgenommen hatten, zu dessen Veranstaltern Steinke zählte.

Kontaktadresse: Karl-Heinz Häusler, Niddagaustr. 82, 6 Frankfurt 90, Tel. 0611/7891621

MOLLY IM LANDGERICHT

HANNOVER
Juli 1977

Am 4. Juli erreichte uns diese Meldung:

„wer wirklich empört, also betroffen u n d mobilisiert ist, schreit nicht, sondern überlegt sich, was man machen kann. (ulrike)"

Heute am 29. 6. 1977 haben wir einen Molly in das Landgericht von Hannover geschmissen.
Wir wollen mit dieser Aktion den Forderungen der Gefangenen aus den antiimperialistischen Widerstandsgruppen 'nach Zusammenfassung in interaktionsfähige Gruppen von mindestens 15 Gefangenen und eine Behandlung der politischen Gefangenen, die der Menschenrechtskonvention und den Mindestgarantien der Genfer Konvention entspricht', Nachdruck verleihen!

NEUES VON DER RUSSELL–INITIATIVE

FRANKFURT
7. Juli

Die folgenden Erklärungen sollen Auskunft geben über den Stand der Vorbereitungen für ein RUSSELL–Tribunal über die Verletzung der Menschenrechte in der BRD.

ERKLÄRUNG DES VORLÄUFIGEN SEKRETARIATS

Das vorläufige Sekretariat hat in einem Rundbrief (Nummer 2 vom 28.6.77) Stellung bezogen:

Liebe Freunde,

Der Termin des ersten Zusammentreffens der Jury rückt immer näher, — die konkreten Vorbereitungsarbeiten müssen jetzt endlich energisch angegangen werden. In der beiliegenden Erklärung des Sekretariats vom 24.6.77 ist im einzelnen benannt, welche Aufgaben in den nächsten Monaten unbedingt gelöst werden müssen. Ergänzen d möchten wir noch daran erinnern, daß die Unterschriftensammlung unter den Aufruf der Foundation vom 1.2.1977 immer noch wichtig ist. Wir bitten darum, weitere Unterschriften zu sammeln und an das Sekretariat zu schicken. Der Text des Aufrufs kann bei uns angefordert werden. Auch bitten wir darum, uns die Adressen von weiteren Gruppen und Initiativen zugänglich zu machen, die an unseren Rundbriefen interessiert sein könnten.

Dieser Rundbrief enthält u.a. Erklärungen des Sekretariats überseine Arbeitsweiseund seine Entstehung. Wir hoffen, daß damit mögliche Unklarheiten aus der Welt geschaffen werden. Wir betonen nochmals ausdrücklich unsere Bereitschaft, mit allen Unterstützern zusammenarbeiten zu wollen. Wir rufen eindringlich dazu auf, die konkrete Vorbereitungsarbeit (Materialsammlung, Geldsammlung, Information der Öffentlichkeit) in den Mittelpunkt der Aktivitäten zu rücken.

ERKLÄRUNG DES SEKRETARIATS VOM 24.6.77

In Diskussionen, die der Veröffentlichung des letzten Aufrufs der Foundation folgten, mußten wir feststellen, daß in Teilen der Unterstützungsbewegung eine gewisse Verunsicherung fortexistiert. Unklar blieben besonders die Rolle des Sekretariats und der Katalog der möglichen auf einem Tribunal zu behandelnden Punkte. Wir stellen dazu folgendes fest:

Das Sekretariat ist ein von der Russell Foundation eingesetztes, unabhängiges Gremium. Es arbeitet mit allen an der Unterstützung des Tribunals interessierten Gruppierungen und Individuen zusammen. Als Mitorganisator des Tribunals muß es auf diesem unabhängigen Status bestehen, um von vornherein jeden Eindruck abzuwehren, der spätere Spruch des Tribunals wäre vorherbestimmt. Eine solche Position des Sekretariats, die übrigens bisher Prinzip aller Russell Tribunale war, wurde verschiedentlich kritisiert; insbesondere wurde eine politische Verantwortlichkeit gegenüber der Unterstützungsbewegung gefordert. Dem ist entgegenzuhalten:

Das Sekretariat dient einzig der Vorbereitung des Tribunals. Anders als politische Gruppen oder auch Aktionsbündnisse, die das Tribunal unterstützen, muß es sich — um seinen unabhängigen Status zu wahren — jeder über die Vorbereitung des Tribunals hinausgehenden politischen Aktivität enthalten. Es kann sich demnach weder von bestimmten politischen Richtungen innerhalb der Unterstützungsbewegung abhängig machen, noch der Unterstützungsbewegung eine bestimmte politische Linie vorschreiben.

Ein zweiter bisher unklarer Punkt waren die diversen Listen möglicher Anklagepunkte. Wir stellen dazu fest:
Die Russell Foundation veranstaltet ein Tribunal über Verletzung der Menschenrechte in der Bundesrepublik Detuschland und Westberlin, die für dieses Land typisch und spezifisch sind. Was im Einzelnen zu den Verstössen gezählt wird, liegt weder in der Entscheidungsbefugnis des Sekretariats noch in der anderer Repräsentanten der Foundation, sondern einzig und allein in der unabhängigen Jury. Insofern sind alle bisher umgehenden Listen als Vorschlagslisten mit nicht ausschließlichem Charakter zu verstehen. Es ist eine der wesentlichen Aufgaben der Unterstützungsbewegung, die Jury mit fundiertem und sorgfältig recherchiertem Material zu versorgen, damit sie zu einem umfassenden Urteil über Menschenrechtsverletzungen gelangen kann. Das Sekretariat hat die Aufgabe, das Material zu sammeln. Es erklärt öffentlich, kein Material zu unterdrücken, vielmehr alle Unterlagen in kontrollierbarer Form der Jury zu unterbreiten.

Die Jury wird im Laufe der nächsten Wochen benannt werden und am Ende des Sommers erstmals zusammentreten. Bis dahin benötigen wir ernstzunehmende Zwischenergebnisse bei der Materialsammlung, müssen erhebliche Geldsummen aufgebracht werden. Das Sekretariat ruft dazu auf
— ihm Vorschläge für die deutschen Mitglieder der Jury zu unterbreiten, die es an die Foundation weiterleiten wird
— bis Ende September erstes Material zu schicken
— bei der Aufbringung der benötigten Geldsummen tatkräftig mitzuwirken
— die Öffentlichkeit über das Tribunal zu informieren.

Diese Erklärung ist der Russell Peace Foundation bekannt. Sie wird von ihr voll gebilligt...

ZUR ENTSTEHUNG DES SEKRETARIATS

Das vorläufige Sekretariat zur Vorbereitung des dritten internationalen Russell Tribunals wurde am 6. Juni 1977 von der Russell Peace Foundation eingesetzt. Ihm gehören an: Ernst Böttcher, Studentenpfarrer in Gießen, Sebastian Cobler, Jurist in Darmstadt, Kai Thomas Dieckmann, Diplompolitologe in Berlin, Ellen Diederich, Studentin Marburg und Detelef Haritz, Diplompolitologe in Berlin.

Am 26. Februar hatte der Initiativausschuß, in dem zunächst die meisten Gruppen und Personen vereinigt waren, die auf das Tribunal hinarbeiteten, seine letzte Sitzung. Es herrschte Übereinstimmung darüber, daß dieser Ausschuß sowie die von ihm einberufene Arbeitskonferenz weder ein umfassendes nationales Unterstützungskomitee bilden noch ein Sekretariat für das Tribunal vorschlagen könnte.

Der anwesende Vertreter der Russell Peace Foundation stellte schon während der Sitzung deutlich für alle fest, daß die Foundation sich auf keine politische Engführung bei der Vorbereitung einlassen würde, sondern größten Wert lege auf die Mitarbeit aller, die am Zustandekommen eines Tribunals interessiert sind. Dazu gehören auch viele demokratisch gesinnte, bürgerlich -liberale oder konservative Menschen.

Die Foundation zog aus der dargelegten Situation Konsequenzen: Sie bereitete von sich aus die Einsetzung eines vorläufigen Sekretariats mit Personen vor, die mit möglichst vielen der verschiedenen Unterstützer des Tribunals zusammenarbeiten könnten und hier nicht die Politik spezifischer Richtungen durchzusetzen suchten. Unter diesem Gesichtspunkt sprach sie Leute aus dem Initiativausschuß und dessen Umkreis an und klärte die Voraussetzungen für eine offene Weiterarbeit, bis das vorläufige Sekretariat gebildet werden konnte.

Die Vorgehensweise der Foundation, ein Sekretariat zu ernennen und nicht durch die Unterstützungsbewegung wählen zu lassen, entspricht dem Prinzip der Russell Tribunale. So wurde auch bei den vorangegangenen Tribunale verfahren, um die Unabhängigkeit der Organisatoren des Tribunals zu wahren und jeden Eindruck abzuwehren, der spätere Urteilsspruch wäre vorherbestimmt. Auch die Bezeichnung „vorläufiges Sekretariat" ist nicht außergewöhnlich, sondern üblich. Nur die Jury der Russell Tribunale ist befugt, ein endgültiges Sekretariat einzusetzen.

Spenden für das Tribunal

Ebenfalls im Rundbrief sind ein Spendenaufruf und eine Aufstellung der Kosten, die in der nächsten Zeit anfallen werden: für An- und Abreise/Unterbringung der Jury-Mitglieder, Büro etc. „Kurz: Wenn es uns nicht gelingt im Laufe des nächsten Vierteljahres mindestens 50 000.- DM aufzubringen, ist ein Zustandekommen des Tribunals ernsthaft gefährdet ..."

Adresse: Vorläufiges Sekretariat zur Vorbereitung des Dritten Internationalen Russell Tribunals
D — 1000 Berlin, Ahornstr. 5, Tel: 030/211 91 38
dort kann man den Rundbrief anfordern

Spenden an:
Bankkonto: Nr. 0254 585300, Thomas Dieckmann-Sonderkonto Russell-Tribunal, bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00
Postscheckkonto: Nr. 415909–100, Thomas Dieckmann, beim Postscheckamt Berlin-West, BLZ 100 100 10

DAS SEKRETARIAT HAT DIE UNTERSTÜTZUNG DER FOUNDATION

Zur Rolle des vorläufigen Sekretariats gab die Russell Peace Foundation am 22. Juni folgende Erklärung ab:

Die Bertrand Russell Peace Foundation hat sich an alle Unterstützer eines Russell Tribunals – seien es Gruppen oder Individuen – mit der dringenden Bitte gewandt, mit dem Sekretariat des Tribunals, das unser volles Vertrauen besitzt, zusammenzuarbeiten und es zu unterstützen. Die Foundation hat erklärt, daß es ohne diese Unterstützung kein Russell Tribunal geben wird. Das Sekretariat ist ein unentbehrliches Mittel zur Vorbereitung des Tribunals und wird in Kürze die nächsten einzuleitenden Schritte und einige der Namen der Tribunalsmitglieder bekanntgeben. Es begrüßt es, wenn Vorschläge von allen Seiten für weitere Mitglieder an es gerichtet werden.

VORSCHLÄGE AN DIE RUSSELL PEACE FOUNDATION

Auf der Arbeitsgruppenkonferenz in Göttingen am 25./26. Juni wurde folgende Resolution verabschiedet. Sie ist unterzeichnet von etwa 40 Gruppen (stark KB-orientiert):

Die Teilnehmer der zweiten Arbeitskonferenz westdeutscher Antirepressionsgruppen (Göttingen, 25./26. 6.77) möchten der Bertrand Russell Peace Foundation zur weiteren Vorbereitung des Russell–Tribunals über die Repression in der BRD folgende Vorschläge unterbreiten:

1. In der Vorbereitung und Unterstützung des Tribunals sollte keine Einschränkung der Untersuchung von Unterdrückungsmaßnahmen vorgenommen werden. Um Unklarheiten in dieser Frage, wie sie immer wieder aufgetreten sind, zu beseitigen, schlagen wir vor, die im Brief der Russell–Foundation vom Juni 1977 gewählten Formulierungen zu präzisieren: Wie die Berufsverbote und die §§ 88a und 130a STGB sollten auch weitere wesentliche Repressionsmaßnahmen in der BRD, die durch den Export in andere Länder zusätzlich die Entwicklung in ganz Europa bedrohen, explizit genannt werden:
– politische Unterdrückung in kulturellen, kirchlichen und anderen Institutionen
– Einschränkung von Rechten von Angeklagten und ihren Verteidigern sowie die Verschärfung von Haftbedingungen, insbesondere die unmenschliche Isolationshaft
– Ausbau des Polizeiapparats und der Geheimdienste sowie die Erprobung in paramilitärischen Einsätzen gegen Bürgerinitiativen
– systematische Verteufelung der Linken, was alle möglichen rechtsradikalen Übergriffe und Umtriebe direkt ermutigt
– verschärfte Anwendung der ausländerrechtlichen Bestimmungen
– Zusammenarbeit des bundesdeutschen Verfassungsschutzes mit ausländischen Geheimdiensten, insbesondere die Denunziation in der BRD lebender Iraner an die Geheimpolizei des Schah-Regimes, was durch die westdeutsche Verfassung direkt verboten ist.
– Praktiken und Verordnungen, die den revidierten § 218 lokal und regional unterlaufen; Berufsverbote gegen Frauen, die legal abgetrieben haben; medizinische Experimente an Frauen, die abtreiben wollen
– Kriminalisierung von Frauen, Frauengruppen und -zentren im Zusammenhang mit § 218
– Haftbedinungen weiblicher politischer Gefangener und Lesbierinnen
– Behinderung bei Arbeitssuche und Aberkennung des Arbeitslosenstatus bei Müttern, die keine Betreuung ihrer Kinder nachweisen können
– Diskriminierung und Hetze gegen Schwule in direkter Tradition faschistischer Methoden, unter Berufung auf das „gesunde Volksempfinden"
– schwarze Listen in den Betrieben, Bespitzelung von Belegschaftsangehörigen auch durch private Detekteien
– zunehmender Druck auf die Gewerkschaften, u.a. durch die Anwendung eines Verbändegesetzes
– Praktizierung eines Radikalenerlasses im DGB selbst durch die Unvereinbarkeitsbeschlüsse.

Dieser Katalog beansprucht weder vollständig zu sein, noch soll er die Arbeitsweise des Tribunals bestimmen, die von den Mitgliedern der Jury letztlich selbst entschieden werden muß. Er soll allerdings die jetzt notwendigen wissenschaftlichen Untersuchungen über die Verletzung der Menschenrechte in der BRD genauer definieren helfen, als das aufgrund der bisher vorliegenden Stellungsnahmen der Russell–Foundation möglich war.

2. Die Art und Weise des Zustandekommens des jetzigen vorläufigen Sekreteriats mußte viele Unterstützer des Tribunals verunsichern und hat der Glaubwürdigkeit unseres gemeinsamen Anliegens keinen guten Dienst erwiesen. Unkontrollierbare und widersprüchliche Absprachen mit Minderheiten der bisherigen Unterstützungsgruppen haben das Vertrauen in dieses Sekreteriat erschüttert. Einige Sekretäre haben leider ausdrücklich erklärt, daß sie sich den Unterstützungsgruppen überhaupt nicht verantwortlich fühlen und dadurch den Eindruck erweckt, selbstherrlich zu handeln. Den Unterstützungsgruppen, die schließlich den Großteil der Arbeit für das Tribunal tragen müssen, muß auch demokratische Mitbestimmung zugestanden werden. Deshalb halten wir es für notwendig und möglich, in gemeinsamen Verhandlungen aller Beteiligten ein neues Sekreteriat zu bilden, das unser aller Vertrauen besitzt und daher auch das Tribunal in jeglicher Hinsicht mit größtmöglicher Effektivität vorbereiten kann.

3. Es hat sich gezeigt, daß mit der Auflösung des nationalen Initiativausschusses keinerlei Fortschritte, sondern im Gegenteil vermehrte Schwierigkeiten verbunden waren. Im Sinne einer solidarischen und verbindlichen Koordination der Unterstützungsarbeit schlagen wir deshalb vor, an der ursprünglichen Konzeption eines Nationalen Unterstützungskomitees festzuhalten, in dem alle Unterstützer des Tribunals repräsentiert sein sollten.

4. Um unsere praktische Antirepressionsarbeit zielgerichtet fortsetzen zu könnnen und die internationale Solidarität gegen das „Modell Deutschland" zu organisieren, wird die Herausgabe eines internationalen Informationsbulletins über die Repression in der BRD vorgeschlagen. Dieser Vorschlag soll mit der Unterstützungbewegung in Frankreich, den Niederlanden, Skandinavien usw. diskutiert werden.

5. Um diese Beschlüsse durchzuführen, wählt die Arbeitskonferenz einen Ausschuß für die Zeitdauer bis zur nächsten Arbeitskonferenz, die spätestens bis zum 15. September dieses Jahres einzuberufen ist.

Abschließend stellen wir fest, daß der Versuch, das Tribunal auf einige – oder sogar nur einen – Bereich zu beschränken, nicht nur dem Willen der Mehrheit der Unterstützungsbewegung widerspricht, sondern auch zum Ausdruck bringt, daß der Umfang und die Tiefe der politischen Unterdrückung im Sinne des „Modell Deutschland" nicht ernst genommen wird. Es ist nötig, politische Repression jeglicher Art grundsätzlich zu bekämpfen und nicht aus taktischen Gründen zu verharmlosen. Unabhängig von den weiteren Entscheidungen der Russell–Foundation werden wir die begonnene Arbeit gegen das „Modell Deutschland" nach Kräften und ohne jede thematische Einschränkung gemeinsam mit unseren ausländischen Freunden fortsetzen und uns dabei auf die Mobilisierung eines möglichst breiten Widerstands konzentrieren. Auch in dieser Frage gilt: Bau'n wir auf die eigene Kraft!

UNTERSTÜTZUNG AUFGEKÜNDIGT

Die Gruppen: Arbeitsgruppe politische Gefangene Hamburg, Antifaschistischer Kampf Kaiserslautern, Arbeitsgruppe counter insurgency Hamburg, Arbeitsgruppe politische Gefangene Wiesbaden/Karlsruhe, Komitee Innere Sicherheit, Bochum, IVK, AG 3. Welt Berlin, AG Medien Berlin, Initiative gegen die Vernichtung politischer Gefangener und AG 3. Welt Frankfurt, Arbeitskreis politischer Gefangener Wien, – die allesamt inhaltlich den Vorstellungen des Internationalen Verteidiger Komitees zuzurechnen sind, haben die Unterstützung des Tribunals aufgekündigt. Ihre Gründe legen sie in einer Presse erklärung vom 29.6. dar:

Am 25./26.6.77 fand in Göttingen die zweite Arbeitskonferenz (AK) der Initiativen zur Unterstützung eines Russell-Tribunals über die Verletzung der Menschenrechte in der BRD statt. Die AK war notwendig geworden, um ein gemeinsames Verhalten dieser Initiativen zu bestimmen, gegenüber der neu entstandenen Situation, die gegeben war durch die Einsetzung eines provisorischen Sekretariats durch die Russell Peace Foundation (PF), unter Umgehung und ohne Legitimation der westdeutschen Unterstützungbewegung.

Die PF hat in ihren vorausgegangenen Äußerungen zum Ausdruck gebracht, daß der antiimperialistische Charakter der bisher durchgeführten Tribunale (Vietnam, Lateinamerika) für sie keine Gültigkeit mehr hat. Die Darstellung der Ursachen für die Verletzung von Menschenrechten, nämlich die Wahrung imperialistischer Herrschaftsinteressen, soll nach ihrer Meinung nicht mehr innerhalb des Tribunals erfolgen. Sie will keine „abstrakten politischen Analysen" durchführen (Brief der PF vom 20. Mai 77).

Die Funktion des provisorischen Sekretariats (Dieckmann, Haritz vom AK FU, Böttcher, Diederich von der ESG, Cobler) ist hierbei, schon innerhalb der Vorbereitung des Tribunals, dessen inhaltliche Ausrichtung in diesem Sinn zu reduzieren. Nochmals offenkundig wurde dies an den Aussagen der anwesenden Sekretäre auf der Göttinger AK. Sie konnten

den Verdacht nicht ausräumen, durch ihre Vorbereitungsarbeit die links von ihnen stehenden Kräfte zugunsten der Herstellung eines sogenannten breiten demokratischen Bündnisses (Jusos, Judos, etc.) abzudrängen. Dies aber ist der Versuch der Vereinnahmung des Tribunals durch die Kräfte der Sozialdemokratie. Entsprechend auch die Absicht der Sekretäre, die an sie zu übermittelnden Materialien vor ihrer Weiterleitung an die noch zu bildende Jury, durch „unabhängige" Gutachter zu filtern.

Die aus diesen Gründen von der AK einhellig gestellte Forderung nach Rücktritt des Sekretariats beantworteten die anwesenden Sekretäre mit dem Hinweis, daß sie das absolute Vertrauen der PF besitzen, und daß es ohne dieses Sekretariat kein Russell Tribunal geben wird.

Für den Kommunistischen Bund, der die Mehrzahl der anwesenden Initiativen stellte, und der verbal dem Sekretariat seine Legitimation absprach, ergaben sich daraus keine praktischen Konsequenzen. Vielmehr brachte er durch ein taktisches Manöver — Verlesen eines Briefes an die AK von Cobler, der die Funktion hat, links vom provisorischen Sekretariat stehende Kräfte in das politische Projekt der PF zu integrieren — die Mehrheit der AK hinter seine Absicht, weiterhin an der Vorbereitung des Tribunals teilzunehmen. Ein Tribunal, daß nicht eine Untersuchung des sozialdemokratischen „Modell Deutschland" sowie dessen Export nach Westeuropa anstellen wird.

„Modell Deutschland" nach innen heißt: Der Versuch der Ausschaltung des bewaffneten Widerstandes durch gezielten Mord auf der Strasse sowie an den gefangenen Guerillas, jahrelang an ihnen verübte Isolationsfolter zur Brechung ihrer politischen Identität, Absicherung dieses Projektes durch eine nach den Mustern der Counterinsurgency aufgebauten psychologischen Kriegsführung, Ausschaltung der Verteidigung, die Öffentlichkeit gegenüber dieser Strategie und damit Schutz für die Gefangenen herstellt. Daneben computermäßige Erfassung der Linken, Zerstörung von Widerstandsbewußtsein schon im Keim durch Berufsverbote, die §§ 88a/130a, Kriminalisierung von Bürgerinitiativen usw.

„Modell Deutschland" nach außen heißt: Export dieses „Modells" nach Westeuropa, Konsolidierung des westeuropäischen Blocks unter Führung der BRD als Statthalter der USA in Europa, um damit die politisch/ökonomische Stabilisierung der Metropolen selbst, sowie eine einheitliche Strategie gegenüber der 3. Welt — also Sozialdemokratisierung der Konflikte bzw. die Ermöglichung von Interventionen der NATO — zu gewährleisten.

Ein Tribunal, daß diese Zusammenhänge nicht darstellt/sie verdeckt, wird zur Legitimation für die Sozialdemokratie, deren umfassendes Projekt der präventiven Konterrevolution dann nicht deutlich wird. Im Gegenteil wird sie versuchen, unter Berufung auf den partiellen Urteilsspruch der Jury, der Denunziation ihrer Strategie entgegen zu wirken.

Aus diesen Gründen werden die genannten Gruppen die Vorbereitung des Tribunals nicht weiter unterstützen, sondern vielmehr die in- und ausländischen Gruppen, die bisher ihr Interesse an der Durchführung des Tribunals bekundet haben, über die Entwicklung, die seine Vorbereitung genommen hat, informieren.

„ZENSUR UND SELBSTZENSUR"

HAMBURG
27. Juni

Am Freitag, dem 24. Juni 1977, fand eine Veranstaltung zu dem Thema „Zensur und Selbstzensur" statt. Aufgerufen dazu hatte die „Hamburger Vorbereitungsgruppe für ein Russell-Tribunal", unterstützt vom Fachschaftsrat Psychologie der Universität, der gerade mit klammheimlicher Freude den Artikel des Göttinger AStA über Herrn Buback nachgedruckt hatte und selbst von Zensur bedroht ist.

Er ist mittlerweile von Unipräsident Fischer-Appelt angezeigt worden. Ca. 500 Feinde der Zensur verfolgten die Beiträge von Gottschalch, Bremer Hochschullehrer, Sebastian Cobler, Jurist, Arno Münster, Journalist im Pariser Exil, sowie Vertreter verschiedener Antirepressionsgruppen.

Gottschalch zeigte mit dem Vokabular der kritischen Sozialpsychologie auf, wie die berechtigten sozialen Ängste (vor allem Arbeitslosigkeit, AKW's...) umgelenkt werden auf diejenigen, die trotz allem sich ihre Kritik nicht verbieten lassen. Er warnte davor, die staatliche Zensur in den eigenen Kopf vorzuverlegen. Nach einer Rückschau auf die Gesetzesveränderungen der letzten Jahre rief auch Cobler auf, insbesondere den Zensurparagraphen dadurch zu unterlaufen, daß (wie schon beim Bommi-Buch, heute beim Buback-Nachruf) verbotene Artikel massenhaft und von vielen Herausgebern geschützt verbreitet werden. Arno Münster entwarf zunächst eine theoretische Einschätzung der Entwicklung der Massenmedien. Trotz ihrer Macht sei organisierter Widerstand möglich; denn alternative Medienarbeit, wenn sie in der Bevölkerung zu verankern ist, hat durchaus Erfolg, wie er mit Beispielen aus Frankreich und Italien (autonome Rundfunksender, überregionale, linke Tageszeitung) belegte.

Übrigens: selbst die Mitarbeiter bürgerlicher Medien haben offenbar die Notwendigkeit erkannt, gegen Zensur gemeinsam vorzugehen und nicht noch länger zu verharren: sie besuchten mit und ohne Tarnkappe die Veranstaltung.

GLOTZ BEKENNT SICH ZU BERUFSVERBOTEN

Berlin
Jlui 1977

Ein Bericht vom Berliner Asta:

„Am Donnerstag, den 30.6., fand an der PH Berlin eine Versammlung aller Hochschulangehörigen statt. Der Senator Glotz versuchte den Anwesenden die Vorteile der bevorstehenden Integration aller Westberliner Hochschulen schmackhaft zu machen. Seine Äußerungen wurden bereits hier durch Mißfallenskundgebungen der Anwesenden unterbrochen.
Danach forderte ein Vertreter des Asta Herrn Glotz auf, zu Berufsverboten, HRG, Ordnungsrecht und Polizeieinsätzen an den Universitäten und letztendlich zur Frage der Verfaßten Studentenschaft mit politischem und imperativem Mandat, Satzungs- und Finanzhoheit, Stellung zu nehmen.
Der Senator bekannte sich in seiner Antwort ohne Abstriche zu Berufsverboten und Ordnungsrecht, rechtfertigte Polizeieinsätze an Universitäten und sprach der Vertretung der Studentenschaft (Asta) ein politisches und imperatives Mandat in der Zukunft ab. Das bedeutet faktisch, daß die Vollversammlung bedeutungslos wird und der ASTA nur noch zu hochschulinternen und kulturellen Fragen Stellung nehmen darf und die soziale Betreuung der Studenten übernehmen soll.
Das heißt, daß der ASTA zu einer Caritas für Studenten degradiert werden soll. Diese klare Aussage gegen die Interessen der Studenten, die sich auch an der Uni nicht politisch entmündigen lassen wollen, wurden von den anwesenden Studenten als Provokation aufgefaßt und mit lautem Protest beantwortet. Einige Farbeier flogen in Richtung Rednerpult und die Versammlung wurde aufgelöst."

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90
Verantwortlicher Redakteur:
Peter Michael Borch
BEIRAT DES ID:
Johannes Beck/Hochschullehrer **Horst Bingel**/Schriftsteller **Heiner Boehncke**/Hochschullehrer **Dr. Hans Christoph Buch**/Schriftst. **Peter O. Chotjewitz**/Schriftsteller — **Dr. Robert A. Dickler**/Hochschullehrer — **Christian Geissler**/Schriftsteller — **Prof. D. Helmut Gollwitzer**/Theologe — **Holger Heide**/Hochschullehrer — **Otto Jägersberg**/Schriftsteller — **Yaak Karsunke**/Schriftsteller — **Dr. Heinar Kipphardt**/Schriftsteller — **Helga M. Novak**/Schriftstellerin — **Jürgen Roth**/ Schriftsteller **Robert Wolfgang Schnell**/Schriftsteller — **Volker Schlöndorf**/Regisseur **Erwin Sylvanus**/Schriftsteller — **Dr. Klaus Wagenbach**/Verleger — **Gerhard Zwerenz**/Schriftsteller

HAUSBESETZUNG IM ENGELBLOCK

HEIDELBERG 6. Juni *Mitglieder der Gruppen "Leute ohne Wohnung, ohne Arbeit" und "Arbeitslosenselbsthilfe" berichten von einer Hausbesetzung, die sie gemacht haben; und noch was: am Donnerstag, 14. Juli, gibts ab 14 Uhr eine große Besetzerfete und ein Plenum. Kommt massenhaft, das wünschen sich die neuen Bewohner:*

Vor ein paar Tagen haben die Gruppen Iowa (Leute ohne Wohnung, ohne Arbeit) und die Gruppe Etage (Arbeitslosenselbsthilfe) einen Gebäudekomplex besetzt. Dort gibt es auch die Indianerkommune (Schüler-und Ausreißerprobleme), die sich ebenfalls gegen ihre unmittelbar bevorstehende Räumung wehrt.

Die Stadtverwaltung Heidelberg versucht schon seit Jahren im angeblichen öffentlichen Interesse unter dem Deckmantel der Altstadtsanierung sehr gut erhaltenen Wohnraum (hier: WC, Duschen, el. Anlagen 60,(!) Räume) abzureißen, um einer kapitalschweren Aktiengesellschaft (c&a Brenninkmeyer) Tür und Tore zu öffnen, die Bevölkerung auszunehmen und auszubeuten, obwohl in dieser mittleren Stadt auf 1km Geschäftszentrum bereits ein Kaufhof, eine Kaufhalle, ein Horten und zwei Woolworth existieren. Außerdem gibt es auf der langgezogenen Hauptstraße di chtbei dicht weitere unzählige moderne Fachgeschäfte, Kleinkaufhäuser, Boutiken usw. so daß der Bau eines neuen c&a Betonklotzes eine wirklich überflüssige und sinnlose Maßnahme der Stadt bedeutet. Die Stadt wurde am Kriegsende vom Bombenterror verschont auf grund ihrer bedeutsamen Historik, und jetzt versucht Oberbürgermeister Zundel, seine "eigene" Stadt abzureißen und zu verkaufen. Eine Folge davon ist, daß unzählige Arbeitswillige und wohnungssuchende Leute auf der Straße liegen, auf der Drogenszene rumhängen, nicht wissen, wo sie die nächste Nacht wohnen oder schlafen können. Es gibt weder ein JUZ noch ein Sleep-in in der Altstadt. Mit Hilfe der Polizei versucht Zundel schon seit Jahren zahlreiche derartige Ansätze zu zerstören. Harmlose Leute werden von immer heftigeren Polizeieinsätzen gestört, kontrolliert, schikaniert, z.B. sinnlos festgehalten, aus der Stadt gefahren usw.

Das Gerücht geht bereits um, daß OB Zundel und einige sehr einflußreiche Stadträte von Bestechungsgeldern der großen Kapitalunternehmen leben, auf deren Seite sie stehen und sich einen Dreck um die Probleme der Wohn- und Obdachlosen scheren! Wir können dieser Entwicklung nicht länger zusehen – wir haben gehandelt! Die Gebäude sind besetzt und von uns selbst verwaltet. In unseren Häusern ist noch sehr viel Platz für die vielfältigsten Ideen.

Adresse: Hauptstraße 67/69, 6900 Heidelberg

GEGEN CHEMISCHE KASTRATION

BIELEFELD Juli 1977 Am 22. Juni 1977 erschien der nachfolgende Bericht in der „Frankfurter Rundschau":

siehe unten

Die Initiativgruppe Homosexualität Bielefeld (IHB) verfaßte dazu eine Resolution:

„Der Presse entnehmen wir, daß sich SPD-Mitglied Adolf Müller-Emmert (MdB) für die ‚Behandlung' von Personen mit ‚abnormen sexuellen Neigungen' mittels eines neuen Medikaments (Androcur) einsetzt. Dazu stellen wir folgendes fest:

1. Wer von Personen mit ‚abnormen sexuellen Neigungen' spricht, geht wohl davon aus, daß er in der Lage ist zu beurteilen, was im Bereich der Sexualität dann sicher ‚normal' ist. Bezogen auf die gesellschaftlichen Verhältnisse in der BRD wird dann sicher ‚Normalität' mit Heterosexualität und den sie einschließenden Verhaltensweisen (Kleinfamilie, Frauenunterdrückung) gleichgesetzt.
   Alle anderen sexuellen Verhaltensmöglichkeiten werden somit diffamiert und sind letztlich zur ‚Behandlung' freigegeben.
   Die modernen Sexualwissenschaften haben allerdings längst widerlegt, daß Heterosexualität ‚natürlich' ist – sie bezeichnen sie als eine mögliche Form sexuellen Verhaltens.
2. Die Erwägungen Adolf Müller-Emmerts entsprechen einer Denkweise, die angesichts deutscher Geschichte allerdings bemerkenswert ist:
   von einer (zweifelhaften) Norm abweichende Menschen sollen mit Hilfe chemischer Manipulationen ‚behandelt' werden – eine Weiterentwicklung der seit Jahren in der BRD praktizierten Methode (international kritisiert) der Gehirnoperationen. Beide Vorgehensweisen sind nicht neu: gerade sie fanden rücksichtslose Anwendung bei den Menschenversuchen (die einschließlich einer Normierung dienen sollten) in den KZ's der Hitler-Faschisten.
   Wer heute ähnliche Methoden gut heißt, rechtfertigt diese Verbrechen.
3. Der Gipfel des Zynismus ist Adolf Müller-Emmerts Rede vom ‚Grundsatz der freien Entscheidung' bei solchen Eingriffen. Wir alle wissen, wie leicht Menschen unter verschiedensten Formen psychischen oder physischen Drucks (z.B. Knast oder psych. Klinik) zu ‚freiwilligen' Entscheidungen (oder Geständnissen) zu bewegen sind.

Für chemische Kastration

SPD-Abgeordneter: Freiwillig, unter ärztlicher Kontrolle

KAISERSLAUTERN, 21. Juni (dpa). Für die „chemische Kastration" von Triebtätern mit Hilfe eines neu entwickelten Arzneimittels hat sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Adolf Müller-Emmert (Kaiserslautern) am Dienstag ausgesprochen. Mit dem Präparat, das erst in diesem Jahr eingeführt worden sei (Schering AG, Berlin), könnten Personen mit abnormen sexuellen Neigungen oder krankhaft gesteigertem Geschlechtstrieb mit der Spritze behandelt werden. Im Gegensatz zum operativen Eingriff könne die Behandlung mit der Injektionslösung jederzeit **abgebrochen werden. Müller-Emmert, Strafrechtsexperte der SPD und langjähriger Vorsitzender des Bundestags-Sonderausschusses für die Strafrechtsreform, hält die Anwendung des neuen Präparats („Androcur") im Sinne einer modernen Kriminalpolitik für wünschenswert. Mit seiner Hilfe könnte die Aussetzung von Freiheitsstrafen ermöglicht werden. Das Präparat dürfe selbstverständlich nur unter ärztlicher Kontrolle und „nur nach dem Grundsatz der absoluten Freiwilligkeit" angewandt werden, betonte der SPD-Abgeordnete in Kaiserslautern.**

4. Die Vorschläge Adolf Müller-Emmerts reihen sich ein in die Faschisierungstendenzen in der BRD und sind ausschließlich als ein weiteres Mittel zur Unterdrückung von Abweichlern jeder Art anzusehen. Wer heute ‚sexuell Abweichende' behandelt, wird morgen auch bereit sein, allen anderen Menschen, die nicht den herrschenden Vorstellungen entsprechen, im Gehirn herumzupfuschen oder Chemikalien einzuspritzen. Es fragt sich dann ebenso, wie lang der Weg von diesem Vorgehen bis zum ‚Abspritzen' noch ist.

Wir rufen alle fortschrittlichen Menschen und Organisationen in der BRD und anderswo auf, bei ihrem Kampf gegen die ständig zunehmende Repression in der BRD auch die hier von uns dargestellten Unterdrückungsmaßnahmen mit zu berücksichtigen."

Kontaktadresse: IHB c/o AStA Universität, Postfach 8640, 4800 Bielefeld 1.

NEUE ZEITUNG: GEGENDRUCK

BONN
24. Juni

Das Bonner „Komitee gegen politische Unterdrückung" hat die erste Nummer ihrer Zeitung „Gegendruck" herausgebracht. Im Editorial schreiben die Herausgeber:

„Das Komitee gegen politische Unterdrückung stellt sich mit dieser ersten Nummer seiner Zeitung der Öffentlichkeit vor. Es ist entstanden aus dem 'Rechtshilfefonds Bonn' (RHF), der zunächst das Hauptziel hatte, die materielle Solidarität mit den von der Klassenjustiz Verfolgten zu organisieren. Einige eklatante Fälle politischer Repression wie Berufs- und Ausbildungsverbote in Bonn, besonders aber der Roth/Otto/Sauber-Prozeß in Köln veranlaßten den RHF dazu, darüber hinaus politische Veranstaltungen zu machen und die Berichterstattung seiner Zeitung auszuweiten. Daraufhin schlossen sich dem RHF einige organisierte und nichtorganisierte Leute an, die gegen die politische Unterdrückung kämpfen wollen. Einige Wochen lang wurde über den Kampf gegen die Repression diskutiert; das Ergebnis schlug sich in der unten abgedruckten Plattform nieder.

Wir sind der Meinung, daß der Kampf gegen politische Repression in Bonn und anderswo auf breiter Grundlage aufgenommen werden muß. Zur Zeit steht hier die Vorbereitung und Unterstützung des Russell-Tribunals an. Die Aufgaben des RHF, insbesondere die Organisierung der materiellen Solidarität, werden wir fortsetzen.

Diese Zeitung wird regelmäßig über politische Unterdrükkung und Solidaritätsaktionen berichten. Wir können diese Aufgabe allerdings nur zufriedenstellend lösen, wenn wir von den politischen Organisationen, aber ganz besonders von 'Vereinzelten' unterstützt werden. Wir fordern euch also nicht nur zur Mitarbeit im Komitee, sondern auch zum Schreiben von Berichten und anderen Artikeln für die Zeitung auf. . . .
Unterstützt das Komitee gegen politische Unterdrückung! Wir arbeiten mit jedem zusammen, der eine Bedingung anerkennt: der Kampf muß gegen jede politische Unterdrückung geführt werden und nicht organisationsborniert nur dann, wenn eigene Leute betroffen sind."

**Kontaktadresse: Komitee gegen politische Unterdrückung
Postlagerkarte 092142 A, 5300 Bonn**

**Spendenkonto: Nr. 93351 bei der Sparkasse Bonn,
Kontoinhaber: Rechtshilfefonds Bonn**

MITFAHRERZENTRALE

HAMBURG
28. Juni

Das Schwarzmarkt-Kollektiv hat uns folgendes Flugblatt zugeschickt:

„Da es mit dem "Frühling" jetzt wohl echt losgeht und auch die Reiselust einen so durchkribbelt, dachten wir dran, so eine MITFAHRERZENTRALE intensiver zu betreiben. Das mit den Zetteln an der Uni oder im Mitfahrerkasten bei uns klappt doch nie so sicher, wie man will.

Wir ham uns das so gedacht: unser Telefon im Info-Büro ist sowieso immer von 12.00 bis 18.00 Uhr (Montag bis Samstag) besetzt. Da nehmen wir deinen Wunsch/dein Angebot entgegen in unsere Kartei. Am besten immer eine Woche vorher Bescheid sagen bzw. so früh wie möglich. Du rufst wieder an, ob wir was passendes haben, wenn ja, könnt ihr euch auch hier im Laden zur Abfahrt treffen. Für die Bearbeitung und Unkosten erheben wir (nur bei Erfolg) eine Gebühr von 2,-- DM. Wenn es nicht anders abgemacht wird, teilen sich Fahrer und Mitfahrer die Benzinkosten. Selbstverständlich für Fahrer und Mitfahrer muß sein, daß jeder rechtzeitig Bescheid sagt, falls er was anderes gefunden hat.

Es gibt übrigens keine Bedenken mehr, in fremden Autos nicht mitversichert zu sein: die Haftpflichtversicherungen haben ihren Versicherungsschutz so erweitert, daß jeder Beifahrer mitversichert ist. Wir haben für euch auch ein kleines Angebot an Lektüre über größere Auslandsreisen, das 'Tramper-Info', 'Alternative' Adressen, Stadtbuch für München, Hamburg, Amsterdam und Reiselektüre in der Schöngeistabteilung.

Schwarzmarkt-Kollektiv, Bundesstraße 9, 2000 Hamburg 13, Telefon 410 42 28

SEXPOL IST KEIN PORNOLADEN

Berlin,
Juli 1977

Die Berliner Gruppe "Mehr Lust" gibt ihren Zorn über einen dort eröffneten Pornoladen mit einem Flugblatt beredten Ausdruck. Nicht nur, daß Pornoläden an sich ein Teil der sexuellen Unfreiheit und Unterdrückung sind, sondern dieser Laden nennt sich auch noch "Sexpol". In dem Flugblatt heißt es u.a.:
"1930 entstand in Deutschland die "Sexpolbewegung" - initiiert von Wilhelm Reich. In dieser Bewegung, die zuletzt 40.000 Mitglieder umfaßte, wurde der Zusammenhang zwischen politisch/gesellschaftlicher und sexuell/individueller Unterdrückung analysiert und kritisiert. Es wurde ein sexualpolitisches Programm ausgearbeitet, das noch heute aktuell und gültig ist:

1. Kostenlose Verteilung von Verhütungsmitteln, Propaganda der besten Geburtenreglungsmethoden,
2. Restlose Abschaffung des Abtreibungsparagraphen, kostenlose Abtreibung auf Wunsch,
3. Aufhebung aller Zwangsbestimmungen über Eheschließung und Trennung, Beseitigung der Prostitution durch Kampf gegen die Ursachen Arbeitslosigkeit, doppelte Geschlechtsmoral und Keuschheitsideologie,
4. Ausrottung der Geschlechtskrankheiten durch Massenaufklärung,
5. Sexualbejahende Erziehung
6. Ausbildung der Ärzte/Pädagogen in allen Fragen der Sexualität,

7. Aufhebung aller Bestimmungen und Strafen über Geschlechtsverkehr unter Blutsverwandten, über Sexualverbrechen, stattdessen Einrichtung von Heilanstalten.

Diese Sexpolbewegung wurde 1933 von den Faschisten zerschlagen...
Heute wird zwar viel von sexueller Freiheit geschwätzt, die Zahl der Vergewaltigungen, Ehedramen mit Körperverletzungen (bei allem ist die Tendenz ansteigend) und die allgemeine Unfähigkeit zu zärtlicheren Beziehungen auch über die Zweierbeziehung hinaus zeigt das wahre Bild.
Wer sich angesichts dieses sexuellen Elends der Menschen in die Unterdrückerfront einreiht durch Eröffnung eines Pornoladens am Wittenbergplatz, in dem asoziale, unzärtliche, sadomasochistische und masochistische Sexualpraktiken propagiert und die Utensilien und Anleitungen dazu verkauft werden, wer solch einem Unterdrückungsladen auch noch den Namen Sexpol gibt, der muß damit rechnen, daß er von denen, die die Sexpolbewegung als Teil ihrer Tradition begreifen, angegriffen wird.
ALSO: Mach diesen Laden zu, es gibt schon zuviele davon - aber wenn Du einen Pornoladen machen mußt, dann nenne ihn Pornoladen, nicht Sexpol. Wir, die "Gruppe Mehr Lust", werden die Scheiben solange zerschlagen, bis dieser 'Sexpolladen' dicht ist!...
Berlin, 5. Juli 1977, 24 Uhr

FRAUEN IN MÄNNERDOMINIERTEN BERUFEN – TREFFEN IN AACHEN –

AACHEN 22. Juni

Vom 17. - 19. Juni fand in Aachen ein ‚nationales Treffen von Frauen in technischen und naturwissenschaftlichen Berufen und Sozialfächern" statt. Eingeladen hatten zwei Frauen der Gruppe „Feminismus und Ökologie" – Frauenprojekt des AStA der TH Aachen.

Wie schon in der Einladung angekündigt, sollte es hauptsächlich darum gehen, nach alternativen Arbeitsbereichen in männerdominierten Berufen zu suchen bzw. die Möglichkeiten zu diskutieren, die wir haben, wenn wir uns gemäß unserer Ausbildung in ‚unseren' Beruf begeben.

Wir waren ca. 50 Frauen, die am Freitag in Aachen eintrafen und sich am Nachmittag vorstellten. Jede erzählte, was sie studiert bzw. arbeitet, welche konkreten Probleme oder Arbeitsfelder sie derzeit beschäftigen. Am Samstag haben wir uns dann in verschiedene AG's aufgeteilt, die auf spezielle Interessen der einzelnen eingehen sollten:

1. Frauen im Studium – welche Schwierigkeiten hat frau besonders in männerbeherrschten Wissenschaftszweigen ihre eigenen Vorstellungen einzubringen und wie kann sie eigenständig und akzeptiert wissenschaftlich arbeiten, ohne sich der männlichen Übermacht anpassen zu müssen?
2. Frauen in Institutionen – Wie können Frauen im Marsch durch die Institutionen (z.B. Gewerkschaften) ihre Rechte auch in die Realität umsetzen bzw. ihre Forderungen erfolgreich artikulieren?
3. Historische Entwicklung – hier wurde versucht die Entwicklung von Wissenschaft und Technik als männlich bestimmt nachzuvollziehen. Noch im Mittelalter wurde ja ernsthaft die Frage gestellt, ob Frauen überhaupt Menschen sind.
4. Frauen sind für eine schönere Stadt – Frauen leben gerne in der Stadt, weil die Anonymität Freiräume für Frauen bietet und weil die Stadt unseren Kontakt zu anderen Frauen erleichtert, nur haben wir eine andere Vorstellung davon, wie eine ‚bewohnbare' Stadt auszusehen hat. Stark vertreten waren auf dem Treffen Architektur- und Städtebaustudentinnen. In diesem Grenzbereich zwichen Technik und Gesellschaftswissenschaften liegen feministische Inhalte noch verhältnismäßig nahe. Doch auch hier werden Frauen im Studium mit Tendenzen konfrontiert, die ‚den Menschen zum verplanbaren, kalkulierbaren Faktor' machen wollen.
5. Berufsperspektive – Suchen wir nach Alternativen oder versuchen wir uns als Frauen in ‚normale' Berufe einzubringen? Frauen machen Betriebe für Frauen (z.B. Werkstätten), um der Funktion als ‚Alibifrauen' zu entgehen und sich nicht der geforderten ‚Überqualifikation' stellen zu müssen. Muß Berufsleben eine Entscheidung gegen Kinder sein?

Die weitverbreitete Ansicht, eine Frau könne sich durch die Wahl eines ‚männlichen' Berufs persönlich emanzipieren, wurde eindeutig widerlegt. All diese Themen konnten leider nur ansatzweise an diesem Wochenende diskutiert werden. Ein weiterer Mangel war es, daß wieder fast nur akademische Frauen anwesend waren. Um die angefangene Diskussion nicht versanden zu lassen, haben wir ein neues Treffen vom 6. – 8. Januar 1978 in Hamburg geplant, über dessen Vorstellungen frau sich über folgende Adresse informieren kann:
Antje Gerken, Am Brunnenhof 33, 2 HH 50.
Außerdem hat jede eine Adressenliste von den Frauen, die in Aachen waren, so daß dadurch die regionale Diskussion bis Januar '78 weit voran gekommen sein kann.



WARNUNG AN ALLE PORNOBUDEN

ESSEN 4. Juli 77

Frauen schickten uns die folgende Erklärung:

" FRAUEN, WENN ES KRACHT – NICHT NUR IN DER NACHT – DANN WACKELT DER TURM, DER MÄNNER -MACHT !!!!!!!!!!!!!

Zum Beispiel gestern Nacht wird es den Herren Vergewaltigern ganz schön gestunken haben, jedenfalls im "Roxy". Und bunt geworden ist es auch vielen anderen Pornobuden, von denen die Essener Sexualgeschäftemacher uns nicht genug in die Welt setzen können. Die Gewalt, die uns Frauen durch das Pornogeschäft angetan wird, drückt sich aus in permanenten Anpöbelungen bis hin zu brutalen Gewaltakten in Betten (oft in Ehebetten) Wir bitten die Herren nun zur Kasse. Sie sollen zahlen dafür, daß in der BRD alle 15 Minuten eine Frau vergewaltigt wird.... dafür, daß es schon zum normalen Stadtbild gehört, daß an jeder Ecke gewaltverherrlichende Pornobuden aus dem Boden schießen.

FRAUEN, WIR LASSEN UNS DAS NICHT LÄNGER GEFALLEN !!!!!!!!!!!!!!!

Gestern Nacht erging die erste Warnung an alle geilen Böcke, und an jene, die mit der kaputten Männersexualität ihre Geschäfte machen. Ihr perverser Puppentanz hat durch uns eine bunte stinkende Unterbrechung erfahren.
Das war - bis auf weiteres - erst ein Vorgeschmack...........

SCHWARZE SCHWESTERN "

ZWANGSEINBERUFUNG IN DEN BAYRISCHEN WALD

BREMEN
Juli 1977

Die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden, Regionalzentrale Bremen, teilt mit, daß wieder Bremer Zivildienstleistende in den Bayrischen Wald zwangseinberufen worden sind:

„Das Bundesamt für den Zivildienst wiederholt einen Piratenakt aus dem letzten Jahr: Es werden wieder Zivildienstpflichtige aus Norddeutschland zu Zivildienststellen in Bayern einberufen. Allein in Bremen wurden innerhalb einer Woche nach Eingang der Einberufungsbescheide 4 Fälle bekannt. Es ist anzunehmen, daß von den Einberufungen etwa 100 Zivildienstpflichtige betroffen sind.

Ohne Rücksicht auf ihre sozialen Bindungen und Verpflichtungen (Freundin, Freunde, Familie, Wohnung, Fortbildung etc.) werden die jungen Dienstpflichtigen über 700 km von ihrem Heimatort eingesetzt, obwohl auch in Norddeutschland genügend Zivildienststellen bereitstehen. Zum Teil haben die betroffenen Zivildienstpflichtigen schon Absprachen bzgl. ihres Einsatzes getroffen.

Bereits im letzten Jahr wurden 77 Zivildienstpflichtige aus Norddeutschland zum Bayrischen Roten Kreuz einberufen, wo sie z.T. ausschließlich so ‚wichtige' Arbeiten wie Fensterrahmen säubern und Streichen, Adressenschreiben, Rasen mähen u.ä. in den Rettungswachen zu erledigen hatten. Das Bayrische Rote Kreuz hatte damals eine besondere Notlage in der Personalsituation beim Bundesamt geltend gemacht. Nach diesem Piratenakt im Sommer '76 wurde die Einberufungspraxis verbindlich geregelt.

Die Absprache zwischen dem Bundesbeauftragten für den Zivildienst, Hans Iven, und dem Beirat für den Zivildienst (1) besagen, daß der Zivildienstpflichtige durch die Vorankündigung der Einberufung eine Vorschlagsmöglichkeit bzgl. ihres Einsatzes bekommen, der vom Bundesamt bei der Einberufung entsprochen werden soll.

Die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden bittet alle Betroffenen, sich mit ihr in Verbindung zu setzen, damit die Kontakte zwischen den ‚Bayerneinberufenen' hergestellt und gegenseitige Beratung und Hilfe geleistet werden kann. In Bremen kann jeden Montag ab 19.30 Uhr in der ZDL-Beratung, Donandtstr. 4, Tel.: 0421/340025 oder jederzeit privat unter der Telefonnummer 501857 Kontakt aufgenommen werden."

Kontaktadresse: Zentralstelle für Recht und Schutz der KDV, Donandtstr. 4, 2800 Bremen 1, Tel. siehe oben.

VLB–RECHTSHILFE

FRANKFURT
Juli 1977

Im Mai 1977 haben mehrere Buchläden in der BRD – von Oldenburg bis Konstanz – einen Vertrag abgeschlossen, der gegenseitige finanzielle Unterstützung in folgenden Fällen gewährleistet:
Wenn ein Buchladen infolge von politischer Repression von Prozessen, Beschlagnahmungen, vorübergehender Schließung, Anschlägen jeglicher Art, Inhaftierung einzelner Mitglieder des Kollektivs oder Sperrung der Konten betroffen ist oder wenn ein Buchladen auf kurzfristige Kredite zur Deckung vorübergehender Liquidationsschwierigkeiten angewiesen ist.

Die Vertragspartner verpflichten sich, 0,5% (bei 30% Handelsspanne) bzw. 0,33% (bei 20% Handelsspanne) ihres monat lichen Bruttoumsatzes auf ein für den Vertragszweck eingerichtetes Konto einzuzahlen.

Gerade im Verlauf des letzten Jahres hat sich die zwingende Notwendigkeit eines solchen Vertrages herausgestellt: Am Morgen des 18.8.1976 begann die erste bundesweit angelegte Staatsschutzaktion gegen den linken Buchhandel und -vertrieb, die den erst im Mai in Kraft getretenen § 88a zur Grundlage hatte. In Bochum, Köln, Hamburg, Tübingen, Heidelberg und München wurden ab 6 Uhr früh die Geschäftsräume von linken Buchhandlungen und die Privaträume der formalrechtlich verantwortlichen Geschäftsführer durchsucht, Zeitungen und Bücher wurden beschlagnahmt und vier Buchhändler wurden vorläufig festgenommen, von denen allerdings drei am gleichen Tag wieder auf freien Fuß gesetzt worden sind. Der Geschäftsführer der Politischen Buchhandlung, Thomas Kram ist der erste Buchhändler, der aufgrund des § 88a inhaftiert wurde.

In einem Ermittlungsverfahren des Berliner Polizeipräsidenten gegen einen Berliner Buchhändler wurde angegeben, er unterstütze die „kriminelle Vereinigung VLB (Verband linker Buchhändler)". Im März 1977 wurde aufgrund des § 88a gegen 36 Projekte (weit über 100 Inhaber, Gesellschafter und Geschäftsführer) ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Seitdem läuft in der bürgerlichen Presse eine Kampagne gegen den linken Buchhandel als „Sympathisantensumpf, den es trockenzulegen gelte". Die daraus folgende härtere Strategie des Staatsschutzes gegen den VLB zeigt sich auch an der jüngsten Aktion gegen den Göttinger Buchladen „Rote Straße" und Druckereien.

Das bedeutet, daß die Aufwendungen für Gerichts- und Anwaltskosten enorm ansteigen. Mit diesen Aktionen sollen die Buchläden auch ökonomisch ausgehungert werden. Deshalb sind viele Buchläden auf die solidarische Hilfe nicht nur anderer Läden, sondern auch der Kunden angewiesen. Einige Buchläden sind daher schon dazu übergegangen, einen Repressionsgroschen auf den Verkaufspreis jedes Buches aufzuschlagen. Alle auf diese Art und Weise zusammenfließenden Gelder werden auf ein Sonderkonto eingezahlt. Der VLB wird die Verwendung der Gelder selbstverständlich offenlegen.

Die Kontonummer des Rechtshilfefonds: Bank für Gemeinwirtschaft, Göttingen, Matthias Mirschel, Nr. 300-748-9801, Stichwort Rechtshilfefond.

Herausgeber: ABC-Buchladen, Kassel; Amei's Buchecke, Hildesheim; Buchladen Eulenspiegel, Bielefeld; Buchladen Kleine Freiheit, Gießen; Willi Münzenberg Buchversand, Oldenburg; Ogro-Buchladen, Uelzen; Carl von Ossietzky-Buchhandlung, Oldenburg; Prolit/Focus, Gießen; Buchladen Roter Stern, Marburg; Buchladen Rote Straße, Göttingen; SOFA-Buchladen, Fulda; Buchladen Zur schwarzen Geiß, Konstanz.

AKW GÖSGEN – BESETZUNGSVERSUCH

SCHWEIZ
29. Juni
2. Juli

Aus Freiburg erhielten wir folgenden Bericht über das AKW Gösgen in der Schweiz:

Zuvor: Die Schweizer AKW-Gegner veranstalteten Pfingsten 77 einen dreitätigen Fußmarsch: Kaiseraugst – Leibstadt – Gösgen. 7000 AKW-Gegner nahmen daran teil. Die Abschlußkundgebung in Gösgen am 30.5.77 direkt vor Reaktor und Kühlturm, von ca. 12 000 Menschen nur durch einen zwei Meter hohen Maschendrahtzaun getrennt, brachte folgende Resolution: Wir kommen wieder, um die Zufahrtswege zu besetzen. Es wurde gesagt: die betroffene Bevölkerung brauche ein Erfolgserlebnis, um wieder aktiv zu werden. Mit diesem Argument wandte man sich gegen die sofortige Besetzung. Es blieb bei einer – für Schweizer Begriffe – macht-

vollen, friedlichen Kundgebung vor dem AKW. (Nur einige Gruppen forderten eine sofortige Besetzung.) An diesem Tag wurde ferner die Gründung eines „Schweizer Aktionskomitees gegen das AKW Gösgen", kurz SAG genannt, vorgeschlagen zwecks nationaler Konsolidierung des weiteren Vorgehens. Die Gründung der SAG geschah kurz darauf. In der Folge arbeitete die SAG sehr intensiv, so z.B. mit Filmen auf öffentlichen Veranstaltungen, Einladungen zu Diskussionen, Haus-zu-Haus-Aktionen und weiteren Informationsveranstaltungen.

Nun zum 25.6.77, dem Tag der versuchten Besetzung (nach Berichten aus der Bevölkerung, ich selber war nicht anwesend):
Olten, Friedenskirche, 14.00 Uhr:
Olten liegt etwa 10 km vom AKW Gösgen entfernt und war Sammelpunkt für den Abmarsch der AKW-Gegner zum AKW Gösgen. Unter dem Motto der Gewaltlosigkeit marschierten 3000 AKW-Gegner los. Es war eine verbotene Demonstration, für Schweizer Begriffe schon etwas Besonderes. Sie marschierten diszipliniert und lautstark, während die Polizei an Kreuzungen rührend um ein reibungsloses verkehrtechnisches Ablaufen bemüht war.

Vor dem AKW: Polizeisperre. Den 3000 AKW-Gegnern standen 950 Bullen gegenüber, zusammengezogen aus der gesamten Schweiz; davon 350 in Frontstellung unterstützt von Wasserwerfern und Hunden und 600 , die sich (laut Schweizer Rundfunk vom 26.6.) im Hintergrund in Bereitschaft hielten.

Die Aare, die das Kühlwasser für das AKW Gösgen liefern soll, führte an diesem Tag mehr Wasser als sonst. Nach Meinung einiger Bürger aus Däniken (Nachbarort von Gösgen) war dies durch einen künstlichen Stau bedingt, der bezwecken sollte, die AKW-Gegner am Überqueren des Flusses zu hindern, damit sie nicht zum AKW-Gelände gelangen.

Der ersten Aufforderung der Bullen an die Demonstranten, zurückzuweichen, kamen diese nicht nach. Kurz darauf folgte dann ein massiver Einsatz der 350 Bullen mit Hilfe von Wasserwerfern (Wasser-Gas-Gemisch), Hunden und Knüppeln. Die Demonstranten mußten zurückweichen. Sie wehrten sich nicht. Nur eine Minderheit von 15 Leuten warf mit Steinen. Von ihnen distanzierte sich im nachhinein die gesamte Bewegung. Dann die zweite Aufforderung der Bullen, sich aufzulösen (trotz bestehendem Rückzug), mit darauffolgendem massiven Einsatz. Diesmal jedoch noch brutaler als beim ersten Einsatz. Es gab Verletzte auf Seiten der Demonstranten, laut Aussagen vom Schweizer Rundfunk vom 26.6. überwiegend Fälle mit Verbrennungen, auch schwerer Art.

Der einzige Schutz der Demonstranten in dem allgemeinen Chaos von Rauch, Nebel und Wasser waren Gesichtstücher, einige hatten an Zitronensaft gedacht. Auch Frauen und Kinder wurden verprügelt, ältere Leute, die als Zuschauer der Auseinandersetzung folgten, ebenso. Der Lautsprecherwagen der SAG brannte aus, vermutlich durch abgeschossene Rauchbomben. Es folgte dann ein gutorganisierter — wenn auch panikartiger — Rückzug, wie überhaupt die ganze Aktion von vorneherein gut organisiert war, so z.B. mit Sanitätern und vielen Ordnern. Dann folgte für viele eine regnerische Nacht im Schlafsack auf freiem Feld.

Der nächste Tag, Sonntag, der 26.6. (an diesem Tag war ich dabei):
Sehr früh wurde eine VV angesetzt. Eine Resolution mit folgenden Schwerpunkten wurde verabschiedet:
— Das AKW Gösgen soll verhindert werden.
— Von einem weiteren Besetzungsversuch wird heute abgesehen.
— Der Polizeieinsatz wird verurteilt.
— Die Bedeutung des politischen Sieges wurde herausgestellt.

Gegen 15.00 Uhr begaben sich 2000 übriggebliebene Demonstranten auf den Weg nach Olten. Der Demonstrationszug folgte nicht der normalen Autostraße, sondern führte über die Dörfer. Immer wieder wurde haltgemacht, gesungen, mit der Bevölkerung geredet, die sich sehr stark an der Diskussion beteiligte. Mit Lautsprecherwagen und Megaphonen wurde immer wieder auf den brutalen Einsatz der Bullen hingewiesen, besonders angesichts der Gewaltlosigkeit der Demonstranten. In Olten brach der Innenstadtverkehr völlig zusammen. Der Demonstrationszug stieß auf eine überwältigende Zustimmung von Seiten der Bevölkerung: jubelnde Leute am Straßenrand, aus Fenstern wurden Konfetti und Bonbons geworfen. Es war für die Schweizer AKW-Bewegung ein großer Erfolg. Daraus resultierten die Entschlüsse:
— Wir kommen wieder.
— Wir kommen wieder zum AKW.
— Wir werden wieder versuchen, die Zufahrtswege zu besetzen.
— Wir wollen kein AKW.
— Wir kommen wieder am Samstag, den 2. Juli 77 (Abmarsch Olten, 14.00 Uhr, Friedenskirche)

Eine Einschätzung:

Als aktives Mitglied der Freiburger Bürgerinitiative gegen Kernenergieanlagen fuhr ich am Sonntag, den 26.6.77 nach Gösgen. Die Bürgerinitiative selbst hatte aus Unkenntnis über den St and der schweizerischen AKW-Bewegung nicht nach Gösgen mobilisiert, obwohl sie von dem Besetzungsversuch wußte.

Einige Beispiele von diesem Sonntag zur schweizer Anti-AKW-Bewegung, insbesondere was Erfahrung betrifft:
Zum Abschluß der Demo in Olten wurde der Lautsprecherwagen der AKW-Gegner so gut wie allein gelassen. Auch bildeten sich kleine Gruppen und gingen auseinander. Ich sprach mit einigen Leuten über die Gefährlichkeit dieser Situation (eingedenk meiner Erfahrungen in Brokdorf und Grohnde), die Antwort: wir haben hier keine solchen Zustände wie in Brokdorf ... Und dann kam der Lautsprecherwagen in Bedrängnis, die Bullen wollten ihn abdrängen, ihn kassieren. Und das hätte keiner für möglich gehalten! Es entstand eine ungeheure Hektik, ein Zusammenschluß, Kettenbilden etc., der Wagen wurde gerettet. Für viele Demo- Teilnehmer war es die erste Konfrontation mit den Bullen überhaupt. Es wurde vom nächsten Mal geredet: nämlich sich besser zu schützen.

Ferner hat sich das SAG zum Ziel gesetzt, das AKW Gösgen zu verhindern. Dieses bildet einen Schwerpunkt in der schweizerischen AKW-Bewegung, weil der Versuch gemacht wird, ein fast fertiges AKW stillzulegen.

Ein Beispiel, wie sich die Demonstranten gegenüber der Bevölkerung verhielten: Auf dem Marsch nach Olten am Sonntag wurden die zum Demo-Zug gehörenden Autofahrer bei jeder kleinen Straßenneigung aufgefordert, den Motor abzustellen und den Wagen rollen zu lassen. Auch wurden Autos von vier, fünf Leuten geschoben und die zuschauende Bevölkerung wurde auf dieses Tun hingewiesen, auf diesen ehrlichen, friedlichen Umweltschutz-Einsatz. Es wirkte in meinen Augen manchmal lächerlich, wie sich die Demonstranten abmühten, die Bevölkerung zu gewinnen. Unbestreitbar bleibt nach wie vor, daß der Pfingstmarsch der Anfang, die erste Stufe der Aktivierung war. Die zweite Stufe, eine weitaus größere Aktivierung der Bevölkerung folgte am 25.6. Ich meine, daß eine harte Konfrontation mit den Bullen, sei es an Pfingsten gewesen oder jetzt am 25.6. keine solche Resonanz bei der Bevölkerung hinterlassen hätte. Im gesamten sehe ich die gewaltfreie schweizerische AKW-Bewegung nur unter dem Aspekt der in der Schweiz legalen Volksabstimmung. Nur darauf wird hin gearbeitet: der Bürger selber soll und wird über die Kernenergieanlagen entscheiden, und zwar sich dagegen aussprechen. Dieses Vertrauen ist noch ungebrochen. Wenngleich ein kleiner Knacks da ist. Am Samstag bei dem Bulleneinsatz waren 30 Mann vom Kanton Basel eingesetzt. Und im Kanton Basel-Stadt passierte am 12. Juni folgendes: es gab eine Atomschutz-

initiative, eine Abstimmung für oder gegen AKW's. Es ergab sich für Basel eine extrem hohe Wahlbeteiligung, nämlich 44% stimmte ab. Gegen AKW entschieden sich 76%, für AKW 24%. Dieser gewaltige Sieg auf legaler Ebene haut jedoch noch keine AKW's um; die Behörden können verpflichtet werden (auf dem Papier jedenfalls) aufgrund dieser Atomschutzinitiative sich gegen AKW's zu äußern, und dieses gilt im gleichen Maße für grenzüberschreitende Projekte wie z.B. Schwörstadt, Fessenheim, Whyl. Wörtlich heißt es, die Atomschutzinitiative verpflichtet die Behörden des Kantons Basel-Stadt „sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen zu wenden, daß auf dem Kantongebiet oder in der Nachbarschaft Atomkraftwerke nach dem Prinzip der Kernspaltung, Aufbereitungsanlagen für Kernbrennstoffe oder Lagerstätten für Mittel- und hochradioaktive Rückstände errichtet werden." Die kantonale Regierung kann nun ja keine Außenpolitik betreiben, sie muß dementsprechend mit ihren Delegierten im Bundesrat vorstellig werden und dieses Thema dort auf den Tisch legen. Und wie es dort dann weitergeht, kann man nur ahnen. Jedenfalls hat der Kanton Basel-Stadt 30 Bullen nach Gösgen geschickt, und dieses durfte er laut Initiative eben nicht. Die Reaktion der Schweizer war entsprechend, die der AKW-Gegner noch deutlicher: bei der VV am Sonntagmorgen wurde eine Demo in Basel vorgeschlagen für den kommenden Mittwoch, den 29.6., 18.00 Uhr Rathausplatz.

In diesem Jahr sollen in drei oder vier Kantonen ebensolche Atomschutzinitiativen stattfinden; im nächsten Jahr im Herbst dann eine bundesweite Volksabstimmung. Es bleibt abzuwarten.

Ferner muß man sehen, daß der Widerstand gegen das AKW Gösgen wie auch gegen Kaiseraugst älter ist als allgemein angenommen, es war bisher (Ausnahme Kaiseraugst) der leise legale Widerstand. Die Ebene des Widerstands war die der Eingaben, die des Vertrauens in Rechtsstaatlichkeit. In Gösgen wurden

alle Einsprachen abgelehnt, und die Bevölkerung steht dem ohnmächtig gegenüber.

Es gibt das Bundesgesetz über Atomenergie, 1959 mit großer Mehrheit vom Schweizer Volk angenommen: Es sollte Atomenergie zu friedlichen Zwecken hergestellt werden, und dann war noch die Rede von ganz kleinen AKW's, nämlich ohne diesen scheußlichen großen Kühlturm, der Umweltschutz kam dazu und das alles 1959, zu der Zeit hatte man andere Sorgen. So wird es heute gesagt. Und nach diesem Bundesgesetz über Atomenergie sind Einsprachen gegen die Bauten, nicht aber gegen den Nuklearteil möglich.

DieAblehnungender Einsprachen gegen AKW Kaiseraugst wie gegen AKW Gösgen zitiert ein Schweizer wie folgt:
„Wiesen die Einsprechenden auf öffentliches Interesse hin, so hieß es jeweils zur Begründung der Ablehnung, die Einsprechenden seien zur Vertretung öffentlicher Interessen nicht befugt ..."
„Wiesen aber die Einsprechenden auf private Interessen und auch Nicht-Erfüllung von behördlich erlassenen Richtlinien hin, so hieß es jeweils in der Begründung der Ablehnung, daß das von den Behörden vertretene öffentliche Interesse (nämlich der Bau des AKW) die privaten Interessen überwiege und ein Absehen von den behördlich erlassenen Richtlinien erlaube ..."

Und genau hier liegt der Ausgangspunkt für sämtliche Aktionen der Schweizer AKW-Bewegung. Zitat: „Die Errichtung von Kühltürmen auf dem Gelände Kaiseraugst stellt eine materielle Rechtsverletzung dar ..." — nicht, weil das Ganze gesehen gefährlich ist, sondern weil am Anfang das Versprechen war, eben keine Kühltürme zu bauen, nur kleine AKW's. Zitat: „Der vielgepriesene Rechtsstaat ist zu einem Unrechtsstaat geworden ..." Zitat: „Illegale Besetzer (gemeint ist Kaiseraugst) sind heute paradoxerweise zu Vorkämpfern echter Rechtsstaatlichkeit geworden ..." In der gesamten schweizer AKW-Bewegung kommt an erster Stelle: die Einschränkgung von demokratischen Grundbegriffen, Verletzung von Rechtsstaatlichkeit, Verquickung von Mandatsträgern und Managern. Erst an zweiter Stelle folgt die Aussage — wenn überhaupt — über die Gefährlichkeit von AKW's. Und von daher, glaube ich, sollte man den Kampf der Schweizer gegen AKW's begreifen.

Samstag, 2. Juli

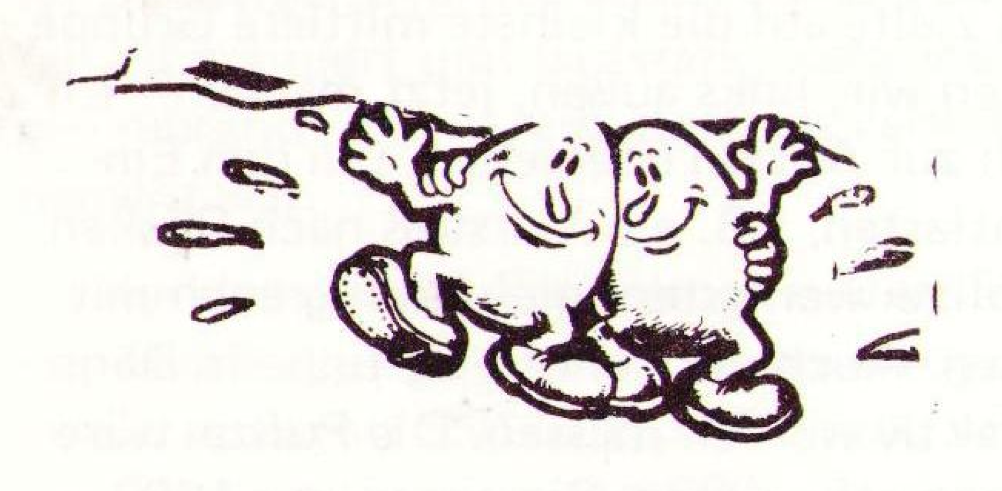
Diesmal kamen ca. 8000 Leute. Besser ausgerüstet als letzten Samstag, viele mit Gasmasken, einige mit Helmen. Die Strategie war diesmal, alle drei Zufahrtswege zum AKW auf einmal zu besetzen. Dazu waren die drei Bahnunterführungen ausgesucht worden. Den Nachmittag über bauten wir Barrikaden aus Holz und Wasserröhren von den Berieselungsanlagen. Alle Gruppen waren mit Sprechfunk miteinander verbunden — in brütender Hitze warteten wir auf die Polizei.

Die erste Räumung zielte auf die kleinste mittlere Gruppe bei der Post. Was sollten wir, links außen, jetzt machen? Einige wollten jetzt auch zur Aktion übergehen, um den Einsatz bei der Post zu entlasten, z.B. ein Vorstoß nach Gösken. Dann hätte sich die Polizei wenigstens gleichzeitig auch mit uns beschäftigen müssen. Auch die Bahnhofsgruppe in Däniken hätte gleichzeitig aktiv werden müssen. Die Polizei wäre ganz schön ins Routieren gekommen. Sie waren nur 1000, wir 8000! Aber nicht so geht es in der Schweiz, sondern jeder Vorschlag wird öffentlich diskutiert und am Ende darüber abgestimmt. Inzwischen aber war die Postbarrikade längst geräumt.

Über Funk hörten wir, daß der nächste Einsatz bei uns sein sollte. Alles schmiß sich hastig in Plastik und wartete gespannt oder ängstlich auf den Krieg. Die schweizer Polizei hat neue Meilensteine gesetzt. Zum ersten Mal wurde geschossen, mit sogenannten Hartgummikaliber. Ein Demonstrant hat eins ins Auge gekriegt, das so zugeschwollen ist, daß man das Auge selbst nicht sofort untersuchen konnte. Die Räumung war so brutal, daß empörte Zuschauer von der Brücke leere Bierflaschen nach den Polizisten schmissen. Diese wurden später von der Polizei als Molotowcocktails ‚erkannt'! Während es bei uns weiter so ruhig blieb, kam die nächste Schreckensmeldung vom Bahnhof Däniken. Als die Demonstranten sich nicht von Wasserwerfern hatten vertreiben lassen, wurde die Unterführung von beiden Seiten her begast. Entsetzt kletterten die Demonstranten die Bahnhofsböschung hinauf, um Luft zu kriegen und Schutz vor dem Gas. Aber die total durchgedrehte Polizei nebelte promt den ganzen Bahnhof ein. Fahrgäste und Demonstranten taumelten blind durcheinander, als ein Schnellzug durchraste und keiner wußte, ob es ein Unglück gegeben hatte oder nicht. Die schweizer Bundesbahn hatte sich geweigert, die Linie während des Angriffs zu sperren. Vermutlich wirkte dieser Schock auch bei der Polizei so ernüchternd, daß sie auf die dritte Räumung während der Nacht verzichtete. Alle versprengten Teile der anderen Gruppen trafen nach und nach bei uns ein, wo die Sanitäter alle Hände voll zu tun hatten. Immer noch warteten wir auf unseren Einsatz. Wilde Strategiediskussionen wurden geführt, woanders Musik gemacht und gesungen. Schließlich beschlossen wir, an Ort und Stelle zu übernachten. Aber obwohl totmüde, machte kaum einer ein Auge zu — ‚werden sie doch noch kommen? ', jedes Geräusch war Alarm. Einige schliefen mit Gasmasken und voller Gummikleidung. Morgens um 5 Uhr gab es dann Alarm, aber es passierte dann doch nichts. Um 8 Uhr kam dann eine offizielle polizeiliche Aufforderung, in einer Stunde den Platz zu räumen. Hastig stand alles auf, um sich auf den Endkampf vorzubereiten. Aber wieder passierte nichts. Um 12 Uhr schließlich machten wir eine Vollversammlung, um unser weiteres Vorgehen zu beschließen. Es gab keine große Bereitschaft mehr für neue Aktionen, die meisten waren noch zu kaputt

vom Gas und von der durchwachten Nacht. Dazu kam der psychische Streß, denn für die meisten von den Schweizern war es die erste militante Auseinandersetzung mit der Obrigkeit überhaupt. Da gab es noch keine Straßenschlachten um Fahrpreise, besetzte Häuser, Jugendzentren oder verbotene Demonstrationen. So wurde denn die Besetzung aufgehoben. Wir zogen geschlossen zurück nach Doliken, wo sich dann die Demonstration auflöste. Eine feste Gruppe von ca. 50 Leuten bleibt in der Region, um die Informationsarbeit in den Dörfern zu machen. Auch wird ein Gelände gesucht, um darauf ein Freundschaftshaus zu bauen, das dann als Kommunikationszentrum dienen soll.

Die Gegenseite präsentiert den ersten Haftbefehl gegen Andre F. wegen Nichtbeachtung polizeilicher Anordnungen, öffentliche Aufforderung zu Verbrechen und Verdacht auf Landfriedensbruch. Die erste Reaktion vieler Freunde „wir heißen alle Andre F. Wir geben ihnen keinen Sündenbock!"



KB GEFÄHRDET AKW-CAMP IN GORLEBEN-GARTOW

KÖLN
6. Juli

Aus Köln erreichte uns folgende Mitteilung:

„Vom 13. Juli bis 13. August 1977 soll am Bauplatz der geplanten Wiederaufbereitungsanlage (WAA) ein internationales Sommercamp der Atomkraftwerksgegner stattfinden (vgl. ID 178). Diese WAA in Niedersachsen ist das Kernstück des Energieprogramms der Bundesregierung. Sie ist – einmal in Betrieb – tausendmal gefährlicher als die geplanten bzw. bereits betriebenen AKWs. Zum Sommercamp aufgerufen haben unter anderen Robert Jungk, Heinz Brandt, Günter Herbst (Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg), Kurt Sommer, Walter Moßmann, Fritz Storiem.

Zur Durchführung des Lagers hat sich ein Vorbereitungsausschuß gebildet, in dem auch KB-Leute mitarbeiten. Jetzt ist das Lager insgesamt gefährdet. Im „Arbeiterkampf" Nr. 107, S. 21, veröffentlichte der KB einen Artikel, in dem er die BI Lüchow-Dannenberg auf übelste Art und Weise diffamiert. Die BI bzw. deren „Führer"

- seien an einer Verhinderung der WAA gar nicht interessiert,
- es gehe ihnen vor allem um das Herausschlagen von Entschädigungen für ihre eigene Tasche,
- die Arbeit der BI diene praktisch dazu, herauszubringen, wer wie geschmiert werden müsse.

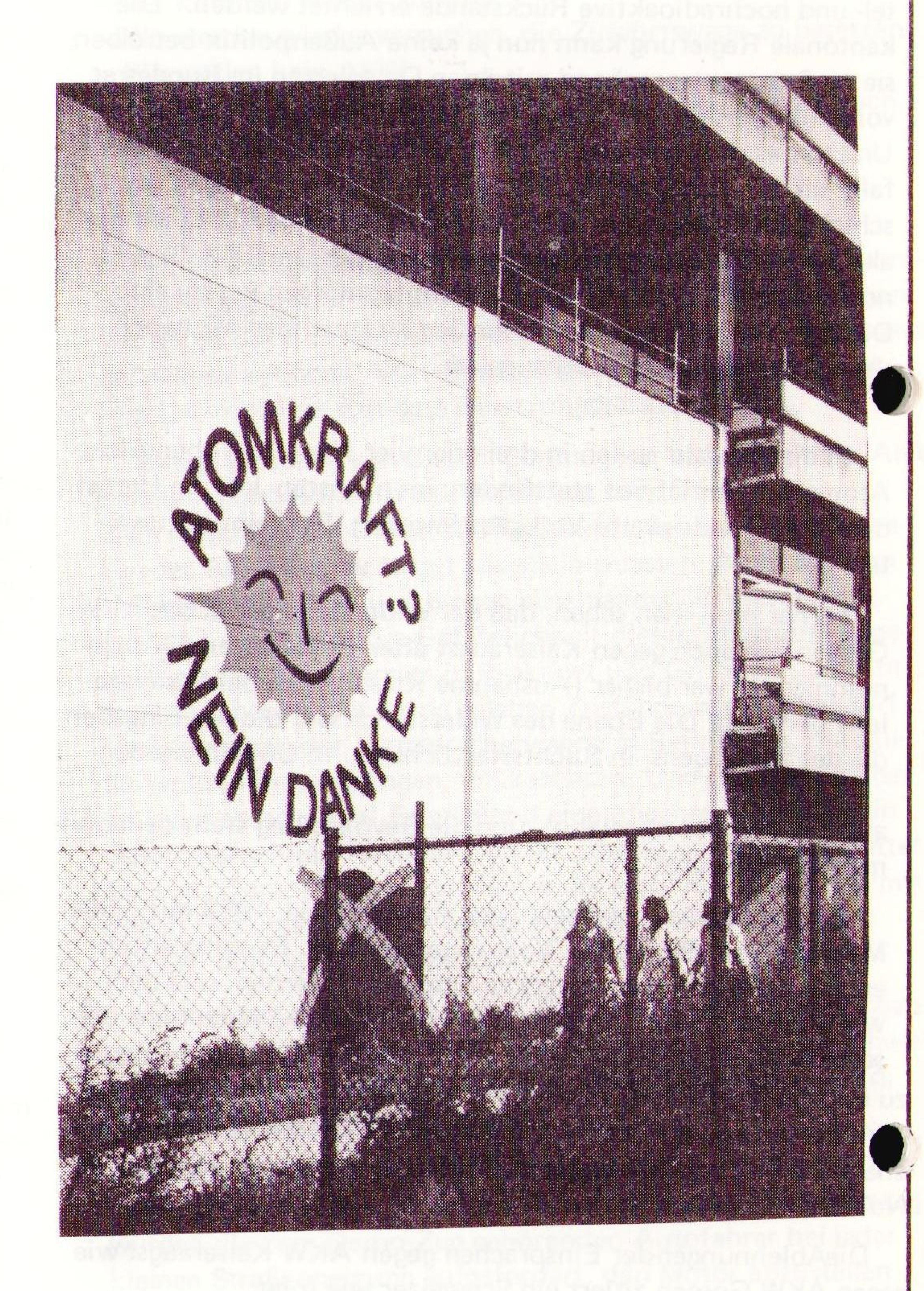
Nach diesem Artikel ist die BI Lüchow-Dannenberg nicht mehr bereit, das Camp mitzutragen, wenn Kräfte verantwortlich mitarbeiten, die die im Artikel des Arbeiterkampf beschriebene Einschätzung teilen. Voraussetzung für eine weitere kritische, aber solidarische Zusammenarbeit im Kampf gegen die WAA sei eine klare und eindeutige Distanzierung von diesen Verleumdungen. Die restlichen Mitglieder des Vorbereitungsausschusses haben das Vorgehen des KB mit Empörung verurteilt, und es liegt jetzt am KB, ob das Lager platzt oder nicht."

Kontakt: BDP/BDJ, Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt

ANTI-ATOM-SONNE AN DER RUHR-UNIVERSITÄT

Bochum
4. Juli

"Heute morgen haben wir in einer Großaktion 'die Sonne gegen Atomenergie' an eine Mauer der Ruhr-Universität angebracht. Jetzt leuchtet die Sonne 'ohn Unterlaß' im tristen Beton der RUB am Gebäude der Bauingenieure. Wie an keiner anderen Stelle der Uni sind hier Vertreter der Atomindustrie und ihrer "wissenschaftlichen" Hintermänner vertreten: z.B. laufen fast alle statischen Berechnungen von AKWs in der BRD über das Büro von Prof. Dr. ing. Dr. h.c. Zerna.



Bisher sind noch keine Reaktionen der Uni-Bürokratie festzustellen, außer dem wütenden Auftauchen des Chefs der Hausverwaltung oder einiger Hausmeister. Die Rosette hat einen Durchmesser von fünf Metern und wurde von einem eigens errichteten Gerüst aus angebracht. Arbeitszeit: acht Stunden. Kosten: 25 DM. Wir fordern alle AKW-Gegner auf, diesem Beispiel zu folgen. Wir bringen dies "Kunstwerk" an jeder Stelle in jeder Größe an." Anti-Atom-Büro

Anfragen an: Projektbereich Ökologie
Ruhr-Universität Bochum
Postfach 102148
4630 Bochum

Gegen jede Spaltung, auch die des Kerns "

KEINE UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE ATOMLOBBY!

FRANKFURT 30 Juni Der „Informationskreis Kernenergie", Public Relations Organisation der Atomlobby (gegründet auf gemeinsame Initiative des Deutschen Atomforums, der Elektrizitätsversorgungsunternehmen und der Atomindustrie), ist schon seit einiger Zeit sehr rührig dabei, seine Befürwortung der Atomenergie unters Volk zu bringen. Neuerdings versendet er auf Anfrage Unterrichtsmaterialien für den Schulgebrauch und veranstaltet einen Schülerwettbewerb, der „Schüler anregen soll, sich ausführlicher mit der Kernenergie zu befassen". Auf Basis der Informationen der Atomlobby — versteht sich. Besonders warnen möchten wir jedoch vor einem Fragebogen an Lehrer, der diesen „Informationen" beigelegt ist. In diesem Fragebogen möchte der Informationskreis Kernenergie ergründen, wie sein Material im Unterricht verwendet wurde, wie es eingeschlagen hat („Wie schätzen Sie die Wirkung des Gesamtmaterials auf die Schüler ein? "), aber auch welche Einstellung der Lehrer selbst zur Kernenergie hat: „Und wie hat das Material auf Sie selbst gewirkt? Wie stehen Sie persönlich zur Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik? Halten Sie einen weiteren Ausbau der KKW in der BRD für notwendig? "

Nicht nur daß Lehrer sich nicht aus diesen Jubelinformationen informieren sollten, nein, sie sollten vor allen Dingen nicht durch Ausfüllen und Rücksendung der Fragebogen die „Öffentlichkeitsarbeit" der finanziell bestens gerüsteten Atomenergiebefürworter effektivieren helfen.

AKW-Gegner könnten natürlich diese Materialen bestellen und dadurch aus dem Verkehr ziehen. Hier die Adresse: Informationskreis Kernenergie, Heussallee 10, 5300 Bonn.

STREIK BEI SKF VON GEWERKSCHAFTSFÜHRUNG VERRATEN

STUTTGART 4. Juli *Ein Bericht aus Stuttgart mit der Vorbemerkung: 'ein bißchen verspätet, aber immerhin, der Bericht zum Streik bei SKF in Stuttgart'- no net hudela! Die SKF sind die schwedischen Kugellager Fabriken.*

Am Mittwoch, den 25, Mai 77, traten bei SKF in Stuttgart Cannstatt im Anschluß an eine Betriebsversammlung etwa 1400 Kollegen - Arbeiter und Angestellte - in einen spontanen Streik. Zur Vorgeschichte:

SKF in Stuttgart, ein Teil des weltweiten SKF-Konzerns (Schwedische Kugellager-Fabriken) produziert Wälzlager kleinerer Abmessungen, Wasserpumpenlager, Textilmaschinenteile. Der Absatz an Wälzlager ist rückläufig. Das hat vor allem Auswirkungen auf die Beschäftigten im Hauptwerk Schweinfurt (7000 Beschäftigte), wo teilweise kurzgearbeitet wird und Einstellungsstop besteht. Die kleinen Wälzlager gehen noch recht gut. Die Geschäftsleitung will deshalb die Zylinderrollenfertigung ab 22 mm nach Schweinfurt verlegen. Betroffen davon sind 71 Arbeiter, sagt die Geschäftsleitung. Auf der Seite der Kollegen, die durch die Verlagerung des gesamten Rollenbaus betroffen sind, sieht die Rechnung allerdings anders aus. Sie kommen auf 400 Kollegen, die durch die Verlagerung des gesamten Rollenbaus betroffen sind; und langfristig besteht eben die Gefahr, daß das ganze Stuttgarter Werk dichtgemacht wird.

Hinzu kommen Rationalisierungen und ständig steigende Arbeitshetze. 1974 wurden bei der Wasserpumpenfertigung in Canstatt 1o ooo bis 11 ooo Einheiten pro Tag produziert. Heute sind es 26 ooo mit der gleichen Anzahl von Kollegen, bis 1978 sollen es 5o ooo sein. Von 7o bis 77 wurden 1 2oo Kollegen weg rationalisiert, ganze Produktionszweige wurden ins Ausland verlagert (z.B. Singapur). Im Herbst 76 hatte auf Betreiben des Betriebsrats der damalige Chef von SKF - BRD - Enmark - schriftlich versprochen, daß von SKF-Canstatt nichts verlagert wird. Am 16.5. war ein Vertreter der Geschäftsleitung - Salin unter dem Schutz von 2 Werksbullen beim Betriebsrat in Canstatt. Die Geschäftsleitung drückte sich vor einer klaren Stellungnahme. Gerüchte über die bevorstehende Verlagerung verdichteten sich. Deshalb führte der Vertrauensleutekörper eine Unterschriftensammlung für eine außerordentliche Betriebsversammlung durch, die bei dem Gespräch zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat vorgelegt wurde. In 1 1/2 Tagen kamen 1 8oo Unterschriften zusammen. Auf der Betriebsversammlung am 25.5.77 bestätigte dann Salin den Wortbruch. Darauf gab es nur eine Antwort: S T R E I K !! (Salin verließ die Betriebsversammlung und das Werk durch den Kabelgang !!!)

Die Forderungen der Streikenden waren:
- Einhaltung der schriftlichen Zusage
- keine Verlagerung des Rollenbaus
- keine Verlagerung ins Ausland

Am Tag darauf (Donnerstag) demonstrierten die streikenden Kollegen durch Canstatt. Am Freitag trat die Geschäftsleitung aus Schweden, Schweinfurt und Canstatt zusammen. In Verhandlungen mit der IGM - Ortsverwaltung bis kurz vor Mitternacht am Freitag (nachdem die Spätschicht schon nach Haus gegangen war) wurde ein sogenanntes "8 - Punkte - Programm" ausgehandelt. Dieses Programm ist eine eindeutige Niederlage für die Streikenden, da es im wesentlichen den Ausgangspositionen der Geschäftsleitung entspricht:

Die angekündigte Verlagerung eines Teilbereichs im Rollenbau nach Schweinfurt findet statt. Die Geschäftsleitung behält sich für die Zukunft vor, Veränderungen vorzunehmen, wo dies aufgrund wirtschaftlicher und sozialer Überlegungen notwendig sei. In der Vereinbarung wird weiter betont, daß an eine Schließung des Werkes Canstatt zu keiner Zeit gedacht gewesen sei.

Auf der darauffolgenden Betriebsversammlung droht Gottschlich von der IGM - Ortsverwaltung den Streikenden den völligen Entzug der gewerkschaftlichen Unterstützung an, wenn sie das Angebot nicht annehmen. Daraufhin bricht der Streik im Laufe des Dienstags zusammen. Ab Mittwoch, 1,Juli, wird wieder normal gearbeitet. Die Empörung im Werk über den Verrat der IGM - Führung ist groß. Über 5o Kollegen treten aus der IGM aus, ein Vertrauensmann legt sein Amt nieder.

Die Rolle der IGM - Führung:

Die Aktionen der IGM - Ortverwaltung waren von Anfang an darauf ausgerichtet, den Streik kaputtzumachen. Gottschlich (IGM):"Einen 2. Haller wird es in Stuttgart nicht geben!" (bei Haller war erst kurz davor die Wiedereinstellung des entlassenen Vertrauensmannes Werner Hübner erstreikt worden. Siehe ID Nr. 177)

Nach Haller war SKF der 2. spontane Streik in Stuttgart innerhalb weniger Wochen, der von der Basis ohne Wissen der Gewerkschaftsführung begonnen wurde. Eine erfolgreiche Beendigung dieses Streiks hätte eine unheimliche Signalwirkung für alle Stuttgarter Betriebe gehabt. Es bestand die Gefahr, daß die Basis der Gewerkschaftsführung davonsaust. Das galt es auf alle Fälle zu verhindern. Deshalb wurde von Anfang an ein IGM-- Flugblatt zur Information der übrigen Stuttgarter Betriebe (wie es bei Haller praktiziert wurde) hintertrieben. Zudem richtete sich der Streik der SKF - Kollegen gegen Rationalisierung und Verlagerung der Produktion, Grundfesten der "freien sozialen Marktwirtschaft", die ja von der IGM— Führung nicht in Frage gestellt werden.

Anmerkung: als ein junger Kollege von Bosch Informationen über den Streik wollte, wurde er von den SKFlern für einer von „dene Blättleschreiber" gehalten, und erst das Zeigen seines Werksausweises rettete ihn vor Handgreiflichkeiten der Streikenden.

BERUFSVERBOT FÜR LEHRLINGE

WESTBERLIN *Die beiden abgelehnten Lehrlinge berichten:*
Ende letzten und Anfang diesen Jahres bewarben wir uns bei der BVG als Betriebsschlosserlehrlinge. Eignungstest, ärztliche Untersuchung sowie das Einstellungsgespräch verliefen positiv, so daß wir am 1o.3.77 unsere schriftliche Zusage von der BVG erhielten. Anfang Mai 77 wurde uns ein Bogen zur Ausfüllung sämtlicher bisheriger Wohnsitze zugesandt. Kurz nach dessen Beantwortung erhielten wir am 2.6.77 folgenden schriftlichen Bescheid:" Aufgrund des jetzigen Erkenntnisstandes können wir unsere seinerzeit gegebene Zusage nicht aufrechterhalten."

Auf diese Absage hin vereinbarten wir mit dem Personalchef der BVG am 10.6.77 ein Gespräch; zu diesem Zeitpunkt hatte unser Anwalt ein Schreiben an die BVG gesandt, welches ihnen vorlag. Es zeigte sich, daß die Vermutungen unseres Anwaltes richtig waren, nämlich der Rücknahme der Zusage eine politische Überprüfung zugrunde lag. Herkunft und Inhalt der Verdächtigungen wurden uns nicht mitgeteilt. Man sagte uns, daß es auch gar nicht um unsere "Verfassungsuntreue" ginge, sondern um die Betriebssicherheit, die durch unsere Einstellung gefährdet würde. Nähere Einzelheiten würden unserem Anwalt mitgeteilt.

Daraufhin schickte unser Anwalt eine Klage ans Arbeitsgericht, in der genau aufgeführt wurde, daß es absolut rechtswidrig sei, über Lehrlin ge Informationen beim Senat für Inneres bzw. Verfassungsschutz einzuholen. Allein aus dem Grunde sei die Rücknahme der Zusage rechtswidrig. Am 21.6.77 bekamen wir ein Schreiben der BVG, indem zwar wieder nicht erläutert wurde, auf welche Fakten sich die Ablehnung stützt, dafür aber dargelegt wird, daß jemandem, der nicht auf dem Boden der freiheitlich -demokratischen Grundordnung steht, auch Störungen des öffentlichen Nahverkehrs zuzutrauen seien.

Unseres Wissens ist dies der erste Fall, daß ein "Berufsverbot" auch schon für Lehrlinge verhängt wird. Auf Wunsch können wir das gesamte Material zur Verfügung stellen. **Kontaktaddresse: Anwaltsbüro Goy, Zieger, Grönheit, Hasenheide 12, 1ooo Berlin 61 .**

SCHAUPROZESS VOR DEM LÜNEBURGER LANDGERICHT

Lüneburg
3. Juli

Als im Sommersemester 76 an der Pädagogischen Hochschule (PH) in Lüneburg bekannt wurde, daß in den Prüfungskommissionen künftig Regierungsvertreter (Staatsprüfer) voll beteiligt sind, um vor allem "verdächtigen" Prüfern und Prüflingen auf den Mund zu gucken, kam es Anfang Mai 76 zur Besetzung des Dekanats für wenige Stunden. (ID 123,124)
Bevor die Polizei zur Räumung einschritt, kam es zu Diskussionen zwischen Studenten und offiziellen PH-Vertretern. Dabei taten sich einige Studenten reichlich lautstark hervor, die im Wissen um ihre Parteizugehörigkeit (KBW, KPD) sich im Besitz einzig richtiger Einschätzungen zu wissen glaubten. Zwei exponierten sich so, daß sie von Kanzler und Dekan erkannt wegen Hausfriedensbruch angezeigt wurden.
Der erste Dekanatsbesetzungsprozeß begann am 20. Juni in Lüneburg, hier ein Bericht dazu:

Der Prozeß entwickelte sich als Schauprozeß, in dem gezeigt wurde,wie die Justiz mit als Kommunisten bekannten Leute abrechnet. Und dem Landgericht Lüneburg steht diese Funktion gut an, hat es doch in der Vergangenheit schon öfter bewiesen, daß seine Richter politisch eher konservativ sind. Und zwar reichlich.
Der Prozeß selbst begann ohne große inhaltliche Vorbereitung seitens der Angeklagten. Der KBW hat zwar großartige Flugblätter verfaßt, über Lohnraub und Bafög-Kürzung und daß das Volk die Anklage vom Tisch wischen muß, aber er versäumte es, in der Öffentlichkeit darauf hinzuweisen, um welche Art von Prozeß es sich handelt, vor allen Dingen einmal justizerfahrene Leute unter die Zuhörer zu bringen, die eine ordentliche, gerichtskritische Berichterstattung gewährleistet hätten.
Einer der beiden Angeklagten hatte das Pech, sich einen Anwalt genommen zu haben, der zu Beginn des Prozesses Betriebsferien machte. Anträge auf Verlegung des Prozesses wurden vom Gericht (erweitertes Schöffengericht) abgelehnt, dem neuen, im letzten Moment hinzugezogenen Verteidiger wurde die Akteneinsicht verwehrt. Ein Befangenheitsantrag gegen den Richter wurde (ist es schon selbstverständlich) abgelehnt. Unmutsbekundungen der Zuhörer wurden mit sofortiger, allerdings nur kurzfristiger Saalräumung vom Richter beantwortet, ab dann mit Ordnungsstrafen.

Am ersten und zweiten Prozeßtag erfolgte die Vernehmung der Zeugen, die gesamte PH-Prominenz erschien, machte ihre der Wahrheitsfindung dienenden Aussagen und trat wieder ab. Lediglich der Kanzler der PH, damals extra angereist, um das Hausrecht zu übernehmen, konnte noch interessante Sachen erzählen. Und zwar war er, als es sich abzeichnete, daß an der PH-Lüneburg Prüfungen mit Regierungsprüfern von den Studenten verhindert wurden,angereist, um dem Dekan das Hausrecht abzunehmen, die Polizei zu rufen, die Studenten verkloppen zu lassen, die Prüfung stattfinden zu lassen und dann dem Dekan das Hausrecht wiederzugeben. Lediglich, und das hat diesen Plan damals scheitern lassen, der Dekan hat sich dagegen gewehrt, mit Hilfe vom Verwaltungsgericht, das Hausrecht sich abnehmen zu lassen und so klappte das alles nicht. Ein halbes Jahr später, als der Dekan sich nicht mehr traute, gegenüber dem Kanzler frech zu werden, klappte dieser Plan übrigens vorzüglich...

Am 22. Juni verkündete der Staatsanwalt sein Plädoyer: sechs Monate Freiheitsstrafe für den einen Angeklagten, weil dieser in der vergangenen Zeit wiederholt aufgefallen und sich offensichtlich nicht zu "bessern" bereit war. Und weil, wenn er eine Geldstrafe bekommt, sowieso für ihn gesammelt wird, habe die Geldstrafe keine Wirkung. Der andere Angeklagte wurde aus den zuletzt angeführten Gründen mit einer Strafe von 100 Tagessätzen à 27 DM bedacht.
In der Urteilsverkündung am Freitag wurde das Urteil etwas milder. Vier Monate Freiheitsstrafe für den einen und 1350 DM Geldstrafe für den anderen.
Dafür, daß die beiden mit zweihundert bis dreihundert anderen Studenten zusammen im Dekanat waren, ein reichlich unanständiges Urteil. Aber es wird klar, daß es eine exemplarische Veruteilung war. Zum einen waren beide der Staatsanwaltschaft durch Aktionen in Lüneburg bekannt und es war willkommener Anlaß, beide zum Schweigen zu bringen. Zum anderen sollte dieser Prozeß die Studenten überhaupt einschüchtern. Die PH-Lüneburg war lange als die "roteste", zumindest in Norddeutschland bekannt. Studien und Prüfungsordnungen konnten bis heute hier noch nicht durchgesetzt werden, ebenso wurde anderen Verschärfungen des Studiums stets abgeschmettert. Seit einem Jahr beginnt nun ein konzentrierter Angriff von seiten des Staates - dem Wissenschaftsministerium in Hannover und der PH-Bürokratie - auf diese PH. Als klar wurde,das die Studenten sich wehren werden, wurden nahezu alle Aktionen der Studenten kriminalisiert. Hausdurchsuchungen und ein Regen von Anzeigen beweisen dies. Und so sind diese Urteile ein weiterer Schritt zur Einschüchterung der Studenten. Traurig nur, das dem KBW das Anpissen fortschrittlicher PH-Dozenten immer wieder wichtiger ist, als die Analyse dieses Urteils.
Wi mütt disse lüüt mol in mors pedden...
(für nicht Niederdeutsche: Wir müssen diesen Leuten mal in den Arsch treten)."

URTEILSBEGRÜNDUNG IM JAROWOY/REIMERS-PROZESS

FRANKFURT 30. Juni „Je 7 Jahre und 3 Monate für die beiden Genossen (ID 184) und eine Urteilsbegründung, die stellenweise das Gefühl vermittelte, als seien zwei Freisprüche ergangen, das sind die Eindrücke nach dem Terrorurteil und der versuchten Legitimation desselben durch die Staatsschutzkammer des Landgerichts Frankfurt. Im einzelnen sah das so aus: vor dem Gericht Polizisten – Polizisten mit Kampfanzügen, mit Maschinenpistolen, mit herkömmlichen Schießeisen und mit der 'Abendpost' in der Hand (die letztgenannten, das waren die in stattlicher Zahl erschienenen Zivilen, durch die Bank weg finster dreinschauende Typen). Nach relativ gelassener Durchsuchung (man hatte das Gefühl, als sähen die Justizbediensteten die Relevanz dieser Tätigkeit nach einigen Monaten ergebnisloser Fummelei nicht mehr so recht ein), ein Gerichtssaal mit gefüllten Zuschauerreihen und – man sah hin und staunte – einem Pressetriumvirat. Neben der obligaten Dame von der dpa waren ein dynamisch auftretender Herr vom Hessischen Rundfunk, der seine Weisheiten gleich anschließend in einem Spätnachmittags-Ideologiemagazin des Senders verbreitete, [u]nd ein weiterer Herr einer namhaften Frankfurter Tageszeitung erschienen. Die Presselöwen witterten offensichtlich Beute.

Ganz zu recht, wie Richter Schäfer Minuten später auf drastische Art klarmachte. Er stellte eingangs fest, daß Robert und Wernfried vom Vorwurf der Gründung einer kriminellen Vereinigung freizusprechen seien, da ein schlüssiger Beweis nicht habe geführt werden können. Insbesondere den Aussagen des (Kronzeugen) Harry Schäfer könne hier nicht gefolgt werden. Er habe nämlich möglicherweise keine Fakten wiedergegeben, sondern Schlußfolgerungen gezogen. Und das sei ja nun einmal Sache des Gerichts. Richter Schäfer vermittelte bis hier den Eindruck, als traute er den Aussagen seines Namensvetters nicht so ganz über den Weg.

Auch als der Tatkomplex Hamburg abgeklopft wurde, konnte sich dieser Eindruck festigen. Auch da erfolgte Freispruch, offensichtlich nicht zuletzt deswegen, weil – so der Richter – der Zeuge Schäfer nicht zur vollen Aufklärung dieser Geschehnisse habe beitragen können, unter anderem auch wegen der zwischenzeitlich bei ihm eingetretenen Ver[neh]mungsunfähigkeit. Genügend Aufklärung muß der Zeuge [da]nn aber wohl für den Tatkomplex Bonn gegeben haben. Hier folgte ihm die Kammer nämlich voll. Auch wurde die Glaubwürdigkeit des Zeugen nicht in Frage gestellt. Schließlich – so das Gericht – habe sich der Zeuge wegen der an dem Bonner Parkplatzwächter begangenen räuberischen Erpressung selbst belastet und sei dafür auch verurteilt worden. Was diese Tatsachen allerdings mit der angeblichen Glaubwürdigkeit des Zeugen im vorliegenden Fall zu tun haben sollen, darüber schwieg sich das Gericht aus. Dafür lehnte es an dieser Stelle aber den Antrag auf Erstellung eines Glaubwürdigkeitsgutachtens über Schäfer – wie übrigens alle übrigen Hilfsbeweisanträge der Verteidigung auch – ab. Ein derartiges Gutachten sei z. B. bei Kindern als Zeugen üblich. Im gegebenen Fall lägen die Voraussetzungen jedenfalls nicht vor, meinte der Richter.

Klar, daß das Gericht zu diesem Schluß kommen mußte, denn die Anfertigung eines solchen Gutachtens hätte sicher sehr viel länger als zwei Tage gedauert. Genau diese Zeit lag aber nur zwischen der Antragstellung durch die Verteidigung in ihren Plädoyers und der Urteilsverkündung. Das zeitliche Konzept des Gerichts (immerhin steht im Spätsommer noch der 'Gefangenenratsprozeß' vor derselben Kammer an) wäre möglicherweise arg 'ins Rutschen' gekommen und – bei aller Konzessionsbereitschaft – mal muß sich das Gericht ja schließlich auch durchsetzen ...

Thematisch fein säuberlich aufeinander abgestimmt (so gesehen hatte Herr Richter Schäfer dem Herrn Staatsanwalt Broschat einiges voraus) widmete man sich anschließend der Kronzeugenproblematik in der Person des Harry Schäfer. Selbstverständlich wurden die Aussagen Schäfers insgesamt für glaubwürdig gehalten (Kunststück, denn mit dieser Prämisse stand und fiel schließlich das gesamte Gedankengebäude des Gerichts). War in den Verteidigerplädoyers von Zwang und Zugeständnissen gegenüber dem Zeugen gesprochen worden, um dessen Aussagebereitschaft zu fördern? Falls ja, so muß das unrichtig gewesen sein, denn nach der Überzeugung des Gerichts hat Schäfer jedenfalls aus freien Stücken ausgesagt.

Als es dann auf den Schluß der Urteilsbegründung zuging und der Überfall auf das Reisebüro in Darmstadt beleuchtet wurde, lief das Gericht noch einmal zu großer Form auf, obwohl kaum jemand eine weitere Steigerung für möglich gehalten hätte. Gerade hier, wo alles, aber auch alles, unklar auf der tatsächlichen Ebene und rechtswidrig auf der rechtlichen Ebene war (von den Zeugenaussagen bis zur polizeilichen Gegenüberstellungspraxis), fand das hohe Gericht, kurioserweise zum Teil genau der Diktion der Verteidigung folgend, eine lückenlose Beweiskette vor.

Es ist recht müßig auf die Detailfragen, wer nun wen richtig wiedererkannt hat oder erst nach mehreren Lichtbildervorlagen oder nur zu „80 %" (wörtliches Zitat), oder ob nun einer der Täter eine Brille oder Augenklappen trug oder nicht, einzugehen. Verblüffend ist nur, daß von einer Täteridentifizierung guten Gewissens nicht die Rede sein kann, das Gericht aber dennoch, obwohl eine Terminologie, die der Begründung eines freisprechenden Urteils adäquat war, verwendet wurde, zu einer Verurteilung der Genossen gekommen ist. Verblüffung allein gibt aber für eine Einschätzung nichts her. Auch hier muß man nämlich wieder wissen, daß die aufgebotenen Zeugen nach der Überzeugung des Gerichts insgesamt einen zuverlässigen Eindruck gemacht hätten, daß an der Richtigkeit ihrer Aussagen trotz einiger Korrekturen nicht gezweifelt werden könne.

Auch hier also wieder die Prämisse, die von der Glaubwürdigkeit der Zeugen ausgeht und alle Aussagen an dieser Glaubwürdigkeit mißt, so daß – ohne daß gewisse Verfahrensgrundsätze hätten suspendiert werden müssen und ohne größere Konfrontation mit der Verteidigung einzugehen – eine Verurteilung zwangsläufig auszusprechen war. Ungeschick ist dieser Strafkammer jedenfalls nicht vorzuwerfen, weder bei ihrer Verhandlungsführung noch bei ihren 'inhaltlichen' Ausführungen.

Da mutet es auch nur noch zynisch an, wenn der Richter bei der Strafzumessung davon redete, daß man den Angeklagten glauben müsse, daß sie Gewalt gegen Menschen ablehnen, daß strafmildernd (der blanke Hohn) berücksichtigt worden sei, daß die Angeklagten noch jung und darüber hinaus noch unbescholten seien. Es nützt den Betroffenen leider wenig, wenn auf der analytischen Ebene feststellbar ist, daß das Urteil so oder so ähnlich in jedem Fall hätte lauten müssen, weil die Strafjustiz – nennt man sie nun politisch oder nicht – ihren eigenen Sachgesetzlichkeiten folgt.

Aber: das alles hat Geschichte in der BRD, wo nach der Staatsgründung im Jahre 1949 der nazistische Justizapparat – vermeintlich entnazifiziert – weitgehend übernommen wurde und weiterhin im Namen des Volkes Recht sprechen darf. Wer sich zu diesem Kontext noch einige 'Bonbons' zu Gemüte führen will, der sei auf das im „diskus" vom 27. 6. 1977 abgedruckte Plädoyer von Otto Schily aus dem Stammheimer Verfahren hingewiesen, wo es übrigens auch etwas über den Vorsitzenden der Staatsschutzkammer des Landgerichts Frankfurt zu lesen gibt."

TEIL-BERUFSVERBOT FÜR CROISSANT

STUTTGART 2. Juli — Pressemitteilung des Internationalen Verteidigerkomitees, Sektion BRD, (IVK):

"Die Staatsschutzkammer des Landgerichts Stuttgart hat Rechtsanwalt Klaus Croissant am 30.6.77 ein Teil-Berufsverbot zugestellt. Danach darf er in Zukunft in politischen Prozessen vor den Staatsschutzkammern der Landgerichte und den Staatsschutzsenaten der Oberlandesgerichte in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr verteidigen.

Unter dieses Berufsverbot fallen alle Verfahren gegen Gefangene aus der RAF und aus anderen bewaffnet kämpfenden antiimperialistischen Widerstandsgruppen, sowie alle Verfahren gegen Personen, denen die Unterstützung der Guerilla vorgeworfen wird.

Das Teil-Berufsverbot ist Rechtsanwalt Croissant am gleichen Tag zugestellt worden, an dem er als Verteidiger in dem Düsseldorfer Prozeß gegen die Gefangenen aus dem Kommando Holger Meins auf die Einstellung des Verfahrens plädiert hatte, weil die Guerillaaktion in Stockholm zur Befreiung von 26 politischen Gefangenen als Kriegshandlung gewertet werden müsse. Nach den Beschlüssen der Genfer Kriegsvölkerrechtskonferenz vom Mai/Juni 1977 haben gefangene Guerillakämpfer den vollen Schutz der Genfer Konvention über die Behandlung von Kriegsgefangenen zu beanspruchen.

Rechtsanwalt Croissant hatte im Verlauf des Prozesses und in seinem Plädoyer unter anderem in öffentlicher Hauptverhandlung erklärt:

"Der Prozeß gegen das KOMMANDO HOLGER MEINS ist - wie jedes Verfahren gegen Gefangene aus der RAF – dadurch gekennzeichnet, daß der politisch-militärische Charakter der Auseinandersetzung zwischen Staat und Guerilla, der in Wirklichkeit stattfindende Krieg, zur Täuschung der Bevölkerung offiziell geleugnet wird, während der Staat zur gleichen Zeit auf den Ebenen der Regierung, der Gesetzgebung und der Justiz einen verdeckten, menschenrechtswidrigen Krieg gegen die Guerilla führt. Dieser Krieg kennt nur ein Ziel: die Guerilla auszurotten oder – wie Bundeskanzler Schmidt vor dem Bundestag am 13.3.1975 formuliert hat – "diese Gruppen zu tilgen."

Das Teil-Berufsverbot gegen Rechtsanwalt Croissant ist eine neue und gezielte Maßnahme, die sich gegen jede politische Verteidigung in der BRD und gegen jeden Versuch richtet, politische Identität, Gesundheit und Leben gefangener Guerillakämpfer vor menschenrechtswidrigen Vernichtungspraktiken zu schützen.

Die neue Maßnahme hat zum Ziel, das von der Bundesregierung über die Bundesanwaltschaft und das Bundeskriminalamt zentral gesteuerte Vernichtungsprojekt gegen die Gefangenen aus der RAF und anderen antiimperialistischen Widerstandsgruppen in der BRD unter Ausschaltung jeder politischen Verteidigung reibungslos durchzuziehen.

Die Verteidiger von Rechtsanwalt Croissant haben das Teil-Berufsverbot mit der Beschwerde angefochten; diese hat jedoch keine aufschiebende Wirkung.

IVK – Sektion BRD:"

PROZESS GEGEN ANGEBLICHE UNTERSTÜTZER DES "2.JUNI"

WESTBERLIN — Am 12. Juli beginnt ein weiterer Prozeß mit der Anklage "Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" – hier des 2. Juni – diesmal gegen Eberhard Dreher (ID 184).

Der erste Prozeß dieser Machart war der Prozeß gegen Waltraut Siepert und Christina Doemeland, in dem Waltraut Siepert viereinhalb, Christina Doemeland ein Jahr auf Bewährung bekam. Nach dem Prozeß gegen Dreher, der etwa drei Monate dauern soll, folgen Prozesse gegen acht weitere angebliche Unterstützer.

Allen diesen Prozessen ist eines gemeinsam: Um die Angeklagten wegen Unterstützung des 2.Juni verurteilen zu können muß vorher feststehen, daß es die Bewegung 2.Juni gegeben hat, daß sie bestimmte Straftaten begangen hat, und ihr bestimmte Personen angehört haben. Prozeßtermine sind jeweils um 9 Uhr, 2. Strafkammer des Landgerichts, I - 21, Turmstr. 91, Saal 700 am 12/14./15./19./21./22./26./28./29. Juli, am 2./4./5./9./11./12./16./18./19./23./25./26./30. August und am 1./2./6./8./9./13./15./16./ September 1977.

Kontaktadresse: Prozeßbüro Berlin, Schönleinstraße 24 1000 Berlin 61

ERMITTLUNGSVERFAHREN GEGEN PETER-PAUL ZAHL EINGESTELLT

Werl 7.7.77 — Mit Datum vom 15. Juni 1977 stellte die Staatsanwaltschaft Arnsberg das Ermittlungsverfahren gegen Peter-Paul Zahl "wegen Versuchs der Beteiligung an einer Geiselnahme u.a." ohne Begründung ein. Der Beschluß eröffnete sich Zahl mündlich erst am 28. Juni, und seit dem 30. Juni sitzt er wieder in der JVA Werl ein, und zwar zu den alten Bedingungen: die Isolationshaft (die bis zu diesem Tag angedauert hatte) wurde aufgehoben, die Habe ausgehändigt.

Wie wir bereits im ID 178/179/182 berichtet haben, wurden 12 Gefangene aus der JVA Werl verschleppt, die zusammen mit anderen für die Abschaffung der Sonderbehandlungen in den Hungerstreik treten wollten.

" In diesem Falle von Peter-Paul Zahl wurde nichts unternommen, um die Anschuldigungen aufzuklären: keine Gegenüberstellungen, keine Akteneinsicht, und so weiter. Denn der Zweck ist ein anderer: Mit dem Hinweis auf das "laufende Ermittlungsverfahren" die Sonderbehandlung zu rechtfertigen und gleichzeitig nach außen den Hintergrund für eine Pressekampagne zu liefern, die nicht nur mit Meinungen, Interpretationen usw. operiert, sondern das schlagende Argument des notwendigen "Schutzes der Allgemeinheit" glaubhafter und aktueller machen soll. Wo ermittelt wird, da ist auch Gefahr im Verzug.

Es drohte etwas: die Solidarität von Gefangenen in einer Anstalt, die erst vor kurzem von Landtagsabgeordneten scharf kritisiert worden war. Da blieben die Behörden nicht untätig. Am 29. April holten sie 12 Gefangene, als Rädelsführer, aus der JVA Werl und verlegten sie in andere Anstalten. Unter ihnen auch Peter-Paul Zahl, in die JVA Bochum. Dort wurde er totalisoliert: bis zu letzt keine Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen; mehrere Tage wurde –illegal– kein Verteidigerbesuch zugelassen und ihm alle Arbeitsunterlagen entzogen. Erst nachdem Zahl gegen diese Maßnahmen in Hungerstreik getreten war, zogen die Behörden (14 Tage nach ihrer Strafaktion!) eine Begründung aus der Tasche: eben jenes Ermittlungsverfahren, das man aufgrund der Aussage eines –bis heute anonym gebliebenen– Zeugen eingeleitet habe. Zahls Bitte um sofortige Gegenüberstellung wurde nicht entsprochen.

Jetzt, nach Einstellung des Verfahrens, befindet sich der als potentieller Geiselnehmer diffamierte Gefangene erneut in der JVA Werl.

Herr Posser hat eine Pressemitteilung zum "Fall Zahl" abgegeben. Damit war es ihm möglich, von dem "Fall der Station B1" in der JVA Werl abzulenken. Politiker wie er, unterstützt von einer willigen Presse, können nicht zulassen, daß offenkundige Mißstände in bundesdeutschen Gefängnissen in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Um dies zu ver-

hindern, werden legale, friedliche und gewaltlose Proteste von Gefangenen wie der in Werl geplante Hungerstreik kriminalisiert. Eine Gesellschaft, die Gefängnisse braucht, um sich ihrer eigenen Probleme nicht bewußt werden zu müssen, setzt alles daran, um die am Ort der Verdrängung, in diesen Gefängnissen entstehenden Probleme nicht ins öffentliche Bewußtsein dringen zu lassen.
Initiativgruppe P.P. Zahl
Frankfurt, 6.7.77

PP's neue Adresse: Peter-Paul Zahl
Postfach 301
476 W e r l "

DIE VERTEIDIGUNG IM ROTH-OTTO-PROZESS KOSTET VIEL GELD

KÖLN 6. Juli — Die Leute vom Unterstützungsbüro für Karl-Heinz Roth und Roland Otto (5000 Köln 30, Glasstr. 80, Tel. 0221/520579) brauchen dringend Geld für die Verteidigung und die Öffentlichkeitsarbeit. Das Unterstützungsbüro verschlingt tausend Mark im Monat. Die Reisekosten der Verteidiger belaufen sich wegen der ungünstigen Terminierung der Prozeßtermine ebenfalls auf etwa 1000 DM pro Verhandlungstag. Gutachten, die notwendig sind, müssen auf eigene Kosten in Auftrag gegeben werden; sie kosten jeweils bis zu 15000 DM.

Das neuerschienene Buch „Ein ganz gewöhnlicher Mordprozeß? — Zum Prozeß gegen Karl Heinz Roth und Roland Otto und die Erschießung Werner Saubers —" ist für acht Mark vom Unterstützungsbüro zu bekommen.
Von der Essener Solidaritätsveranstaltung gibt es eine Schallplatte (mit Klaus dem Geiger). Die Doppel-LP ist gegen 22 Mark und Porto beim Spanischen Zentrum (Kibbelstr. 12) erhältlich. Ein Drittel des Erlöses kommt der Unterstützungsarbeit zugute.

ZUR SITUATION VON GÜNTER SONNENBERG

WIESBADEN [illegible] Juli — Günter Sonnenberg, zusammen mit Knut Folkerts und Christian Klar, von der Bundesanwaltschaft und BKA als Bubackattentäter aufgebaut, wurden mit der größten bisher einmaligen Alarmfahndung gejagt. Als potentielle Bubackattentäter waren sie vogelfrei. Die Art und Weise ihrer Behandlung bei der Fahndung war durch die psychologische Kriegsführung festgeschrieben. Der Kopfschuß, der Günther bei seiner Festnahme schwer verletzte, machte wieder einmal die Liquidationsabsichten des Staates gegenüber Kämpfern der Guerilla deutlich. Die Auseinandersetzung Staat — Guerilla, in deren Verlauf Buback liquidiert wurde, wurde gerade von ihm als das klassifiziert, was die Auseinandersetzung ist: Krieg. Buback:„Ich habe den Krieg (2. Weltkrieg) überstanden. Und dies ist ein Krieg mit anderen Mitteln." Gemeint ist der Krieg der Guerilla als Verbündete der Befreiungsbewegungen der 3. Welt im Nervensystem der imperialistischen Kriegsmaschinerie.

Der Kriegszustand drückt sich wiederum in dem rechtsfreien Raum nach Günthers Festnahme aus. Ein Verteidiger, der sein Vertrauen gehabt hätte, wurde nicht zu ihm gelassen. Es gab keine Kontrollmöglichkeiten der medizinischen Versorgung. Über vom BKA in der Springerpresse lancierte Nachrichten vom „klinischen Tod" oder einer „totalen Lähmung" Günthers sollten alle Versuche einer Kontaktaufnahme dritter mit Günther abgewehrt werden, um ihn in uneingeschränkter Verfügungsgewalt des Staatsschutzes zu halten (siehe ID 179) in Stammheim, wohin Günther nach Eröffnung des Haftbefehls verlegt wurde, stellte man eine Erhöhung des Leukozytenwertes (Vermehrung der weißen Blutkörperchen) fest, worauf Anstaltsarzt Henk jede weitere Verantwortung für das Leben Günther Sonnenbergs ablehnte. Nachdem ihm alle behandelnden Ärzte Vollzugs- und Vernehmungsunfähigkeit attestierten, wurde Günther nicht etwa entlassen, sondern Ermittlungsrichter am BGH Kuhn ordnete seine Verlegung in die psychiatrische Landesklinik Weisenau an.

Nach einem Besuch bei Günther Sonnenberg am 19.6.77 hat sein Verteidiger (RA Weidenhammer) folgendes berichtet: Günter Sonnenberg ist als einziger Mensch in einem alleinstehenden , einstöckigen Pavillon untergebracht, der mit Hilfe der Bundesanwaltschaft als KZ-Gebäude ausgestattet wurde. Das Gebäude ist umgrenzt von einem drei Meter hohen Stacheldrahtzaun, der von innen mit Strahlern versehen ist. Entlang dem Zaun patroullieren 3 - 4 Bullen mit Maschinenpistolen. Günter Sonnenberg wird bewacht, von einer Wachmannschaft, Bullen in Zivil und Uniform. Die Bewacher tragen die Waffe locker im Hosenbund, die Maschinenpistole meist im Anschlag. Um zu Günter zu gelangen,.muß man zunächst die sogenannte Sprechzentrale — Einsatzleitung in diesem KZ-Pavillon — passieren, dann einen weiteren Vorraum, der als Wachraum dieser Mannschaft dient. Von diesem Raum, der Tag und Nacht besetzt ist, führt eine Tür mit einem Spion zum Zimmer von Günter. Die Tür wird meist offengehalten, der Raum von Günter ist mit den allernotwendigsten Möbeln versehen und ganz weiß gestrichen. Das Fenster ist vergittert — es läßt sich nicht öffnen.

Zur gesundheitlichen Situation hat Prof. E. Wulff, der auf Bitten der Verteidigung Günter Sonnenberg besucht hat, festgestellt: sogenannte amnestische Störungen, d.h. Störungen des Kurzzeit- und teilweise des Langzeitgedächtnisses, daraus folgend teilweise Verlangsamung, z.B. beim Finden von Begriffen. Er hat keine Ausfälle der körperlichen Funktionen, keine Lähmungserscheinungen o.ä., d.h. der Gesundheitszustand von Günter Sonnenberg ist in anbetracht der schweren Verletzungen unerwartet gut. Angesichts der Verletzungsfolgen heißt das aber auch, daß Günter Sonnenberg zur Wiederherstellung seiner Gesundheit unbedingt in einer Umgebung, in Kontakt mit Menschen leben muß, wo er sich so bewegen, sprechen und verhalten kann, wie es seiner politischen Identität entspricht. Diese Bedingungen sind nach Ansicht von von Prof. Wulff und selbst nach Ansicht der behandelnden Neurologen in Weissenau die unerläßliche Voraussetzung für die Wiederherstellung der noch beeinträchtigten intellektuellen Fähigkeiten.

Genau hier scheint die neue Linie der Bundesanwaltschaft einzusetzen. Günter soll überleben, das zeigen die medizinischen Bemühungen. Über die Totalisolation jedoch, und das Vorenthalten einfachster rehabilitatorischer Maßnahmen, soll seine politische Identität gebrochen, er psychiatrisiert und als gebrochener Kämpfer vorgeführt werden; als Objekt der der Counterinsurgency, an dem sich die „Sinnlosigkeit" revolutionärer bewaffneter Politik demonstrieren läßt.

Mittlerweile hat sich eine internationale Ärztekommission gebildet, die Günter untersuchen will und alle medizinischen Maßnahmen kontrollieren soll. Für Günter Sonnenberg als Gefangenen, aus der Stadtguerilla, fordern wir eine Behandlung entsprechend nach den Mindestgarantien der Genfer Konvention (internationales Abkommen über die Behandlung von Kriegsgefangenen).Konkret heißt das, nach Artikel 110 Abs. 2 der Genfer Konvention, daß Günter in seinem jetzigen Zustand sofort zu entlassen ist.
Russell- Initiative Wiesbaden

GEGEN ZENSUR IM KNAST

MARBURG
15. Juni

Ein Vorschlag der „Schwarzen Hilfe" zum Vorgehen gegen die Zensur im Knast:

„Kaum eine linke Zeitschrift erreicht heute noch ihre Adressaten im Knast. Bei über 80 in den Knast geschickten Exemplaren der Zeitschrift „Schwarzer Alltag" erhielten wir z. B. nur von einem einzigen Gefangenen eine Empfangsbestätigung.

EINE Möglichkeit, um gegen diesen Zensurterror vorzugehen, sehen wir im massenhaften Schreiben von Beschwerden, gefolgt von disziplinar-rechtlichem Vorgehen gegen die Zensoren und möglicherweise Strafanzeige wegen Unterschlagung (wenn die Beschlagnahme ohne Beschluß erfolgte). Deshalb veröffentlichen wir hier den Text einer Beschwerdevorlage, die die Betroffenen entweder umgewandelt benutzen oder auch fertig gedruckt (falls sie sie in größeren Mengen brauchen) bei uns bestellen können. Selber drucken lassen geht natürlich auch.

(Anschrift des Absenders)

An den Präsidenten
des Justizvollzugsamtes **Datum, Ort**
. . . .

Gegen das Anhalten der Nummer . . . unserer Zeitung . . . . durch die Leitung der JVA . . . . am . . . . legen wir hiermit

BESCHWERDE

ein.

Begründung:

Das Anhalten der für den Gefangenen . . . . bestimmten Ausgabe unserer Zeitung stellt einen eklatanten Eingriff in unser verfassungsmäßig gesichertes Grundrecht (Artikel 5, I GG) auf ungehinderte Verbreitung von Informationen dar. Bei einem neuerlichen Eingriff in dieses Grundrecht durch die Leitung der JVA . . . . behalten wir uns neben disziplinar-rechtlichem Vorgehen eine Schadenersatzklage vor.

Unterschrift

Aber nochmal: Beschwerdeschreiben ist nicht alles!!!
Kontaktanschrift:

Schwarze Hilfe, c/o Rolf Löchel, Postfach 1668, 3550 Marburg

PROZESS IN DER PROVINZ

MOSBACH
28. Juni

Am Montag, dem 23. Mai 1977, fand im Amtsgericht Mosbach (große Kreisstadt im Neckar/Odenwaldkreis, absolute CDU-Mehrheit) ein Prozeß gegen die KBW-Sympathisantin Birgit Dölzer statt. Die Anklage lautete auf Sachbeschädigung durch „wildes Plakatieren und Hausfriedensbruch".

Die Sachbeschädigung bestand darin, daß Birgit Dölzer im Wahlkampf 1976 Plakate der CDU und SPD (SPD war Nebenkläger) überklebt haben soll. Nachgewiesen konnte Birgit Dölzer eine Teilnahme am Plakatieren nicht. Sie wurde wegen „psychischen Mitplakatierens" verurteilt. Hausfriedensbrüche beging sie gleich zwei. Der erste: sie nahm an einem Infostand gegen den § 218 auf einem Schulfest teil. Vom Schulleiter des Geländes verwiesen, wurde sie nach Eintreffen der Polizei — laut Polizeiaussage — „außerhalb des Schulgeländes angetroffen". Der zweite: Birgit Dölzer verteilte auf dem Gelände der Johannes-Anstalten Mosbach (Anstalt für geistig Behinderte) an die Mitarbeiter Flugblätter des KBW. Ebenfalls vom dortigen Personalleiter des Geländes verwiesen, traf die herbeigerufene Polizei Birgit Dölzer nicht mehr an.

Nach fünfeinhalbstündiger Verhandlung kam das Gericht zu folgendem Urteil: fünf Monate Freiheitsstrafe, ausgesetzt auf vier Jahre Bewährung, 1.000,-- DM Geldstrafe zugunsten der AWO und Auferlegung der Verfahrens- und Nebenklägerkosten. Obwohl der Staatsanwalt in seinem Plädoyer mehrmals beteuerte, daß es sich um keinen politischen Prozeß handele, führte der Richter in seiner Urteilsbegründung aus, daß die Angeklagte in den vier Jahren Bewährung Zeit und Möglichkeit habe, ihre politische Gesinnung und die Mittel, diese zu veröffentlichen, zu überdenken und zu ändern. Die anwesenden Jugendlichen sollten durch die Anwesenheit der Polizei und der Androhung von Ordnungsstrafen eingeschüchtert werden.

Was soll dieses Urteil bewirken? Durch dieses Urteil soll eine freie politische Meinungsäußerung durch massiven Druck eingeschränkt werden. Insofern fühlen auch wir (die JZ-Initiative) uns von diesem Urteil betroffen. Durch solche Methoden werden Duckmäusertum gefördert und Bewegungen wie die unsere im Keime erstickt. Um die Kosten des Verfahrens und weiterer Verfahren dieser Art aufzubringen, werden wir ein Solidaritätsfest durchführen und einen Rechtshilfefonds gründen.

Kontaktadresse: Initiative für ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung, c/o Heiko Geier, Allfelder Weg 31, 6950 Mosbach

PROZESS WEGEN AKTENKLAU

FRANKFURT
Juli 77

Zur Zeit wird vor dem Landgericht Frankfurt wiederum drei Genossen/innen exemplarisch der Prozeß gemacht. Sie werden beschuldigt, sich im Sommersemester 75 an dem Go-In in das Kanzleramt der Universität als Rädelsführer beteiligt zu haben und dabei das in der bürokratischen Republkik Deutschland (bRD) Heiligste entwendet und verbrannt zu haben, nämlich Akten.

Anlaß für diese Aktion war die Zusammenarbeit von Unibürokratie und Verfassungsschutz, die selbst die ungeheuer wichtige Tätigkeit der studentischen Tutoren einer Überprüfung ihrer Verfassungstreue unterwerfen will. Aus Protest dagegen zogen nach einer Uni-Vollversammlung am 4.6.75 hunderte von Studenten vor und in das Kanzleramt der Universität und „stahlen und vernichteten Akten", „die einigen Linksradikalen den Weg zu den Fleischtöpfen der öffentlichen Haushalte versperren könnten." (Orginalzitat FAZ,5. und 6.6.75) Entsprechend der Schwere der Tat war der Aufschreider in ihrem Aktennerv getroffenen Universitätsspitze und ihrer Sympatisanten im „Bund der Freiheit der Wissenschaft", Landesregierung, Parteien und Presse, groß: Die Aktion wurde zu einem „hochkriminellen" Akt im „Vorfeld des Terrorismus." (Armin Claus, SPD, stellte im Landtag sogar einen Vergleich mit den Bücherverbrennungen der Nazis 1933 her!) Bei solchen „Taten" müssen Täter gefunden und bestraft werden, selbst wenn alle konkreten Beweise fehlen (siehe Gerard Strecker und Gisela Ickler!!)

Flugs wurden aus der umfangreichen Lichtbilderkartei des Erkennungsdienstes (600 - 700 Bilder von Festnahmen im Häuserkampf, beim FVV, der Jugendhausbesetzung in der Varrentrappstr.) zwei Studenten „zweifelsfrei" herausermittelt, ein Dritter wird von Kanzler Strobel persönlich beschuldigt.

Obwohl sich damit das Belastungsmaterial bereits erschöpft — die Hausdurchsuchungen blieben auch ergebnislos und Gegenüberstellungen wurden nicht einmal durchgeführt — versucht die Staatsanwaltschaft skrupellos diesen drei Leuten den Prozeß zu machen und sie exemplarisch hart zu bestrafen: „Denn der Wille der Täter wird erkennbar, über die gewaltsame Störung einer seiner Einrichtungen letztlich den demokratischen Rechtsstaat in seinem Bestand zu treffen ." (Zitat aus der Begründung der Staatsanwaltschaft für die Zulassung des Prozesses vor dem Landgericht, sinngemäß bestätigt vom OLG)'

Diese Begründung und auch der Verlauf des Prozesses gegen Georg Dick (S. Pflasterstrand 12 und ID 182) zeigen den Wind, der heute in Frankfurter Gerichtssälen weht. Die damalige Hochstilisierung der Tat zum Kapitalverbrechen schließen die Vorverurteilung der heute Beschuldigten ein und lassen erwarten, daß die konkreten Tatsachen im Gerichtssaal nur wenig zählen werden. Gewisse Vergleiche mit der Meinhof-Demo und den anschließenden Festnahmen von Gerard und Gisela sind wahrscheinlich nicht zu hoch gegriffen. Von einem auch nur ansatzweisen Vergleich einer Solidaritätsbewegung mit den Angeklagten kann bisher vor diesem Prozeß noch nicht die Rede sein.

Einer der Angeklagten ist auch wieder der Gerard selbst, so die damals u.a. das Ermittlungsverfahren wegen "Brandstiftung" (so tauchte das damals in den Polizeiakten auf!) ihn zum potentiellen "Molliewerfer" geradezu prädestinierte, so wäre einem Juristenhirn heute der Umkehrschluß, trotz Einstellung sicher zutraubar.
Der erste Prozeßtag war am 7.7.77, der nächste wird erst am 1. OKTOBER 77 stattfinden.

STUPA–WAHLEN ALLÜBERALL

z.B. in Aachen

Der Asta der TH Aachen schreibt u.a.:

Die Studentenparlamentswahlen an der TH in der vergangenen Woche endeten mit einem klaren Erfolg der linken Gruppen. Während im letzten Jahr die linke Mehrheit mit einer Stimme hauchdünn ausfiel, brachten die diesjährigen Wahlen eine eindeutige Niederlage der rechten Gruppen RCDS und Alfa/SLH. Vor gut einem Jahr noch selbst im Asta, halten sie nunmehr zusammen nur noch 24 (Vorjahr 29) der 60 Sitze. Sie werden sich daher auch im kommenden Jahr mit den Oppositionsplätzen zufrieden geben müssen.

Im linken Spektrum gibt es außer der Fraktionsvergrößerung von 31 auf 36 eine Verschiebung der Gewichte zu verzeichnen. Die bisherige AStA-Koalition wurde zu etwa gleichen Teilen von den gewerkschaftlich orientierten Gruppen MSB Spartakus und Juso/SHB auf der einen sowie den Basisgruppen und linksunabhängigen Mandatsträgern auf der anderen Seite getragen. Dieses Verhältnis verschob sich deutlich zugunsten der Basisgruppen, die nunmehr zusammen mit den Linksunabhängigen 23 Parlamentssitze einnehmen. Der MSB Spartakus und der Juso/SHB müssen sich dagegen mit leichten Einbußen zufriedengeben. Sie besitzen jetzt 1 bzw. 11 Mandate. Unter dem Strich ergeben die Wahlergebnisse jedoch einen eindeutigen Auftrag für das Studentenparlament, wiederum eine linke Koalition und einen fortschrittlichen AStA zustande kommen zu lassen. Und dies in einer Deutlichkeit, wie sie wohl kaum jemand erwartet haben dürfte....
Die Wahlbeteiligung, die während der Amtszeit des früheren RCDS/Alfa-SLH-AStA regelmäßig weit unter 40% lag, kletterte dieses Mal wieder auf 42%. Das mag auf den ersten Blick recht wenig erscheinen, stellt allerdings verglichen mit sonstigen Resultaten - auch an anderen Hochschulen - ein gutes Ergebnis dar. Damit wird auch die ansonsten oft zu hörende Vermutung, die linken Gruppen können sich nur aufgrund niedriger Wahlbeteiligungen an den Hochschulen halten eindeutig entkräftet. Der Zuwachs an Wählern gegenüber dem Vorjahr ging nämlich mit einem linken Wahlsieg einher...

Bemerkenswert bleibt der linke Wahlerfolg noch aus einem anderen Grund. Unseres Erachtens haben die Professoren der TH massiv versucht den Wahlausgang zu beeinflussen.
- **So fand noch kurz vor der Wahlwoche der erste Polizeieinsatz seit Jahren an der TH statt**
- **So wurde (erstmals!) ein Beitrag in der "aachener studentenzeitung" von der Professorenmehrheit im Senat öffentlich verurteilt**
- **So wurde vergangene Woche die Rektorwahl mit Hinweis auf angebliche Störversuche der Studenten verschoben.**

Diese Manöver stellen offensichtlich einen breit angelegten Diffamierungsversuch gegen einen linken AStA - wie wir es auch von anderen Hochschulen her kennen - dar.
Von diesem Einschüchterungsversuch ließen sich die Studenten allerdings nicht verunsichern".

... und in Marburg

Bericht eines Marburger Genossen, der seine "klammheimliche Freude nicht verhehlen konnte":

Bei den Studentenparlamentswahlen an der Marburger Universität hat der DKP-nahe MSB Spartakus an seiner traditionellen Hochburg eine empfindliche Niederlage erlitten. Die von den libertär-sozialistischen Basisgruppen gestützte Liste "Spontifex Maximus" errang trotz Erstkandidatur 10 Sitze und ist damit die stärkste Fraktion im neuen Parlament. Von den insgesamt 40 Sitzen errang der MSB Spartakus nur noch 9 (12), der Sozialistische Hochschulbund (SHB), profilschwaches Anhängsel des MSB, nur noch sechs Mandate (8). Diese DKP-orientierten Gruppen stellen in Marburg seit fast 10 Jahren den Allgemeinen Studentenausschuss. Die Hochschulgruppe der Jungsozialisten hielt ihre bisherigen Mandate (7), der RCDS kam auf 5 Sitze (4), während die zwischen CDU und SPD anzusiedelnde ADU nur 3 Mandate erzielte.

Der Wahlsieg der unabhängig linken Basisgruppen erklärt sich in erster Linie aus der steigenden Ablehnung einer DKP-fixierten Hochschulpolitik, und einem Politikverständnis, das Vordenker und Nachbeter unterscheidet, durch die Studentenschaft. Diese Entwicklung läßt sich in den letzten Jahren an allen größeren deutschen Universitäten feststellen. Die Mehrheit der hessischen Universitäten hat unabhängig linke Gruppen in ihren Studentenausschüssen.
Die Marburger Basisgruppen gibt es etwa seit 1975. Sie arbeiten an ihren jeweiligen Fachbereichen oder in themenbezogenen Arbeitskreisen. Ihre Struktur entspricht etwa einer Mischung zwischen Wählergemeinschaft und Bürgerinitiative. Sie lehnen das lenistische Parteiprinzip ab und vertreten die Selbstorganisation der Betroffenen. Ihre Vorstellung von einer freien Gesellschaft hat nichts gemein mit dem preußischen Kasernenhof-Sozialismus östlich der Elbe, auch nichts mit der Gesellschaftsform der VR-China. "Wir leben hier in der Bundesrepublik, hier wird unsere Umwelt zerstört, unsere Gesundheit den Profitinteressen der Industrie geopfert, unser Kopf in überfüllten Seminaren mit Inhalten vollgestopft, die nicht uns, sondern denen nützen sollen, denen wir später unsere Arbeitskraft verkaufen müssen. Wir sind für einen menschlichen

Lebensraum in der Stadt, in der Universität - überall. Wir sind gegen eine Gesellschaft, die zu einer einzigen Fabrik zu werden droht - wir wehren uns gegen die zunehmende Beschneidung kritischen Denkens an dieser und allen anderen Hochschulen - wir sind gegen die Lernfabrik". Als nächste Ziele steuern die Basisgruppen die Bildung einer Umwelt/Lebensschutz-Wählergruppe zur Kandidatur für die nächsten Marburger Kommunalwahlen, evtl. auch für die Landtagswahlen, an. Eine Teilnahme an Bundestags- und Eurowahlen steht ebenfalls zur Diskussion".

ASTA DER UNI MÜNSTER DROHT AMTSENTHEBUNG !

MÜNSTER 6. Juli *Ende Juni war dem AStA der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (WWU) der Prozeß gemacht worden. Wegen Wahrnehmung des politischen Mandats wurde er zu 60000 DM (!) Geldstrafe verurteilt. Nun droht Rektor Hoffmann dem AStA mit der Amtsenthebung wahrscheinlich zum 15. Juli wegen „Veruntreuung studentischer Gelder" (sprich: Wahrnehmung des politischen Mandats). Dagegen haben am Donnerstag, den 30. Juni etwa 3500 Studenten demonstriert. In der darauffolgenden Woche kam es zu einem zweitägigen Streik mit großem Aktionsprogramm. Zum Hintergrund des Prozesses schreibt der AStA unter anderem:*

Dienstag, den 28. Juni lag es auf dem Tisch! Das bisher härteste Terrorurteil des Verwaltungsgerichts Münster gegen die Wahrnehmung des politischen Mandats durch den AStA auf Klagen der RCDS-Meute. Nach diesem Urteil soll der AStA die nahezu unglaubliche Summe von 60000 DM zahlen. In insgesamt 12 Punkten wird der AStA in diesem Urteil zu jeweils 5000 DM, der Höchststrafe verurteilt ...

In einem nicht zu überbietenden Zynismus werden dem AStA folgende Vergehen zur Last gelegt:
Wahrnehmung des politischen Mandats in 12 Punkten:
- mehrmaliger Aufruf zur Chile-Blutspendeaktion
- Stellungnahmen zu Chile und Aufforderung zu aktiver materieller Solidarität, so z.B. ein Bild und der Satz im Semesterspiegel:„Massaker und Terror werden das chilenische Volk nicht in die Knie zwingen."
- Abdruck des Aufruf „Beendet das Wettrüsten"
- Stellungnahme des AStA zur Kernenergie und Aufruf zur Demonstration in Brokdorf und Itzehoe
- Aufruf des AStA zur Unterstützung der Erdbebenopfer in der Ost-Türkei...

Erstmals in der BRD wird ein Urteil in derartiger Höhe gegen die Studentenschaft gefällt. Dabei verfolgen die Rechtskräfte unbeirrt das eine Ziel: Mit brutalem Terror, mit bodenloser Ignoranz gegenüber den demokratisch gefällten Mehrheitsentscheidungen der Studenten soll jede auch nur ansatzweise systemkritische Äußerung durch die Organe der verfaßten Studentenschaft untersagt, verboten werden ...

Ausgerechnet der RCDS, der sich in diesen Tagen als edelster Vorkämpfer der Menschenrechte präsentiert, ist der offene Verfechter dieser skrupellosen Politik! Wir fragen uns: Kann der ehrlich für die Menschenrechte kämpfen, der dem AStA verbieten läßt
- zur Blutspendeaktion für Chile aufzurufen
- materielle Solidarität mit den türkischen Erdbebenopfern zu üben?

Jedem ehrlichen Demokraten, der gegen Terror und Unterdrückung in der Welt eintritt, kann angesichts dieser heuchlerischen Politik des RCDS nur eins werden: speiübel!!!

Wie heißt es so schön in der Urteilsbegründung des Verwaltungsgerichts zur Frage des AStA-Aufrufs zur Hilfe für die Erdbebenopfer in der Ost-Türkei:„Zwar wird in erster Linie zur Hilfe für die Erdbebenopfer aufgerufen; eine allgemeinpolitische Erklärung wird aber insoweit abgegeben, als das ‚herrschende System' in der Türkei einer ‚Massentötung' bezichtigt wird"....

Das also ist die Menschenrechtspolitik des RCDS!!! Wenn der AStA, wie in diesem Urteil, schon wegen der kleinsten Äußerung zu 5000 DM verurteilt wird, wer will denn dafür garantieren, daß die Studentenschaft in der sich zuspitzenden Situation an den Hochschulen, morgen noch ihre Meinung zum zum Hochschulrahmengesetz, zur Lehrerarbeitslosigkeit und zur Bafögsituation frei und ohne Zensur äußern darf, ohne ‚rechtswidrige Handlungen' zu begehen? ? Dies aber will genau der RCDS!! Er will die offene politische Zensur an den Hochschulen, er will Friedhofsruhe an den Unis!!! Dafür, für diese Politik kennen wir nur ein Wort: Das ist brauner Gesinnungsterror!!!

An der WWU selber ist der RCDS zu einem kläglichen Haufen zusammengeschmolzen. Seit Jahren gelingt es dem RCDS bei den Wahlen nicht die Mehrheit für sich zu gewinnen. Geblieben ist im RCDS bei allen politischen Abfuhren eine Handvoll erzreaktionärer Mitglieder, die mit ihrer skrupellosen Klagepolitik unbeirrt den Bankrott der Verfaßten Studentenschaft betreiben. ...

Dabei orientiert der RCDS in trauter Gemeinsamkeit mit der Landesregierung, Rektor, BUF etc. offen und brutal darauf, den AStA vollends kaputtzuklagen ...

Dazu hat er sich in den letzten Wochen eine Reihe neuer Methoden ausgedacht.
- Gegen die rechtmäßig gewählten Fachschaftsreferenten am FB Jura, Monika Sommer (MSB Spartakus) und Fritz Homann (MSB Spartakus) hat der RCDS ein Ordnungsgeld beantragt, weil sie als FSV auftreten und tätig werden. (bis zu 8000 DM).
- Gegen den Vorsitzenden der Fachschaftsleiterkonferenz Thomas Drosdol (MSB Spartakus) hat der RCDS ein Ordnungsgeld von 10000 DM beantragt, weil dieser die rechtmäßig gewählte FSV Jura politisch anerkennt und unterstützt.

Die staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahren gegen zwei ehemalige AStA-Vorsitzende wegen angeblicher Veruntreuung von Studentenschaftsgeldern, sprich Wahrnehmung des politischen Mandats durch die damaligen ASten, könnten ebenfalls vom RCDS ausgegangen sein.

Jetzt leistete sich der RCDS sein bisher unglaublichstes und schmierigstes Stück in Gesinnungsschnüffelei und Grundrechtsabbau. Er beantragte im Senat die Herausgabe der persönlichen Daten aller Mitglieder der neu gewählten Fachschaft Jura, um so gegen alle gerichtlich vorgehen zu können. Vor zwei Wochen war am FB Jura eine Massenfachschaft (15 Mitglieder!) gewählt worden, um so die bis dahin nur noch zwei Fachschaftsmitglieder vor Ordnungsgeldern zu schützen. Jetzt sollen offensichtlich fünfzehn nach gültiger Studentenschaftssatzung gewählte Studentenvertreter vom RCDS kriminalisiert werden.

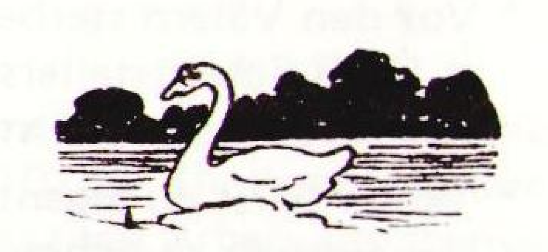
Das bedeutet: Der Senat stimmt der offenen Denunziation zu, er liefert auf Antrag des RCDS, demokratisch gewählte Interessensvertreter ans Messer. Das erinnert fatal an die Zeit des deutschen Faschismus, wo ebenfalls ein Mißbrauch mit persönlichen Daten betrieben wurde, indem Dossiers von Demokraten angefertigt wurden und diese damit später in die KZ's geschickt wurden. Dem RCDS durch die Herausgabe der Daten die persönliche Existensvernichtung einzelner gewählter Studentenvertreter zu ermöglichen, heißt, der Schnüffelei an der WWU Tür und Tor zu öffnen. Wer ist morgen noch sicher vor den Angriffen des RCDS, wenn das Rektorat heute ohne weiteres vertrauliche Daten zwecks politischer Gesinnungsschnüffelei und -verfolgung herausgibt? "

DER STELLENKLAU GEHT UM

KONSTANZ
Juli 1977

Wie überall im Lande, so hat der Stellenklau jetzt auch an der Konstanzer Universität zugeschlagen. 33 Stellen sollen ersatzlos gestrichen werden. Die Vollversammlung hat sich in einer Presseerklärung gegen die Streichungen gewandt. Der Kleine Senat der Universität scherte sich bisher nicht darum und beschloß in seiner Sitzung vom 29. Juni (mit absoluter Professorenmehrheit), zur Streichung vorgesehene Stellen zu benennen. Ein Anfang ist bereits gemacht worden. In der Erklärung heißt es, daß Dozenten, Angestellte und Studenten nicht gewillt sind, die Streichungen hinzunehmen.





DER STEIK GEHT WEITER

Kiel,
Juli 1977

Ein Bericht Kieler Studenten

" Immer noch kämpfen die schleswig-holsteinischen Lehrerstudenten gegen ihren Kultusminister, der die Lehrerlaufbahnverordnung dahingehend verändern will, daß nur noch Bewerber mit ganz wenigen speziellen Fächerkombinationen als Referendare in die 2. Ausbildungsphase übernommen werden können. Am Mittwoch, den 22.6., hat die PH Kiel die Fortführung des Streiks beschlossen. Die an der Universität durchgeführte Urabstimmung über einen allgemeinen uniweiten Streik scheiterte knapp, dennoch beschloß eine Vollversammlung der (Lehrer-)-Fachbereiche Mathematik/Naturwissenschaften und Philosophie der Universität ebenfalls die Fortführung des Streiks.
Diese VV war mit mehr als 14oo Studenten noch voller als die, die den Streik eine Woche zuvor beschlossen hatte, obgleich sie unter der massiven Drohung einer Räumung des widerrechtlich besetzten Audimax durch die schon bereitstehende Polizei stand. Aber bei derartigem Andrang und als auch noch etwa 500 PH-Studenten in einem geschlossenen Demonstrationszug anrückten und sich vor dem Audimax aufbauten, um die Vollversammlung zu schützen, wagte das Uni-Präsidium nicht, den aus ganz Schleswig-Holstein angerückten Hundertschaften den Einsatzbefehl zu erteilen. Kleinere Polizeieinsätze jedoch waren während des Streiks mehrmals zu verzeichnen, so gegen Streikposten und Wandzeitungen, zum Veranstaltungs-"schutz", gegen Info-Stände und Theatergruppen in der Stadt; denn es war "Kieler Woche", und da sind politische Betätigungen verboten, allerdings nur den Beherrschten, nicht den Herrschenden.

Am Donnerstag, den 23.6. fand eine landesweite Demo mit 3000 Leuten statt, die mit Hilfe starker Polizeiabsperrungen durch menschenleere Außenbezirke geleitet wurde. Die Demo löste sich dann aber schnell auf - und man traf sich nach tröpfchenweisem Durchsickern der Sperren dort wieder, wo Menschen waren. Hunderte von Studenten sangen vor interessiertem Publikum ihre Streiklieder, man spazierte mit Fahnen und Transparenten durch die Menschenmassen und machte überall kleine Zwischenkundgebungen. Die Polizei funkte nur aufgeregt und begriff nichts mehr.

Durch die Unruhe sah sich unser Kumi bereits zweimal gezwungen, in Verhandlungen mit Delegierten der Streikräte Änderungen seines Entwurfes vorzuschlagen, die wir allerdings beide so nicht akzeptieren können.
Am Montag, den 27.6. werden wir auf einer erneuten Vollversammlung den Streik für eine Woche aussetzen, um Verhandlungsspielraum zu geben und neue Kraft zu schöpfen. Ein Ultimatum soll in dieser Zeit den Kumi bewegen, unsere Forderungen, hinter denen auch die GEW sowie die Professoren stehen, endlich zu erfüllen.
Der Streik hat jedenfalls bereits jetzt, wenn auch an den einzelnen Fachbereichen sehr unterschiedlich, eine große Bewegung unter den sonst so lethargischen Studenten hervorgerufen, viele Leute sind aktiv geworden, neue Formen von politischer Arbeit und von Vermittlung an die Öffentlichkeit sind entwickelt worden, wir haben wieder Kontakte zu den Schulen. Das alles gab es hier in Kiel 1972 das letzte Mal."

WIDERSTAND GEGEN BOSSLE HÄLT AN

WÜRZBURG
6. Juli

Wie wir bereits im ID 177 vom Mai 77 berichtet haben, ist gegen den Willen der meisten Studenten und Professoren aufgrund eines Sondervotums Prof. Bossle vom bayrischen Kumi Maier für den Soziologiestuhl bestimmt worden, Bossle ist bekannt für seine Einsatzfreude für die Junta in Chile. Die Fachschaftsinitiative und das Bossle-Komitee hat uns folgenden Brief zugeschickt:

"Der Widerstand gegen Lothar Bossle, derzeit Lehrstuhlinhaber des soziologischen Instituts (I) in Würzburg, hat eine neue Dimension bekommen.

Aufgrund mangelnder fachlicher Qualifikation, erwiesen durch die Ablehnung des Sondervotums durch den Senat und den Fachbereichsrat PhilIII, und politischer Untragbarkeit seiner menschenverachtenden und reaktionären Gesinnung wurde auf breiter Basis ein eindeutiges Votum ausgesprochen: Kein Lehrstuhl für Bossle, weder hier noch anderswo!!

Der vom Bossle-Komitee und den bestehenden Fachbereichsinitiativen der Universität Würzburg getragene Widerstand wurde von vielen Gruppen und Organisationen durch Solidaritätsadressen und Resolutionen gestützt.

Diese Gruppen und Organisationen sind nun aufgerufen, aktiv für ihr Votum gegen Bossle einzutreten!

Der Grund:
Uni- Präsident Berchem geht, nachdem er bisher scheinbar passiv abgewartet hat, jetzt offen gegen die protestierenden Studenten vor. Er leitete ein Ordnungsverfahren gegen die Kommilitonin Doris Rüb ein, die presserechtlich verantwortlich zeichnete für eine Ausgabe der "Kommunistischen Hochschulzeitung" des KBW.

Folgende Sätze sollen dabei den Tatbestand einer öffentlichen Aufforderung zur Störung und Behinderung von Lehrveranstaltungen erfüllen: "...Die Seminare am Nachmittag und Abend konnten auch gesprengt werden. Nötig ist jetzt, daß der Kampf nicht mit diesem einen Erfolg abgebrochen wird, sondern solange weitergeführt wird, bis Bossle weg ist...".

Aus dem fränkischen Volksblatt verlautete inzwischen, daß Berchem ein zweites Ordnungsverfahren gegen eine(n) noch unbekannte(n) Kommilitonin(tonen) eingeleitet haben soll

Berchem unternimmt hier den massiven Versuch, den legitimen Widerstand der Würzburger Studentenschaft gegen einen reaktionären und unqualifizierten Politologen auf einem Soziologielehrstuhl, zu einem taktisch klugen Zeitpunkt zu brechen.

Um einen Punkt klarzustellen: Es geht uns hier nicht um die politische Einstellung der Kommilitonin Doris Rüb, sondern lediglich darum, Repressionen vermittels des Ordnungsrechts zu verhindern. Hier soll ein Exempel statuiert werden, das heute Doris Rüb trifft und morgen jeden treffen kann, der das

Recht auf freie Meinungsäußerung und das Recht der Pressefreiheit wahrnimmt.

Wir fordern daher:
— Solidarität mit den beiden vom Ordnungsverfahren bedrohten Kommilitonen!
— Sofortige Einstellung der Ordnungsverfahren!
— Abschaffung des Ordnungsrechts !
— Kein Lehrstuhl für Bossle, weder hier noch anderswo ! "

**Kontaktadresse: Utz Walther, Haus 17 1/2
8701 Lindflur**

ID BIBLIOGRAPHIE – ID BIBLIOGRAPHIE

Seit geraumer Zeit haben wir uns überlegt, wie wir in dem weiten Feld der Gegenöffentlichkeit mit linken Verlagen besser zusammenarbeiten können, und wie wir die ständig wachsende Flut von Broschüren, Dokumentationen usw. im ID vorstellen können. Bisher wurden unregelmäßig und unvollständig einzelne Publikationen im ID behandelt, mal mit Bezug zu einer Nachricht, mal ohne. In Absprache mit linken Verlagsprojekten wollen wir nun versuchen eine bibliographische Sparte im ID einzurichten, in der über Neuerscheinungen der linken Verlage, Filmverleihe und Plattenvertriebe informiert wird. Kurz und tabellarisch - nicht als Werbeanzeige, sondern als informeller Überblick für die Leser und als praktische Unterstützung für die einzelnen Projekte, die an der Verbreitung von linken Inhalten arbeiten. Das wird im ID kein Verzeichnis der lieferbaren Bücher werden, sondern eine aktuelle Information: das ist da und dort neu erschienen. Stichtag ist rückwirkend der 1. Januar 77. Wir hoffen mit den folgenden Bibliographien einen sich vervollständigenden Überblick über die linken Veröffentlichungen zusammenzustellen. Wir fangen einfach mal an mit den Neuerscheinungen, von denen uns die Verlage bislang informiert haben. Geordnet ist das folgendermaßen: Zuerst der Verlag, dann die einzelnen Neuerscheinungen mit Titel, Untertitel, Autor, Preis und eventuell einem Satz zum Inhalt, meist dem Klappentext entnommen.

Anabas Verlag, Günter Kämpf KG, Gießen

* Lehrerkalender 1977/78; 8.50 - Von Lehrern für Lehrer gemachtes Gebrauchsbuch, in Zusammenarbeit mit dem Kölner Volksblatt, gilt von August 77 bis Juli 78
* Zwischen Kunst und Industrie; zweites Jahrbuch des Werkbund-Archivs; hrsg von Jonas Frecot und Eckard Siepmann; 14.80

Focus Verlag GmbH, Gießen

* Exemplarisches Lernen und politisches Handeln in der Jugendarbeit; Lehrlinge,Film und Betriebsöffentlichkeit; Udo Herbst,Wolfgang Pauls; 8.00 - Aus einem Arbeitsprojekt entwickelte Ausführungen zur Bildungsarbeit mit Arbeiterjugendlichen.Das Schlagwort Emanzipation wird auf seine Verwendbarkeit hin untersucht und mit der Methode des exemplarischen Lernens in die Praxis eingeführt.
* Der Weg zum 'roten' Obrigkeitsstaat? Die deutsche Sozialdemokratiezwischen Feudalismus und bürgerlicher Gegenrevolution;Manfred Faßler; 14.80 - polit-ökonomische SPD Geschichte bis ca 1914, aufgezeigt werden soll, unter welchen sozialen und historischen Bedingungen in der linken oder sozialdemokratischen Systemopposition der bürgerliche Begriff von Politik übernommen, letztlich jegliche Organisationsform auf ein Instrument im politischen staatsorientierten Kampf heruntergedrückt wurde.
* Arbeiterbewegung und Parteiherrschaft, zur Geschichte des internationalen Kommunismus seit 1943; Ian Birchell, Vorwort Harald Wieser und Rainer Traub.(Übersetzung der engl. Ausg. von 1974); 14.80; -gezeigt wird,daß der klassische Stalinismus von 1943 und der moderne heutige Revisionismus eines gemeinsam haben: nicht die eigenständige Bewegung der Arbeiterschaft zum Maßstab ihrer Politik zu machen, sondern die revolutionären Kämpfe im Sinne machtpolitischen Kalküls wie das Licht an und abzuschalten.Birchall schreibt eine Geschichte der kommunistischen Bewegung 'von unten' und versucht das Recht der Basis auf eine Gegendarstellung zu der Darstellung von oben einzuklagen.
* Ansätze einer historischen Psychologiekritik, zur Geschichte der Individualitätsformen; Michael B. Buchholz,Ulrike Buchholz; 14.80 - Struktur und Genese gegenwärtiger bürgerlicher Subjektivität,Einführung in die Sozialgeschichte des Mittelalters und der beginnenden Neuzeit.
* Arbeiter nach der Arbeit,Sozialhistorische Studien zu den Wandlungen des Arbeiteralltags; Siegfried Reck,Vorwort Thomas Kleinspehn;19.80

Verlag Roter Stern, Frankfurt

* Studentenbewegung 67-69,Protokolle und Materialien; hrsg. und eingeleitet von Frank wolff und Eberhard Windaus. - Zur SDS Geschichte Ausschluß der Kommune K I ,Protokolle der letzten SDS Delegiertenkonferenz,Aufstand der Frauen.

Rotbuch Verlag, Berlin

* Vor den Vätern sterben die Söhne, Thomas Brosch; 8.00 - Texte eines DDR Schriftstellers.Er wurde dort wegen 'existentialistischer' Anschauungen und 'staatsfeindlicher Hetze' verfolgt.
* 'Wofür wirst du eigentlich bezahlt? ' Möglichkeiten praktischer Erzieherarbeit zwischen Ausflippen und Anpassung; Götz Aly;7.00 - Erfahrungen aus dem Jugendheim: resigniertes Nichtstun, der ,Trink-Dich-Frisch' Club,Jugendrepression.
* Vor uns die Sintflut? Ökologie,Marxismus und die herrschende Zukunftsgläubigkeit; Hellmuth Schehl; 6.00 .
* Nicht besiegt und doch nicht Sieger;Argentinien und die Entwicklung der peronistischen Arbeiterbewegung; Sigrid Fronius;7.00. - Über Geschichte und Funktion des Peronismus,seine Funktion im Widerstand gegen die Militärdiktatur.
* Bezahlt wird nicht! Eine Farce.Mit einer Einleitung des Autors und einer Nachbemerkung von H.Jungblut und P.O. Chotjewitz; Dario Fo; 7.00 -Das erste deutsche Buch über und von Dario Fo,den populärsten Theater- und Spaßmacher Italiens. Fo ist berühmt durch seine Volksstücke und durch die Kunst, die Großen lächerlich zu machen. 'Bezahlt wird nicht!' sagen italienische Frauen, setzen im Supermarkt die Preise herunter, laden sich die Taschen voll und gehen als Schwangere getarnt nach Hause. Die Farce fängt an: die Ware muß versteckt werden, weil die Männer gegen illegale Aktionen sind. So beginnt ein Verwechslungsspiel mit zwei Hausfrauen, zwei Arbeitern, zwei Polizisten, einem Sargträger und der Heiligen Eulalia. 'Wir sind keine seriösen Marxisten',sagt Dari Fo,'wir sind Flegel, wie allen Flegeln dieser Welt gefällt es uns zu lachen.'
* China: wer gegen wen? 'Demokratie und Rechtssystem im Sozialismus' - eine Wandzeitung der außerparteilichen Opposition. Analyse und Dokumentation; Li Yi Zhe,Helmut Opletal,Peter Schier;8.00 -Eine Wandzeitung frühe rer Rotgardisten, die im Gerangel an der Parteispitze den Beweis dafür sieht,daß die Volksmassen von den politischen Entscheidungen ausgeschlossen sind.
* Kursbuch 48; Zehn Jahre danach; Beiträge zur Studentenrevolte im Lichte des vergangenen Jahrzehnts; u.a. von Jürgen Seifert, Horst Mahler, Oskar Negt; 8.00 .

Verlag Neue Kritik, Frankfurt

* 1984 schon heute - oder wer hat Angst vorm Verfassungsschutz ? Peter Brückner, Diethelm Damm, Jürger Seifert; 8.80 - Material über das Zustandekommen von Verfassungsschutz Dossiers,Aufschlüsselung von soziopsychischen Reaktionsmustern wie Vorweganpassung, politische Anonymisierung, Paranoia.
* UnaDonna,Geschichte einer Frau; Sibilla Alermo; 13.80 - Autobiographischer Roman,1906 zum ersten Mal in Italien erschienen. Sibilla Alermo hat damals gefordert: "Frauen können ihren Beitrag zur Literatur und Kunst nur dann rechtfertigen, wenn sie Werke schaffen, die ihre eigene unverwechselbare Handschrift tragen." Wurde von der italienischen Frauenbewegung neu rezipiert.

Verlag Association, Hamburg

* So kam ich unter die Deutschen, Gedichte; Erich Fried; 10.00 - z.B.:
  Zur Kenntlichkeit
  Ist eine Demokratie
  in der man nicht sagen darf
  daß sie keine
  wirkliche Demokratie ist
  wirklich eine
  wirkliche Demokratie ?
* Die ungarische Revolution 1956; Andy Anderson; 20.00 - Übersetzung des engl. Originals von 1972.Ablauf,Dokumente,Fotos.Aus der Verlagsreihe: Texte zum Staatskapitalsimus.

* Brokdorf: der Bauplatz muß wider zur Wiese werden! Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe; Reihe Politische Ökologie, Materialien zu Umwelt und Gesellschaft;11.00 - Brokdorf Chronologie und Matrial von und über die BUU, bis zur Demo am 19.2.
* Schnelle Brüter und Wiederaufbereitungsanlagen; hrsg. Holger Strohm; 10.00 - Aufsätze von unterschiedlichen Autoren.

Fischer und Spiekermann,Werkstatt für Kommunikation,Berlin; (über Maulwurf und Prolit Buchvertrieb)

* 1000 wichtige Winke für Städter,Landleute und andere Gegner von Verschwendung,Verseuchung und Verdummung.Neuauflage eines Vorkriegs Ratgebers für alles und jedes im Leben

Verlag Andreas Achenbach,Lollar über Gießen

* Obdachlos weil arm, gesellschaftliche Reaktionen auf die Armut; Ursula Christiansen; 14.00 - Lebensbedingungen,gesellschaftl. Situation von Obdachlosen.Richtet sich vorwiegend an Sozialarbeiter.
* Haut den Lukacz, Realismus und Subjektivität; Leo Kofler; 5.80 - Über Marcuses 'ästhetische Gegenrevolution' wie sie Kofler in dessen Schrift 'die Permanenz der Kunst' kritisiert.
* Sportpolitik in der BRD; Jürgen Pedersen; 9.80

Merve Verlag, Berlin

* Weibliche Produktivkraft - gibt es eine andere Ökonomie? Erfahrungen in einem linken Projekt; Merve Lowien; 10.00 - Ein Buch überden Merve Verlag, anhand von Fragen nach kollektiver Arbeit,alternativer Ökonomie,neue Subjektivität,Aufhebung der Arbeitsteilung Hand/Kopf,Mann/Frau.
* Staat in der Krise; Toni Negri; 5.00 - kritischer Überblick über die Tendenzen der aktuellen marxistischen Staatstheorie.

Eco Verlag, Zürich

* Das unheimliche Imperium, Wirtschaftsverflechtung in der Schweiz; Francois Höpflinger; - das weltumspannende Reich des Schweizer Kapitals in Daten und Analysen.

Trikont Verlag, München

* Argentinien, Guerilla und Konterrevolution, Arbeiterkämpfe gegen oligarische Diktatur und Gewerkschaftsbürokratie; Arno Münster; 15.00 - Geschichte Argentiniens, Entwicklung des antiimperialistischen Widerstands der argentinischen Arbeiter und der Guerilla Bewegungen Monteneros und ERP.
* Bob Marley,Rasta,Reggae,Rebellion; Henderson Dalrymple; 10.00 - Übersetzung der engl. Ausgabe von 1976. - Heute bildet die Reggae Musik und die Rstafari Gegenkultur die Spitze einer kulturellen Revolution,die die Gesellschaft Jamaicas verändert. Auf der ganzen Insel reden die Leute über Musik, die Texte und ihre politische Bedeutung.Oft sind Plattengeschäfte die Zentren von politischen und sozialen Aktivitäten.Auf einer Insel,auf der etwa die Hälfte der Bewohner Analphabeten sind,wurde Reggae Musik das populäre Sprachrohr einer antiautoritären Widerstandskultur.

Trikont Platten:

* Dreyeckland, neue Lider und Gedichte aus Kaiseraugst,Wyhl,Fessenheim;Doppel LP, 25.00 - mit Lidern von Walter Mossmann,Ernst Born,Buki,Blaskapelle Rote Note u.a.
* Asphaltkonzert; Tommi, das Mobile Einsatz or Kester;18.00 - Straßenmusik, subversive Volkslieder

Wagenbach Verlag, Berlin

* Wie ein Mann gemacht wird;G.Falconnet / N.Lefaucheur;8.50 - (Übers. des französischen Originals von 1975) - Wie entsteht die Welt der Männer mit ihren großen Maschinen,großspurigen Gesten und ihrem Größenwahnsinn? Eine Soziologin und ein Soziologe haben hunderte von Männern befragt: entstanden ist ein Portrait unserer Gesellschaft als Fabrik zur Herstellung immer neuer Herren auf allen Ebenen.
* Was kommt nach den Kinderläden? Erlebnis-Protokolle;hrsg. Lutz von Werder; 11.50; - Berichte zahlreicher Gruppen über ihre alternative Arbeit mit Kindern
* Schinderhannes,Kriminalgeschichte,voller Abentheuer und Wunder und doch streng der Wahrheit getreu,1802; wiederaufgefunden, herausgegeben,nit Dokumenten und Bildern versehen von Manfred Franke;8,00
* Die Salpeterer, 'freie,keiner Obrigkeit untertane Leut auf dem Hotzenwald' Hrsg. Thomas Lehner; 7,50; - Chronik der südschwarzwälder Befreiungsbewegung Mitte des letzten Jahrhunderts, den badisch-elsässischen Bürgerinitiativen gewidmet.
* Bettine, Bettina von Arnim: eine weibliche Sozialbiographie aus dem 19. Jahrhundert; Gisela Dischner; 9,50; - Lesebuch über Bettinas Bemühungen um die bürgerliche Emanzipation,die Rechte der Außenseiter,um das Recht auf Abweichung.
* Charles Fourier - Aus der Neuen Liebeswelt, mit einem Vorwort von Daniel Guerin; 9,50 - Textsammlung und Biographie des bedeutenden französischen Sozialutopisten; seine spekulativen und praktischen Bemerkungen zu neuer Sinnenlust und freier Liebe in anderen, freundlicheren Lebenszusammenhängen.
* Päpstin Johanna.Ein Lesebuch mit Texten vom Mittelalter bis heute.Hrsg Klaus Völker;6,50, - Die wunderbare Geschichte von einem weiblichen Papst, der im 9. Jhdt. in Männerkleidern über zwei Jahre auf dem päpstlichen Thron gessen haben soll.Literarische Verarbeitungen bis Brecht.
* Die Kommune der Wiedertäufer, Horst Karasek; 7,50 - Eine radikale Minderheit, die nach dem Bauernkrieg versuchte,Gütergemeinschaft und Gleichheit zu praktizieren.Ihre Kommune in Münster war eines der wenigen Beispiele einer in Deutschland realisierten Sozialutopie.

Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V. Jebensstr. 1, 1000 Berlin 12

* Wir kämpfen um unser Leben; Unterdrückung und Widerstand der Landarbeiter in den USA; Karl-Klaus Rabe, unter Mitarbeit von Alwin Meyer und Horst Tonn; 11,50; - Schilderung des 125-jährigen Kampfes der Landarbeiter für grundlegende Gewerkschaftsrechte und menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen.Die Autoren haben als Freiwillige der Aktion Sühnezeichen mit der US-Landarbeitergewerkschaft 'United Farm Workers' gearbeitet.

Living Guerilla Commune VLG. ; Berlin

* AAO - KO; oder wie wir uns Befreiung nicht vorstellen.Dieses Buch nimmt Otto Mühls Aktions Analyse sytematisch auseinander und kommt zu dem Schluß,daß wir von der AA Organisation nichts lernen können. (8.- auf pschkto. Berlin Nr. 415542-105)

Spanischer Kulturkreis e.V Kibbelstr. 12, Essen

* Platte: Leben,kämpfen,solidarisieren. Mitschnitte vom Fest in der Grugahalle letzten November (vgl ID 148). Der Verkaufserlös geht ans Essener Zentrum,nach Spanien und zum Roth/Otto Unterstützungsbüro.

Verlag Voxpop, Kanzleistr. 63, CH-8004 Zürich

* Lieder gegen den TRitt, LP; 20 schweizer franken.- Der alternative Tonverlag voxpop hat seine erste LP produziert.In zusammenarbeit mit dem Theater am Neumarkt wurden die monatelang auf dem Spielplan der Bühne stehenden 'Lieder gegen den Tritt" in Rillen gepresst.Die vielfach unbekannten Oppositionslieder stammen aus fünf Jahrhunderten , so etwas wie eine Geschichte des Arbeiterkampfes in Liedform.

Zentral-Film-Verleih, Hamburg(Karl Muck Platz 9)

* Arbeiterkultur gegen Faschismus; Kleines Medienpaket,stellt den antfaschsitischen Widerstand in Deutschland mit verschiedenen Mitteln dar(für Veransatltungen,Film mit Diskussion usw.) :15 Reproduktionenvon Fotomontagen John Heartfields und 1 Zeichnung von George Grosz;(auch als Dia Serie); Bücher zu Heartfields Montagen und zur Arbeiter Illustrierten Zeitung 1921-38; 2 Filme:
  1. Straße im Widerstand, Dokumentarfilm,55min. Über die Berliner Wallstr. (heute Zillestr,) über ihre Bewohner und antifaschistische Aktivitäten Anfang der dreißiger Jahre. Erinnerungen von heute u. historische Filmaufnahmen.
  2. John Heartfield - Fotomonteur; Dokumentarfilm,Farbe,63 min; über seine politische Montagekunst im geschichtlichen Zusammenhang.



INTERNATIONALES

ZUR OSTEUROPA-BERICHTERSTATTUNG

In Zukunft soll im ID in der Internationalismus–Abteilung über einen Bereich berichtet werden, der bisher den bürgerlichen Medien überlassen war und von diesen auch genüßlich genutzt wurde. Dies soll sich in Zukunft ändern, in der Weise, daß einerseits konkret über oppositionelle Bewegungen und ihre Arbeit berichtet wird, die in den Zeitungen nur als globale Schlagworte wie 'Helsinki', 'Menschenrechte' oder 'Charta 77' auftauchen, andererseits über Widerstandsformen, die hier von der bürgerlichen Presse verschwiegen werden.

Für diese Berichterstattung ruft der ID alle Osteuropagruppen und darüber arbeitende Individuen auf, Bericht und Nachrichten zu schicken.

LIP: UHRENVERKAUF BEIM TAG DER OFFENEN TÜR

BESANÇON 28. Juni

Zum Tag der Offenen Tür der LIP-Fabrik am 18. und 19. Juni kamen etwa 10.000 Menschen, vor allem aus der Stadt Besançon und dem Umland. Der größte Andrang herrschte am Uhrenverkaufsstand der LIP-Arbeiter, einem Weinausschank von okzitanischen Weinbauern und bei den Frauen der Textilfabrik CIP, die, ähnlich wie die LIP's, selbst produzieren und ihre Produkte, die Hemden, verkauften. Neben anderen Arbeiter-Delegationen, die sich wie die LIP's schon längere Zeit im Arbeitskampf befinden und wie letztes Jahr im Mai zum Tag der Offenen Tür ihre Unterstützung demonstrierten, gab es dieses Jahr in der besetzten LIP-Fabrik auch Stände von Kriegsdienstverweigerern und gewaltlosen Gruppen, von AKW-Gegnern und einer Frauengruppe. Am Samstagnachmittag fanden mehrere Diskussionsveranstaltungen statt, die erste über die augenblickliche Situation der LIP-Arbeiter. Der CFDT-Delegierte Piaget, der diese Diskussion leitete, auf die Frage einer möglichen Forderung, den Betrieb zu verstaatlichen: „Im Falle eines Sieges der Linken (bei den 1978 stattfindenden Parlamentswahlen) werden wir eine Verstaatlichung der Fabrik unter regionaler Kontrolle fordern." Damit hatte er den Vorschlag der PSU, „Verstaatlichung unter Arbeiterkontrolle" an dieser Stelle nicht vertreten.

Ein heftiger Gewitterregen beendete das Programm im Freien frühzeitig, so daß die restlichen Aktivitäten (Theater, Pantomime etc.) in der Kantine stattfinden mußten. Trotz einiger Pannen, den schlechten Wetterverhältnissen und einer geringeren Teilnehmerzahl als bei den vorangegangenen Tagen der Offenen Tür, blieb die Bilanz positiv: fast 2.000 Uhren (zwischen 140 und 400 Francs) wurden verkauft. Der Uhrenverkauf findet nun täglich in der LIP-Fabrik und außerdem in Paris, im Büro der PSU, 9 rue Borromée, statt. Die aus dem Erlös des Uhrenverkaufs bezahlten Gehälter werden zwischen 2.000 und 3.500 Francs liegen, wie man entschied. Der Lohn soll der Anzahl der Familienmitglieder und der ehemaligen Gehaltsskala Rechnung tragen.

Inzwischen ist die Reaktion der Behörden nicht ausgeblieben. Mitte Juni wurde der elektrische Strom auf Drängen des Konkursverwalters schon zweimal abgestellt. Jedesmal brachten die LIP-Arbeiter die Stromzufuhr wieder in Gang. In der Nacht vom 23. zum 24. Juni sollte der Strom endgültig unterbrochen werden. Mit Hilfe der vom Konkursverwalter herbeigerufenen Polizei und einer Gruppe von Technikern der EDF (staatlicher Energiekonzern), wurden die LIP-Arbeiter, die Wache standen, unschädlich gemacht und der Stromtransformator der Fabrik außer Betrieb gesetzt. Die Polizisten und Techniker kamen übrigens nicht aus Besançon.

Am Freitagmorgen besetzten die LIP's von neuem die Fabrik, verurteilten in einem Kommuniqué „diese Sturheit der Behörden und des Konkursverwalters, das Arbeitswerkzeug zu sabotieren" und verdeutlichten die Gefahren, die aus der Stromunterbrechung resultieren können: mögliche Überschwemmungen, Oxydierung von 100.000 Arbeitselementen, die im gekühlten Raum untergebracht sind und das Nichtfunktionieren des Feuermelders. Die LIP's entdramatisierten diese Situation schnellstens, indem sie einen elektrischen Transformator anschlossen, der die Fabrik täglich einige Stunden mit Strom versorgt, während man den Feuermelder jetzt über Batterie laufen läßt. Dieser erste Frontalangriff der Behörden nach der Wiederaufnahme der Produktion (siehe ID 182) zielt klar auf die Einstellung der Produktion und soll damit die erste wilde Lohnauszahlung am 13. Juli verhindern.

aus: LIBERATION

ANSCHLAG AUF DIE VILLA EINES HOFFMANN-LA ROCHE MANAGERS

Schweiz 7.Juli

Am 7.7.77 erhielten wir folgende Mitteilung:

"GREIFEN WIR DIE HOFFMANN–LA ROCHE AN, DIE KÖNIGIN DER GIFTE.

Heute, am 6.7.1977, fast ein Jahr nach dem mörderischen Zwischenfall der ICMESA-Givaudan in Seveso, haben wir einen Anschlag auf Rudolf Rupp verübt. Vize-Direktor Rupp steht im Dienste der Kriminellen im 'Zweireiher' der Hoffmann-Roche und ist ihr Vertreter in Seveso.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir an folgende Tatsachen erinnern:

– Seit Monaten werden tote Kinder geboren und sterben Menschen wegen des Dioxins: die Hoffmann-Roche beharrt weiterhin auf "natürlichen Todesursachen", wo es sich in Wirklichkeit um eigentliche Morde handelt.
– Seit Monaten sind hunderte von Personen, vorallem Kinder, durch die Chlorakne verunstaltet und sind dutzende von Frauen gezwungen abzutreiben, um nicht kleine Monstren gebären zu müssen.

Bei seinem multinationalen Völkermorden hat die Hoffroche mächtige Verbündete gefunden: den Staat der Christlichdemokraten und des historischen Kompromisses, bestochene Aerzte und Wissenschaftler, verschiedenste "schweigende Mehrheiten" und sogar die Gewerkschaften, die sich durch die Schwäche und Aengstlichkeit ihrer Reaktion auszeichnen.

All diese Leute wollen uns, unter der Drohung der Arbeitslosigkeit, dazu zwingen, jede beliebige Arbeit zu akzeptieren, auch jene, die uns umbringt. Wir werden niemanden und nichts vergessen.

Darüber hinaus, hat Seveso, offen sichtlich gemacht, das die Basler Chemie-Multis direkt am US-Vernichtungsfeldkrieg gegen die Völker Indochinas beteiligt war: schon 1965 wurde vom Russell Tribunal der Einsatz von Dioxin in Vietnam denunziert. Dies überrascht um so weniger, als bekannt ist, in welchem Masse die Basler Chemie an Eroberungskriege der Nazis beteiligt war.

Rupp ist sicher ein kleiner Fisch und wir zahlen ihm nun

seine Arbeit als eifriger Diener seiner Herren heim.
Die Explosion, die einen Teil seiner Villa zerstört hat, ist eine erste Warnung an all jene, die noch mehr Verantwortung tragen als er. Wir werden die notwendigen Unterschiede zu machen wissen.
Die diversen Hoffman, Jann, Hartmann, Flüglistaller, usw., werden die Vergeltung erhalten, die ihrer Verantwortung entspricht.
Kommando der 10. Juli

INTERNATIONALES LIBERTÄRES FESTIVAL IN BARCELONA

vom 23. - 28. Juli 1977
findet in Barcelona ein großes internationales Festival Libertario statt, organisiert von der CNT (anarcho-syndikalistische Gewerkschaft)
- mit Meetings, Filmen, Theater, viel Musik (Spanish Rock, alternative Musik)

Es kommen Brassens
Moustaki
Paco Ibanez
vielleicht Bob Dylan
und andere.

Das ganze findet in zwei wunderschönen Parks
Parque Ciudadela und Parque Gruell
und im Anarcho-Theater "Diana" statt.
Wer mitmachen will:
Anmeldungen: CNT Sindicato Espectaculos
Pasaje de la Paz 8
Barcelona -2- Tel.: 3186295
an das: Comite pro Jornadas Libertarias Internacionales

Wer sich schon hier darüber informieren will, soll die Irmgard in Frankfurt anrufen: Tel.: 0611/703347

TREFFEN IM FREISTAAT CHRISTIANIA

Kopenhagen/Darmstadt
6. Juli

In Christiania, einem seit Jahren besetzten Stadtteil von Kopenhagen, fand vom 20. bis 28. Mai das "community action europe — symposium 77" statt. Es trafen sich ca. 50 Leute aus Gruppen, die in Europa zum Kampf für ein besseres Leben angetreten sind. Hier ein Bericht darüber:

"Vertreten waren Stadtteilgruppen, Stadtplaner, Landkommunen, Anti-KKW-Gruppen, Larzac, Zeitungen, Selbsthilfegruppen, Christianis, Zusammenschlüsse lokaler Aktionsgruppen aus Norwegen und Belgien.
Unser Zusammenleben gestalteten wir in Anlehnung an das Regenbogenmodell Christianias: jede Farbe symbolisiert ein "Arbeist"-Feld, jede Person wählt die Farbe, die sie im Moment am meisten anspricht. Dabei kann jeder gleichzeitig in mehreren Bereichen (z.B. interne Kommunikation und Essenmachen) tätig sein und vor allem die Bereiche wechseln. Alle zusammen bilden den "Regenbogen", in dem ja keine Farbe eine hervorragende Stellung hat. So entwickeln wir alle Aspekte unseres Lebens. Wir praktizierten ein selbstorganisiertes Zusammenleben ohne Hierarchien.
Der inhaltliche Teil bestand aus ständig arbeitenden Gruppen zur Stadt/Land-Problematik, alternativen Lebensformen, Bürgerbeteiligung an behördlichen Planungsprozessen und "zur weiteren Zusammenarbeit".
In der Gruppe "Alternativen" sprachen wir darüber, wie man offene und versteckte Hierarchien in der eigene Gruppe vermeiden kann und über die Entwicklung des politischen Bewußtseins in der Bevölkerung. Es bestand Einigkeit, mit direkten Aktionen zu speziellen Problemen zu beginnen und in der Auseinandersetzung die weiteren Zusammenhänge und Lösungsmöglichkeiten im gesamtgesellschaftlichen Rahmen zu erkennen. Allabendlich kamen wir in Christianias "cinema" zusammen, um zu filmen und Dias, die von den Teilnehmern mitgebracht wurden, welche die jeweiligen Aktionen und Projekte vorstellten.
Bei alledem wurde immer deutlicher, daß die Probleme nicht nur lokal auftreten, sondern überall. Sie sind Auswirkungen der jetzigen internationalen wirtschaftlichen und sozialen Organisation unseres Lebens. Daher kann der Widerstand auch nicht auf eine Stadt oder ein Land begrenzt bleiben. Wir waren uns einig, daß jede Initiative in Stadt und Land autonom arbeiten muß, ohne zentral verwaltet zu sein, daß aber enge Zusammenarbeit auf allen Ebenen dringend notwendig ist. Wir beschloßen daher, uns jährlich zu treffen und unsere Kommunikation und Zusammenarbeit durch einen "newsletter" zu verbessern. Dieser soll vierteljährlich erscheinen, mit Zusammenfassungen verschiedener Entwicklungen und Ereignissen in Europa, Katalog über Adressen, Zeitungen, Filmen, Büchern, Ankündigungen von Konferenzen und Aktionen. Zusätzlich erstellten wir eine Ton/Bild-Serie (80 Dias) über das symposium und die anwesenden Gruppen. Um örtliche Initiativen zu unterstützen, zur Zusammenarbeit anzuregen und um Interessierte zu informieren, wird in vielen Ländern Europas eine Kopie zirkulieren. Die deutsche Kopie, die "newsletter" und mögliche weitere Informationen können bei

Schupo
c/o SKA e.V. Frankfurter Str.10
6100 Darmstadt

angefordert werden. "

„WIR BAUEN AUF EURE SOLIDARITÄT"

GESPRÄCH MIT MITARBEITERN DER VOLKSKLINIK IN COVA DA PIEDADE (bei Lissabon)

FRANKFURT
4. Juli

Drei Leute aus der Volksklinik in Cova da Piedade bei Lissabon waren hier. Die CLINICA POPULAR CONUNAL existiert seit dem Februar 1975, als damals Mitglieder der revolutionären Organisation LUAR einen alten Palast im Zentrum von Cova südlich der LISNAVE-Werft besetzt hatten. Wir unterhielten uns über die Entwicklung der Klinik im letzten halben Jahr. Wer mehr über die Geschichte wissen will, lese das „Extrablatt Nr. 2" der Portugal-Gruppe in der Frankfurter Gesundheitsgruppe (c/o B. Hontschik, Weberstraße 20, 6000 Frankfurt 1).

ID: Wie hat sich die Situation der Klinik in den letzten Monaten entwickelt?

CLINICA: Unsere Probleme waren in den letzten Monaten schwieriger geworden, weil immer mehr Leute in die Klinik kommen, wir aber nur 20 Mitarbeiter sind. Wir mußten also unsere Organisation verbessern. Auch deshalb, weil wir neue Einrichtungen und Dienste geschaffen haben. Wir haben jetzt ein kleines Labor, in dem drei junge Mitarbeiterinnen arbeiten. Hier machen wir die wichtigsten Analysen, aber auch nicht alle. Einige werden von einem befreundeten Arzt in Lissabon vorgenommen. Dabei hilft uns außerdem ein Röntgenarzt in Almada (benachbartes Stadtviertel). Das Labor wird in der nächsten Zeit verbessert werden.

In unsere Sprechstunden kommen pro Tag etwa 80 Patienten. Vorwiegend Kinder und Frauen. Dann haben wir die Erste-Hilfe-Station. Dort werden zur Zeit etwa 1.300 bis 1.400 Leute im Monat behandelt. Unsere politische Arbeit,

die nach außen, in die Öffentlichkeit gerichtet ist, hat jetzt zur Herausgabe eines monatlichen Bulletins geführt, das im Mai zum ersten Mal erschienen ist. Darin berichten wir über unsere Arbeit.

Zur Zeit ist in der Volksklinik eine Ausstellung über Gesundheitsprobleme zu sehen. Inzwischen veranstalten wir auch Kolloquien in den umliegenden Slumgebieten über öffentliche Hygiene, Müll- und Abwasserprobleme. Gegenwärtig arbeiten in der Klinik fünf Arbeitsgruppen: Statistik der Klinik, Apotheke, Büro, Öffentlichkeitsarbeit und Wissenschaft. Aus jeder Gruppe je ein Vertreter bildet die Verwaltungskommission, die für die allgemeine Verwaltung der Volksklinik verantwortlich ist. Außerdem absolviert gerade eine Gruppe von Sozialarbeiterinnen bei uns ihr Praktikum. Einmal im Monat ist ein Plenum, wo allgemeine, aber auch Probleme der einzelnen Gruppen diskutiert werden.

ID: Gibt es eine unmittelbare Bedrohung für die Klinik?

CLINICA: Unsere größte Bedrohung gegenwärtig ist die Gefahr der Räumung. Weil die politischen Bedingungen für die Basisbewegungen in Portugal ungünstig sind und die Repression wächst. Aber wir haben keine Angst, weil wir wissen, daß unsere Arbeit in der Bevölkerung anerkannt und unterstützt wird. Ein Vorteil z. B., den die Volksklinik für die Patienten hat: ein normal Versicherter braucht, um einen Termin beim Kassenarzt zu bekommen, oft vier bis sechs Monate Wartezeit. Bei uns kommt man an dem Tag dran, an dem man in die Klinik kommt. Außerdem wird jede(r) gratis behandelt. Wenn ein normal Versicherter die Warterei umgehen und zu einem Privatarzt gehen will, muß er manchmal 35,-- DM bezahlen, um überhaupt angenommen zu werden. Und die Analysen, die wir in unserem Labor vornehmen, werden dem Patienten nach ein paar Stunden bekanntgegeben. Außerhalb dauert das zwei Wochen. Bei uns sind nicht nur die Sprechstunden umsonst, sondern auch die Medikamente, die wir geben. Auch die Erste Hilfe. Wir glauben also, daß wir uns auf eine Räumung politisch vorbereiten müssen, aber wir sind sicher, daß wir sie verhindern können.

„VORSICHT MIT MEDIKAMENTEN"

ID: Was steht im einzelnen in eurem ersten Bulletin drin, über was wollt ihr die Bevölkerung in den umliegenden Vierteln und Orten aufklären?

CLINICA: Auf der Titelseite beginnen wir mit einer Darstellung der Geschichte der Klinik, ihre Funktion im Dienst der Bevölkerung, ihre politische Stellung innerhalb der unabhängigen Linken, auch gegenüber der traditionellen Medizin. Darüber soll nach und nach berichtet werden. Dann gibt es einzelne Seiten oder Rubriken, die auch in Zukunft beibehalten werden sollen: „Weltrundschau" mit Nachrichten über internationale Solidarität, dann in dieser ersten Nummer ein besonderer Artikel zum „Tag des Kindes". Ein Überblick über Veranstaltungen der Klinik für die Bevölkerung wie Ausstellungen und Kolloquien.

Dann gibt's eine Seite mit praktischen Hinweisen für Erste Hilfe und eine Rubrik über gesunde Ernährung. Diese beiden ständigen Seiten sollen sich abwechseln mit Themen über Kinder- und Frauenkrankheiten. Denn da liegt ja auch der Schwerpunkt der Volksklinik. Weiter gibt's eine Seite mit der Überschrift „Vorsicht mit den Medikamenten", da soll über die Gefahren der Selbstmedikation aufgeklärt werden, über ihre Nebenwirkungen, denn in Portugal wird sie oft praktiziert. Eine andere Seite ist bezeichnet mit „Unser Leben", hier wollen wir z. B. Interviews veröffentlichen, die wir mit Patienten machen über ihre Eindrücke in der Klinik. Schließlich gibt es die letzte Seite, die „Intervention" genannt wird, da wollen wir Dokumente von engagierten Leuten bringen. In der ersten Nummer ist beispielsweise das Gedicht von Brecht „Rede eines Arbeiters an seinen Arzt" abgedruckt.

ID: Was habt ihr mit dem Bulletin vor?

CLINICA: Wir wollen damit den Kontakt nach außen herstellen, wir benutzen es auch als Mittel zur Mobilisierung gegen eine drohende Räumung. Und wir wollen damit erreichen, daß die Leute langsam das verstehen, was uns in der Klinik wichtig ist: von der heilenden Medizin hin zur vorbeugenden/präventiven Medizin zu kommen.

ID: Wie unmittelbar ist die Bedrohung der Volksklinik, von wem kommt sie direkt und wie sieht überhaupt das Verhältnis zur Krankenkasse aus?

CLINICA: Wir haben schon seit 10 bis 11 Monaten Kontakt mit der Krankenkasse in Setúbal (etwa 40 km südlich von Lissabon). Am Anfang unserer Verhandlungen war ihre Verwaltungskommission von fortschrittlichen Leuten besetzt. Das hat sich geändert, dieser Kommission gehören heute nur wenige der alten Mitglieder an. Damals forderten sie von uns ein medizinisches Programm der Klinik, wir haben das in Auftrag gegeben an linke Ärzte, die eine eigene Praxis haben. Sie haben dafür zehn Monate gebraucht, und ihr Ergebnis hat uns nicht zufriedengestellt. Wir fanden es zu traditionell und zu sehr orientiert an den Richtlinien der Weltgesundheitsorganisation. Deswegen haben wir ihn abgelehnt. Aus diesen beiden Gründen – veränderte Verwaltungskommission und abgelehnter Plan – glauben wir nicht mehr, daß wir einen Zuschuß von der Krankenkasse bekommen werden. Im Gegenteil: wir wissen von Plänen der Krankenkasse, daß sie hier in unserer Gegend (Cova da Piedade etc.) eine Art Gegenprojekt machen will.

Es ist deshalb für uns nicht zufällig, daß der Staat über die Krankenkasse in Almada (Nachbarviertel) – zum ersten Mal in Portugal überhaupt – versucht, einen neuen Apparat aufzubauen. Wir verstehen das als Konkurrenz gegen uns, um unsere Arbeit überflüssig zu machen. Aber bis die ganze Zone hier medizinisch erfaßt ist, werden ein paar Jahre vergangen sein. Auch deshalb ist unsere Arbeit hier nicht sinnlos. Wir werden weiterarbeiten und – was uns das wichtigste ist – immer mehr umsteigen auf vorbeugende/präventive Medizin. Denn da tut der Staat bestimmt nichts. Wir wollen deshalb in die Slums gehen, die Leute mobilisieren, damit sie an Erste-Hilfe-Kursen teilnehmen, ihre hygienischen Verhältnisse in der Wohnung und ihre Art zu essen überprüfen.

ID: Ihr habt am 18. Juni in Laranjeiro (verslumtes Hochhausgebiet südlich von Cova da Piedade) ein Gesundheitskolloquium geplant. Wie war das?

CLINICA: Wir selbst waren nicht dabei, wir waren schon auf dem Weg hierher. Über's Telefon haben wir folgendes gehört: vorbereitet wurde es von uns mit Plakaten, Flugblättern. Themen sollten die wichtigsten, drängendsten Gesundheitsprobleme von Laranjeiro sein. Dazu hatten wir vorher bei den Bewohnern eine Umfrage gemacht: welches sind eure größten Probleme in dieser Beziehung? An dem Tag, als das Kolloquium stattfinden sollte, ist niemand gekommen, weil zur gleichen Stunde eine Theatergruppe aufgetreten ist – ob das zufällig war oder nicht, wissen wir nicht – außerdem gab es Gegenpropaganda von seiten der Ärzte und der Gesundheitsbehörde. Da hieß es, wir wären lauter Kommunisten, und die Leute sollten nicht zu uns kommen. In Laranjeiro selbst wurden auch Flugblätter gegen uns verteilt.

„WIR BAUEN AUF EURE SOLIDARITÄT"

ID: Eine andere Aktion, die ihr in der letzten Zeit gemacht habt, war die Veranstaltung zum „Tag des Kindes" Anfang Juni. Was habt ihr da gemacht? Ich finde das deshalb wichtig, weil mir dies eine neue und sehr wichtige Phase in der Entwicklung der Klinik ist, daß ihr rausgeht, daß ihr eure Arbeit und euer Konzept unter die Leute in die Wohnviertel tragt – was in den ersten beiden Jahren der Volksklinik noch nicht möglich war.

CLINICA: An diesem Tag gab es ein großes Programm – auf einem Fußballplatz –, das von einigen Basisorgani-

sationen unserer Gegend zusammengestellt worden war. Die haben uns, die Volksklinik, eingeladen. Das Programm lief den ganzen Tag über. Wir haben eine Ausstellung gemacht über die Gesundheit der Kinder, wir haben unser Bulletin verteilt und mit den Leuten darüber gesprochen und diskutiert. Wir wollen auch den Kontakt zu den Kindern herstellen, denn sie haben auch in der Klinik einen Raum zum Spielen. Und dafür wollten wir mobilisieren.

ID: Ein wichtiges Element in der Konzeption der Volksklinik ist die Autonomie, die Unabhängigkeit. Wie sieht die Lage da heute aus: bezogen auf die Finanzen und bezogen auf die ärztlichen Mitarbeiter?

CLINICA: Wir kriegen von keiner einzigen portugiesischen offiziellen Behörde irgendwelche Zuschüsse. Wir sind ausschließlich auf die internationale Solidarität angewiesen. Zum Beispiel haben wir jetzt während unserem Besuch hier von der Frankfurter Gesundheitsgruppe eine Spende von 3.000,-- DM gekriegt. Von der belgischen Solidaritätsgruppe haben wir neulich einen ähnlichen Betrag bekommen. Dazu kommen freiwillige Spenden von Patienten oder Besuchern der Klinik. Diese letzteren Spenden betragen monatlich etwa 1.500,- DM, und das entspricht etwa unseren monatlichen Ausgaben in der Klinik: für Erste-Hilfe-Material, für die Labor-Analysen und für's Telefon im wesentlichen.

Mit den portugiesischen Ärzten — das ist eine schwierige Sache. Zur Zeit arbeiten in der Klinik vier angehende Ärzte, Portugiesen, die vormittags in der Uniklinik ihre zweite Ausbildung machen und nachmittags bei uns arbeiten. Dann kommt regelmäßig zu den Sprechstunden ein Kinderarzt. Warum ist das so? Es gibt verschiedene Gründe, die zusammengenommen ein Bild ergeben. Einmal sind die Ärzte ganz allgemein ein sehr reaktionärer Stand, es gibt nur wenige linke Ärzte. Das ist auch eine Frage des Geldes, denn viele Krankenhausärzte verdienen nicht so gut, daß sie bei uns — gratis — arbeiten wollen. Und wenn sie gut verdienen, machen sie eine eigene Praxis, dann haben sie keine Zeit für unentgeltliche Arbeit.

Es ist also ein materielles und ein soziales Problem. Außerdem gibt es politische Argumente gegen die Volksklinik — von linken Ärzten! Die sagen, die Arbeit der Volksklinik sei politisch sinnlos und verstecken ihre wahren Gründe (siehe oben) dahinter. Wir wollen aber von den Leuten kein Geld verlangen und sind deshalb zunächst auf kostenlos arbeitende Ärzte angewiesen. In einigen Jahren mag sich das ändern, weil es unter den jungen Linken eine Reihe von Genossen gibt, die Medizin studieren und Ärzte werden wollen.

ID: Eure Reise durch die Bundesrepublik — wie sind eure Erfahrungen darüber?

CLINICA: Unsere Reise war von vornherein im wesentlichen eine private, um Freunde hier zu besuchen. Sie war allerdings über unsere Arbeit in der Klinik, auf der unsere Freundschaften beruhen, bestimmt. Unsere Kontakte in Berlin, Hamburg und Frankfurt waren mit Freunden in Solidaritätsgruppen, Medizinergruppen, deren Mitglieder die Klinik kennen, teilweise in ihr und für sie gearbeitet haben und arbeiten. Hier in Frankfurt haben wir außerdem mit „Medico International" Gespräche wegen Medikamenten geführt.

Wir haben auch portugiesische Arbeitsemigranten kennengelernt, z. B. bei den Theateraufführungen der COMUNA, und waren bei einigen zuhause. Ich muß sagen: ich war geschockt. Wie sie leben. Wie sie denken. Mir kam das schrecklich traurig vor. Die leben hier schlimmer als zuhause in Portugal. Sie sind hier isoliert, marginalisiert, stehen am Rand in einem so reichen Land. Dennoch gibt es bei ihnen noch viel Bewunderung für Deutschland — was wir nicht verstehen können. Wir haben mit einigen vereinbart, ihnen linke Zeitungen aus Portugal zu schicken, denn hier gibt es nur reaktionäre portugiesische Zeitungen, die Information ist verzerrt und falsch. Einmal gab es unter Emigranten eine Sammlung für die Klinik: 120,-- DM! Das war für uns ungeheuerlich. Denn für die meisten der Emigranten war die Existenz der Klinik völlig neu, eine Überraschung, daß es in Portugal sowas gibt. Für uns war dies eine wichtige Erfahrung. Aber alles in allem: wir sind hier von unseren Freunden empfangen worden — so freundlich wären wir nicht in Portugal empfangen worden!

Für Spenden: BfG Frankfurt, Konto 1553 301 - 300
Stichwort Portugal-Gesundheitswesen, Volksklinik

„ALTERNATIVA" ERSCHEINT WIEDER

Bogota/Frankfurt 7.7.77 ALTERNATIVA, die wichtigste politische Zeitschrift Kolumbiens, erscheint nach einer fünfmonatigen Pause jetzt wieder. Seit 1974 existiert die Alternativa als einzig größeres linkes Oppositionsblatt mit unterdrückten Informationen. Über Arbeitskämpfe und Repression gegen die Arbeiter, Landbewohner, Studenten etc. Sie ist Plattform für Diskussionen innerhalb der kolumbianischen Linken, sie macht Solidaritätsaktionen für politische Gefangene, bringt Informationen über die brutale Politik spez. des US-Imperialismus in Kolumbien und in ganz Lateinamerika. Nach dem Verbot aller engagierten Zeitschriften in Lateinamerika gehört Alternativa dort zu den wenigen Zeitschriften, die die Informationsmonopole der Nachrichtenagenturen von UPI, AP, Reuters noch durchbrechen.

Engagierte kolumbianische Intellektuelle, wie der Schriftsteller GARCIA MARQUEZ, arbeiten bei Alternativa mit. Während der fünfmonatigen Pause hatten die Leser selbst die Möglichkeit, Bilanz zu ziehen und Vorschläge zu machen. Nach der Umfrage, die Alternativa durchgeführt hat, ist folgendes festgestellt worden:

1) es ist gelungen — obwohl sich Kolumbien seit mehr als 25 Jahren de facto im Ausnahmezustand befindet und gegen die Redaktion von ALTERNATIVA Bomben von für die Zeitschrift hochpolitischer Bedeutung geworfen worden sind — in breitere Schichten der Bevölkerung zu gelangen, die nicht in den linken Parteien organisiert sind. Diese Bewußtseinsänderung hat man durch die Denunziation der kapitalistischen Regierung Kolumbiens, durch die Entmythologisierung ihrer Herrschaftsmechanismen sowie durch die Verbreitung der zahlreichen neuen Kampf- und Organisationsformen der kolumbianischen proletarischen Öffentlichkeit erreicht.

2) die konkrete Behandlung und die Diskussion mit den verschiedenen linken Parteien des Landes über mehrere Konjunkturen trug dazu bei, Stellung gegenüber konkreten Problemen des kurzfristigen politischen Kampfes zu beziehen. Hierin zeigte sich die Notwendigkeit die Diskussion innerhalb der Linken voranzutreiben, um den Dogmatismus und das Sektierertum einerseits zu vermeiden und bestimmte koordinierte Aktionen andererseits voranzutreiben.

3) es hat sich gezeigt, daß es möglich ist, eine massive Presse zu schaffen, die der Entwicklung der linken Presse helfen kann.

Alternativa nimmt ihre politischen und informativen Aufgaben mit neuen Mitarbeitern wieder auf. Alle sind der Meinung, daß die Zeitschrift sich an die eigentlichen Adressaten wenden muß, die bis jetzt die geringste Anzahl ihrer Leser sind: die armen Schichten der Bevölkerung.

Die von ALTERNATIVA durchgeführte Umfrage über ihren Leserkreis ergab folgendes: die meisten von ihnen sind Personen zwischen 20 und 40 Jahren (über die Hälfte der Bevölkerung Kolumbiens —ca. 25 Millionen— sind unter 15 Jahren); 28% der Leser sind Berufstätige, 21% Studenten: 12% sind im Dienstleistungssektor tätig, 3% Lehrer und nur

7% Arbeiter und 4% Bauern. Das bedeutet, daß aufgrund des Preises und der Anzahl der Leser (die die Produktionskosten von ALTERNATIVA nicht decken können) die Zeitschrift nicht an die größte Masse der arbeitenden Bevölkerung des Landes kommen kann. Obwohl für die Gewerkschaften ein besonderer Preis vereinbart worden ist und weiterbesteht (640 kol. Pesos pro Jahr für ein Abo, während normale Leser 900 kol. Pesos zahlen müssen) muß eine größere Anzahl von armen Lesern Zugang zu der Zeitschrift bekommen können. Daher die Notwendigkeit durch eine Spendenaktion unabhängige Gruppen, Gewerkschaften, Basiskomitees usw. bei der Anschaffung einiger Abos von ALTERNATIVA zu unterstützen. Ohne eigene Druckerei und mit Erhöhungen bis zu 50% im Papierpreis, müßte der Preis pro Exemplar erhöht werden: 20 kol. Pesos (1DM=14 Pesos). Die letzten im vorigen Jahr herausgegebenen Nummern von ALTERNATIVA wurden mit einem Defizit von 0.25 pro Exemplar veröffentlicht, was monatlich einen Verlust von 48 000 Pesos bedeutet. Außerhalb dieses Solidaritätsfonds kann die Zeitschrift durch ein normales Abo (75 US Dollar pro Jahr) oder durch ein Unterstützungsabo (120 US Dollar pro Jahr) gegen Vorkasse unterstützt werden. Alternativa erscheint wöchentlich. Das Geld für die Abos geht an:

ALTERNATIVA,
Apartado Aereo 45 29 52
Bogotá – Kolumbien

Das Geld für die Solidaritätsabos:

AELA–Kolumbien,
Frankfurter Sparkasse 1822, Kto.Nr. 42-006764
Frankfurt

IN ISRAEL WERDEN GEFANGENE SYSTEMATISCH GEFOLTERT - *UNTERSUCHUNG DER SUNDAY TIMES*

"Nach Berichten der SUNDAY TIMES wendet Israel an politischen Gefangenen in den besetzten arabischen Gebieten systematisch die Folter an, um wichtige und geheime Informationen zu erhalten. Dies ist das anklagende Ergebnis einer fünfmonatigen Untersuchung, die ein Journalistenteam der Sonntagsausgabe der anerkannten Londoner Tageszeitung durchgeführt haben... Alle israelischen Sicherheitsdienste wenden Foltermethoden an. "Die in diesen Zonen angewandten Foltermethoden sind dermaßen methodisch organisiert, daß keine Zweifel darüber mehr bestehen können, daß es ein klar definiertes Programm dafür gibt; es handelt sich um eine systematisch angewandte Praxis, die auf einer bestimmten Ebene auch politisch gedeckt wird" bekräftigt die Zeitung.

Laut Sunday Times gibt es mindestens sechs Folterzentren: Nablus, Ramallah und Hebron in Westjordanien; im Gazastreifen; in einem Gefangenenlager in Jerusalem, das das "russische Lager" genannt wird und im Innern der riesigen Militärbasis in Sarafand, in der Nähe des Flughafens Lod...
... die Mißhandlungen schließen Elektroschocks am Kopf, Gewaltanwendungen an den Geschlechtsorganen und Isolation in speziell dafür eingerichteten Zellen ein... Einer der Befragten Araber hat angegeben, daß er tatenlos zusehen mußte, wie israelische Soldaten wie wild mit Knüppeln auf seine Frau einschlugen. Ein anderer hat berichtet, daß seine Tochter verhaftet, verprügelt und vergewaltigt worden ist."
(aus: Corriere della Sera vom 20.6.77)

HUEY NEWTON IN KANADA VERHAFTET

OTTAWA Huey Newton, Führer der Black Panther, ist bei einem Zwischenaufenthalt in Kanada verhaftet worden. Er verließ sein kubanisches Exil, um sich wegen einer anstehenden Mordklage in den USA zu verantworten und dazu in Kanada seine Verteidigung vorzubereiten. Die offizielle Begründung für die Festnahme lautet : Unverbüßte Straftaten in Kanada. Der kanadische Justizminister konnte die angeblichen Straftaten allerdings nicht benennen.

Newton entschloß, sich in die USA zurückzukehren, weil er glaubt, daß der Watergateskandal und die Enthüllungen über Aktivitäten der CIA und des FBI inzwischen ein anderes politisches Klima geschaffen haben. Er rechnet sich eine reelle Chance aus, die zusammengeschusterte Mordanklage widerlegen zu können und seine Schadenersatz-Klage von über 197 Millionen Dollar zu gewinnen. Er betonte, daß er, im Gegensatz zu Eldridge Cleaver und Bobby Seale, nicht der Meinung sei, daß sich die Verhältnisse in den USA grundsätzlich verändert haben. Er würde weiterhin gegen das System der Unterdrückung und Ausbeutung kämpfen. Politisch sei er noch ungebrochen. (aus : Guardian, London)

250 STROMPREISREDUZIERER GEGEN DEN SUPER-PHENIX

GRENOBLE 2. Juli Die Aktivitäten der AKW-Gegner in Frankreich reißen nicht ab. Nach einer Demo am 29. Juni gegen den Schnellen Brüter in Malville besetzten am folgenden Abend 150 AKW-Gegner, die ihre Stromrechnungen um 15 % selbst reduzieren, bis 23 Uhr das Rathaus von Grenoble.

Insgesamt sind es 250 Leute aus Grenoble, die ihre Stromrechnung um 15 % selbst reduzieren. Diese Summe entspricht dem Betrag, den jeder Stromverbraucher für die Realisierung des staatlichen Atomprogramms aufbringt. Die AKW-Gegner in Grenoble zahlen die 15 % auf ein Sperrkonto ein, bis der Streitfall geregelt ist, d.h. letztlich das Projekt Super-Phenix in Malville aufgegeben wird. Diese Strompreisboykott-Kampagne ist von einem AKW-Nein-Komitee in Grenoble anläßlich der Tagung gegen den Super-Phenix in Morestel im letzten Februar ins Leben gerufen worden.

In Grenoble wird der elektrische Strom von der Stadt verteilt, die ihn von der EDF (staatl.Energiekonzern) kauft und ihn dann an die Verbraucher wiederverkauft. Die sozialistische Stadtverwaltung von Grenoble hat einen Plan aufgestellt, um den Aktivisten den Strom abzustellen und sie zur "Vernunft" zu bringen. 77 AKW-Gegner befinden sich schon auf der Liste, 51 von ihnen wurde am 30. Juni der Strom abgestellt. Ihr Stromabonnement wurde vom Bürgermeister eingestellt. Von den 51 haben 12 die fehlenden 15 % bezahlt, die restlichen haben sich der Stromunterbrechung gewaltsam widersetzt: Am Abend des 30. Juni gegen 20 Uhr begaben sich 150 AKW-Gegner ins Rathaus, wo eine Sitzung mit dem Bürgermeister Dubedout, tagte. Er war bereit, mit einer Abordnung der Demonstranten zu diskutieren, was die 150 AKW-Gegner ablehnten. Sie erklärten: "Es ist ein Skandal, daß die linke Stadtverwaltung, die sich gegen den Super-Phenix ausgesprochen hat, die Bürger von Grenoble unterdrückt, die es abgelehnt haben, die Finanzierung des Schnellen Brüters zu unterstützen."

Gegen 22 Uhr schlugen die Demonstranten dem Bürger-

meister und seinen Begleitern vor, mit den 25 betroffenen Personen, denen die Stadt den Strom abgestellt hatte, zu diskutieren. Sie erhielten darauf keine Antwort. Kurze Zeit später verließ der Bürgermeister das Rathaus, während die AKW-Gegner eine Versammlung im Saal des Stadtrats abhielten. Sie beschlossen, einen Fragebogen zu erstellen, der jedem Stadtrat zugehen soll, mit dem Ziel, jeden Stadtrat und den Bürgermeister zu einer Diskussion einzuladen, wo sie ihre Absichten gegenüber den "Selbstreduzierern" erklären sollen.

(aus Liberation)

FASCHISTENTREFFEN IN BRÜSSEL

London/Brüssel
4. Juli 77

60 000 Faschisten aus ganz Europa trafen sich am Sonntag, den 3. Juli, in Belgien. Unter dem Vorwand, die flämischen Toten vom Ersten Weltkrieg zu ehren, kamen neonazistische Gruppen aus der BRD, Holland, Grossbritannien, Frankreich, Österreich, Norwegen und Belgien zusammen. Sie besuchten die Gräber von belgischen Kollaborateuren vom 2. Weltkrieg und benutzten die Gelegenheit, um einen europäischen Kongreß abzuhalten.
Die Faschisten forderten die Freilassung von Rudolf Hess und die Einbürgerung von einigen tausenden belgischen Kollaborateuren, die seit dem Krieg keine belgische Staatsbürgerschaft besitzen dürfen. Ehemalige SS-Einheiten sowie die deutsche Bürgerinitiative von Manfred Röder nahmen an dem Treffen teil.

(aus: Guardian)

DER KAMPF BEI GRUNWICKS SPITZT SICH ZU

LONDON
1. Juli

Die Weigerung von Geschäftsleiter George Ward das Verhandlungsergebnis einer unabhängigen Kommission zu akzeptieren, hat die Solidarität mit den Streikenden weiter verstärkt. (ID 184) An jedem Tag der letzten zwei Wochen sind mindestens 500 zusätzliche Streikposten vor den Grunwicks Toren gewesen. Verschiedene Gewerkschaften lösen sich im Turnus ab. Einen Tag die Bauarbeiter, dann Metallarbeiter, dann Bergbauarbeiter etc.

Die Postarbeiter in London (Cricklewood) halten trotz massiven Drucks ihres Arbeitgebers und der Gewerkschaftsführung ihren Boykott gegen Grunwicks aufrecht. Inzwischen liegen 64 Postsäcke mit Filmen für Grunwicks unberührt in einer Ecke der Sortierungsabteilung. Das Post Office (Arbeitgeber) drohte mit der Suspendierung der 134 Arbeiterinnen, die den Boykott durchführen. Daraufhin erklärten sich 37 000 Londoner Postarbeiter/innen solidarisch mit ihren Cricklewood Kollegen—innen und drohten mit einem Generalstreik von allen Londoner Postarbeiter/innen gegen den Willen ihrer Gewerkschaftsführer. Das Post Office zog dann seine Androhung zurück.

Vorerst zeichnet sich kein Ende der Auseinandersetzung ab. Es ist die Frage, ob die Basis der Gewerkschaft sich weiterhin gegen die Abwieglerei ihrer Führung durchsetzen kann, um die lebenswichtige Solidarität mit Grunwick aufrechtzuerhalten. Das wird sich in den nächsten Tagen entscheiden.



Frühmorgens vor der Fabrik Grunwicks im Norden von London

Nummer des Abonnements | bezahlt bis ID–Nummer | Exemplare

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

D 1870 CX

Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

3

Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID–Konto überweisen–sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !? !

Posteinlieferung des letzten ID: *Montag* NR. 185

POSSERS LOGIK – POSSERS POSSEN
P. P. ZAHL: NONFICTION

Der Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen
Gesch.-Z. 1270/ P 956

Düsseldorf, 6. Mai 1977

Betr.: Strafgefangener Peter Paul Zahl

Ihr an den Leiter der JVA Werl gerichtetes Schreiben vom 18. März 1977, mit dem Sie für zwei niederländische Journalisten um eine Erlaubnis zum Besuch des Strafgefangenen Zahl bitten, ist mir vorgelegt worden. Zu meinem Bedauern sehe ich mich nicht imstande, Ihrem Wunsche zu entsprechen. ...
Es handelt sich dabei um eine Schutzmaßnahme für den Gefangenen, dessen Resozialisierung durch eine allzu große Publizität gefährdet sein könnte ....
Mit vorzüglicher Hochachtung
Dr. Singen, Ministerialrat

Anmerkung:
Die niederländischen Journalisten sind von „De nieuwe Linie", einer linkskatholischen Zeitung. PPZ veröffentlichte diverse Sachen in Holland, unter anderem in der größten Literaturzeitschrift „De Revisor". Zur Zeit laufen Verhandlungen, um einen Band mit Texten auf holländisch zu besorgen ...

Pressemitteilung -227/5-77
Justizminister Dr. Diether Posser zum „Fall Zahl"

31. Mai 1977

Das Justizministerium teilt mit:

„ ... tatsächlich ist Zahl ein ... gefährlicher Gewaltverbrecher, der als Strafgefangener seinen Kampf gegen die von ihm so gehaßte Gesellschaftsordnung mit anderen Mitteln fortsetzt ... von tiefgreifendem Haß auf unser Staatswesen ergriffen ... verließ Frau und Kinder ... konkrete Anhaltspunkte dafür, daß der Hungerstreik nur der Ablenkung von einem Gefangenenaufstand und einer beabsichtigten Entführung ... dienen sollte ... "

= **Resonanz in der Presse:**
„Mit Zahl rechnete NRW-Justizminister Dr. D. Posser ab (WR vom 1. 6. 1977) – Justizminister rechnet mit Terror-Poeten ab (Düsseldorfer Nachrichten vom 1. 6. 1977) – Posser nennt verurteilten Schriftsteller einen 'gefährlichen Gewaltverbrecher' (Süddeutsche Zeitung vom 1. 6. 1977) – Zahl ist ein gefährlicher Gewaltverbrecher (Bild vom 1. 6. 1977, Posser zitierend) – Anarchisten drohten, Gefängnis zu stürmen – Minister Posser weist Vorwürfe des Terroristen Zahl zurück (NRZ vom 1. 6. 1977)"

Im übrigen erklärt der „gegenwärtig einflußreichste Literat der terroristisch-anarchistischen Gewalt" (Düsseldorfer Nachrichten), Peter Paul Zahl, durch die unverhoffte Publizität, die er Herrn Minister Posser verdankt, voll resozialisiert zu sein.

JVA Bochum, 7. Juni 1977

